

Kultur- und Kreativ- wirtschaft zwischen Boom und Krise.

Situation und Perspektiven – Herausforderungen
für linke Politik.

Dokumentation des Fachgesprächs der
Bundestagsfraktion am 25. Mai 2009 in Berlin

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Liste der eingeladenen Sachverständigen	5
Fragen für das Fachgespräch	6
Protokoll des Fachgesprächs	7
Schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen	26
Dr. Alexandra Manske , Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften	26
Michael Söndermann , Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln	28
Ulrike Steglich , Journalistin Berlin	30
Harald Wolf , Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Berlin	32
Anlagen	36
Stellungnahme des Deutschen Kulturrats zur Kultur- und Kreativwirtschaft vom 10.12.2008	36
Stellungnahme des Deutschen Kulturrats zu den kulturwirtschaftlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ vom 09.04.2008	42
Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anpassung der Sozialgesetzgebung für Kultur-, Medien- und Filmschaffende, BT-Drs. 16/6080	45
Antrag der Fraktion DIE LINKE.: „Fair-work“-Siegel für Computerspiele, BT-Drs. 16/8178	48
Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes, BT-Drs. 16/10889	50

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Impressum

Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise.
Situation und Perspektiven –
Herausforderungen für linke Politik.
Dokumentation des Fachgesprächs
der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
am 25. Mai 2009 in Berlin

Verantwortlich

Dr. Petra Sitte MdB, Leiterin des Arbeitskreises Innovation,
Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
Dr. Lukrezia Jochimsen MdB, Kulturpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik, 11011 Berlin
E-Mail: petra.sitte@bundestag.de
E-Mail: lukrezia.jochimsen@bundestag.de

Redaktion

Dr. Annette Mühlberg
Redaktionsschluss: Oktober 2009

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort

Die Fraktion DIE LINKE startet personell gestärkt in die neue Wahlperiode und knüpft dabei nahtlos an die bisherige Arbeit an. Wir setzen unser Engagement für gute Arbeit und soziale Sicherheit auch in den kulturellen Tätigkeitsfeldern fort. Eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern und anderen Kulturschaffenden zu erreichen, wird einer der Schwerpunkte unserer Initiativen im neuen Bundestag sein. Dabei werden wir der Kultur- und Kreativwirtschaft als expandierendem Wirtschaftszweig besondere Aufmerksamkeit schenken. Das Thema hat uns schon in der letzten Legislatur beschäftigt.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. diskutierte am 25. Mai 2009 in Berlin mit Experten aus Wissenschaft und Politik über das Thema: „Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise. Situation und Perspektiven – Herausforderungen für linke Politik“. Eingeladen hatte der Arbeitskreis Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien der Bundestagsfraktion. Neben den Abgeordneten und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Arbeitskreises nahmen weitere Interessierte aus der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen sowie aus der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz der Partei DIE LINKE wie auch aus Kulturverbänden und Initiativen als Gäste teil.

Die Ergebnisse des Fachgesprächs legen wir hiermit als Dokumentation vor – ergänzt um weitere Stellungnahmen der Experten und unsere parlamentarischen Initiativen zu diesem Themenkreis.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft gewinnt zweifelsohne an ökonomischer, arbeitsmarktpolitischer und städtebaulich-infrastruktureller Bedeutung. Das belegt die in diesem Jahr vorgelegte Studie zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland¹ ebenso wie die Berichte der Länder². Zugleich aber mehren sich kritische Stimmen und Analysen, die auf eine schwierige soziale Lage der Künstler und Kreativen gerade in diesem Bereich hinweisen. Deshalb wollten wir uns

¹ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Endbericht des Forschungsgutachtens Kultur- und Kreativwirtschaft: Ermittlung der gemeinsamen charakteristischen Definitionselemente der heterogenen Teilbereiche der „Kulturwirtschaft“ zur Bestimmung ihrer Perspektiven aus volkswirtschaftlicher Sicht, verfasst von Söndermann, M./ Arndt, O./ Brünink, D., Köln, Bremen, Berlin 2009.

² Mit Stand Juni 2009 lagen für Deutschland insgesamt 37 Kulturwirtschaftsberichte aus den Bundesländern sowie aus Städten und Metropolenregionen vor. Als erstes deutsches Land erstellte Nordrhein-Westfalen bereits 1991 einen Kulturwirtschaftsbericht, der die Situation und das wirtschaftliche Potenzial von Kultur darstellt. Mittlerweile haben weitere Länder Kulturwirtschaftsberichte erstellt, zuletzt Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Jahre 2009. Sie dokumentieren die wachsende Bedeutung von Kulturwirtschaft als Wirtschaftsfaktor. Berlin legte in diesem Jahr schon den zweiten Bericht vor. Neben der Darstellung der wirtschaftlichen und stadt-räumlich-infrastrukturellen Potenziale wird hier auch auf die soziale Situation der Beschäftigten eingegangen, siehe: Kulturwirtschaft in Berlin. Entwicklungen und Potenziale. Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen (Hrsg.), Berlin 2008.

einen Einblick in die Situation verschaffen. Wir wollten über die Chancen diskutieren, die dieser Bereich für Wachstum und Beschäftigung bietet und uns ein realistisches Bild über die Situation der Beschäftigten machen, um daraus Strategien für linke Politik ableiten zu können.

Das Fachgespräch war für uns der Beginn einer intensiveren Beschäftigung mit diesem Thema. Natürlich haben wir uns als Linke schon vorher damit befasst und unsere grundsätzlichen Positionen formuliert. Lothar Bisky hat sie in seinem Artikel für das Jahrbuch Kulturpolitik 2008 zum Thema Kulturwirtschaft und kreative Stadt zusammengefasst³. In unseren parlamentarischen Initiativen konzentrierten wir uns auf die Verbesserung der Lage der Kreativen. So forderten wir ein „Fair-Work-Siegel für Computerspiele“⁴ und die Koppelung von Filmfördermitteln an die Einhaltung sozialer Mindeststandards für die Beschäftigten⁵. Ebenso plädierten wir für eine Anpassung der Sozialgesetzgebung an die besonderen Arbeitsbedingungen in der Kultur-, Medien und Filmbranche und forderten, dass die Anwartschaftszeit für den Bezug auf ALG I für in diesen Bereichen Tätige mit wechselnden oder befristeten Anstellungen von 12 auf 5 Monate herabgesetzt wird⁶.

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat sich in ihrem Abschlussbericht umfangreich mit der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt, Chancen und Gefährdungen aufgezeigt und zahlreiche Handlungsempfehlungen gegeben, von der Erarbeitung eines Bundeskultur- und Kreativwirtschaftsberichts bis hin zur Verankerung als Querschnittsaufgabe im politisch-administrativen System⁷. Im Rahmen der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung wurde mit deren Umsetzung begonnen. Dass die sozialen Probleme der in der Kultur- und Kreativwirtschaft Tätigen dabei zu wenig berücksichtigt werden, sehen wir als einen Schwachpunkt der bisherigen Arbeit der Bundesregierung.

Die entscheidende Herausforderung liegt unseres Erachtens nach darin, wie wir eine Verbesserung der Einkommenssituation und der sozialen Sicherung der Beschäftigten erreichen können, insbesondere für die wachsende Gruppe von freiberuflich Tätigen und

³ Siehe Lothar Bisky: Die Kulturwirtschaft als Wundertüte? Zum Verhältnis von Kultur und Wirtschaft. In Jahrbuch für Kulturpolitik 2008, Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), S. 233-238.

⁴ Siehe Antrag der Fraktion DIE LINKE.: „Fair-work“-Siegel für Computerspiele, BT-Drs. 16/8178.

⁵ Siehe Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes, BT-Drs. 16/10889.

⁶ Siehe Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Anpassung der Sozialgesetzgebung für Kultur-, Medien- und Filmschaffende, BT-Drs. 16/6080.

⁷ Siehe Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, BT-Drs. 16/7000, S. 333-376.

befristet Beschäftigten. Die Ergebnisse der aktuellen Berichte und Studien zur Einkommenssituation der "Freien" sind alarmierend. Viele von ihnen haben Einkommen, die unter dem Existenzminimum liegen. Insgesamt sind die Einkommen von Künstlern und Kreativen schwankend und polarisiert. Ihr Durchschnittseinkommen liegt weit unter dem anderer Erwerbsgruppen.

Die Studien zeigen zudem, dass wir mit den bisherigen Vorstellungen von einem „Normalarbeitsverhältnis“ und der Unterscheidung in „Feste“ und „Freie“ unter den veränderten Bedingungen nicht weiter kommen. Zum einen wächst die Zahl von Selbständigen und Freiberuflern nicht nur in den Kulturberufen. Zum anderen nehmen Teilzeit- oder kurzfristige Projektarbeit zu und es gibt eine steigende Anzahl von Kreativen, die zwischen selbständigen und befristet beschäftigten Tätigkeiten hin und her wechseln. Diese Problemfelder waren denn auch wesentliche Themen der Experten.

Die Sachverständigen verwiesen übereinstimmend auf politischen Handlungsbedarf im Bereich der sozialen Sicherung. Die Künstlersozialkasse (KSK) ist unverzichtbar und muss erhalten bleiben, daran ließen sie keinen Zweifel. Es gibt aber eine anwachsende Zahl von freiberuflich Tätigen und befristet Beschäftigten, die durch die sozialen Netze fallen. Für diese müssen neue Lösungen geschaffen werden.

Alexandra Manske problematisierte in diesem Zusammenhang das institutionelle Konstruktionsprinzip der KSK. Es basiert auf überholten industriegesellschaftlich geprägten Annahmen von Normalität. Vorausgesetzt werden kontinuierliche Erwerbsformen, die aber immer weniger zutreffen. Das führt zu Ausgrenzungen neu entstehender Erwerbsgruppen.

Auch Ulrike Steglich wies in ihrer Stellungnahme auf dieses Problem hin: „Die Künstlersozialkasse (KSK) ist für Künstler und Kulturschaffende gewiss eine segensreiche Einrichtung – aber was nutzt sie, wenn die Einzahler durch kurzfristige ABM bzw. Hartz IV-Bezüge sofort wieder aus der KSK herausfliegen? Alle mühsam erarbeiteten Ansprüche gehen damit umgehend verloren.“

Und Harald Wolf brachte den Handlungsbedarf auf den Punkt: „... wir brauchen in dem Maße wie jetzt in der Bundespolitik das Thema Kreativwirtschaft ent-

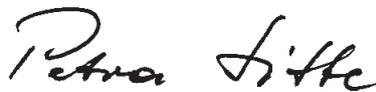
deckt wird, eine Diskussion über die Fragen neuer sozialer Sicherungen. Die Entwicklung von einem immer höheren Anteil an Freiberuflern, die sich insbesondere in der Kreativwirtschaft herausgebildet haben, ist nicht mehr umkehrbar. Es gibt in diesem Bereich kein Zurück zu Normalarbeitsverhältnissen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Das stünde im Widerspruch zu den Produktionsbedingungen. Und der Digitalisierungsdruck wird auch dazu führen, dass sich die großen Unternehmen noch stärker auf ihre Kernbelegschaft, die sie unbedingt brauchen, konzentrieren und die anderen Bereiche auslagern in Form von Selbständigkeit, Scheinselbständigkeit, Projektarbeit, die sie sich gelegentlich ranholen. Ich halte Berlin und den Kreativbereich dabei eher für eine Art „role model“ für das, was zeitlich versetzt in allen Wirtschaftszweigen passieren wird. Deshalb wird es notwendig sein, bei dem Thema der sozialen Sicherung Antworten zu finden.“

Wir sehen uns nach dem Fachgespräch darin bestärkt, das Problem neuer sozialer Sicherungen weiter zu verfolgen und in Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen, mit den Gewerkschaften und den Verbänden Lösungen dafür zu finden.

Wir haben auch zu vielen weiteren Themenfeldern – so z.B. zum Zusammenhang von Kultur und Stadtentwicklung – wichtige Anregungen erhalten, die in unsere politische und parlamentarische Arbeit einfließen werden. Unser Dank gilt allen TeilnehmerInnen für ihre Beiträge und wir hoffen, dass sie unser Wirken weiterhin kritisch und unterstützend begleiten.



Luc Jochimsen
Kulturpolitische Sprecherin
der Bundestagsfraktion Die LINKE.



Petra Sitte
Leiterin des Arbeitskreises Innovation, Bildung,
Wissenschaft, Kultur und Medien

Berlin, Oktober 2009

Liste der eingeladenen Sachverständigen

Dr. Alexandra Manske, Humboldt-Universität
zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften

Gabriele Schulz, Stellv. Geschäftsführerin
des Deutschen Kulturrats

Michael Söndermann, Büro für
Kulturwirtschaftsforschung Köln

Ulrike Steglich, Journalistin Berlin

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie
und Frauen in Berlin

Fragen zum Fachgespräch

„Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise - Situation und Perspektiven – Herausforderungen für linke Politik“ am 25. Mai 2009

1. Was verstehen Sie unter Kulturwirtschaft, was unter Kreativwirtschaft? Die Begriffe werden ja nach wie vor höchst unterschiedlich verwendet. Ihre Abgrenzung und Reichweite hat aber Konsequenzen nicht nur für die Statistik sondern auch für die politische Bewertung. Halten Sie es für sinnvoll, Kultur- und Kreativwirtschaft zusammenzufassen?
2. Wie bewerten Sie die derzeitige Situation und die Entwicklungspotentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hinsicht auf wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Stadtentwicklung? Handelt es sich hier tatsächlich um „die“ Wachstums- und Zukunftsbranche, wie aus manchen Einschätzungen hervorgeht? Sind Hoffnungen auf neue Stellen und angemessen vergütete Beschäftigung vor allem für KünstlerInnen und andere Kreative berechtigt? Was sind die absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Bereich?
3. Wie ist die soziale Situation der Beschäftigten im Vergleich zu anderen erwerbswirtschaftlichen Zweigen und im Vergleich zum öffentlich finanzierten Kulturbereich? Welche Besonderheiten und welche Entwicklungstrends zeigen sich? Trifft es zu, dass es sich gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft um vorwiegend prekäre Beschäftigungsformen handelt? Welche Folgen hat das Ihrer Auffassung nach? Kann diesem Trend gegengesteuert werden?
4. Wie bewerten Sie die jetzige politische Praxis und die Förderpolitik vonseiten der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik und der Stadtentwicklungspolitik? Wie funktioniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure? Wie effektiv sind die derzeitigen von staatlicher Seite angebotenen Förderaktivitäten? Welche positiven Erfahrungen haben Sie, welche Probleme sehen Sie?
5. Was sind Ihre Erwartungen an eine künftige sinnvolle und „nachhaltige“ Politik im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft? Welche Ziele sollten über rein wirtschaftliche hinaus z.B. in sozialer oder kultureller Hinsicht verfolgt werden? Wo sehen Sie die Schwerpunkte politischen Handelns? Wer sind für Sie die wesentlichen Akteure? Wo sehen Sie Handlungsbedarf für DIE LINKE?

Protokoll

Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise - Situation und Perspektiven – Herausforderungen für linke Politik.

Fachgespräch der Bundestagsfraktion DIE LINKE. am 25. Mai 2009 in Berlin

Begrüßung Petra Sitte

Ich möchte Sie sehr herzlich zu unserem Fachgespräch „Kultur- und Kreativwirtschaft“ begrüßen. Wir haben bewusst ein Fachgespräch gewählt, weil es um nachdenkliche Beratung geht, um ein miteinander sich austauschen und weniger um das Austauschen von halbwegs fertigen Positionen, wenngleich die durchaus schon erarbeitet bzw. angearbeitet worden sind. Aber wir wollen sozusagen einen nächsten Schritt tun. Das Thema „Kultur- und Kreativwirtschaft zwischen Boom und Krise. Situation und Perspektiven – Herausforderungen für linke Politik“ ist ja sehr breit angelegt und geht, was die Reichweite der möglichen Schlussfolgerungen betrifft, deutlich über diese Legislatur hinaus. Evtl. nicht nur über diese, sondern auch über die nächste.

Mein Name ist Petra Sitte. Ich bin Leiterin des Arbeitskreises Bildung, Innovation, Wissenschaft, Kultur und Medien der Bundestagsfraktion. In dieser Eigenschaft bin ich auch stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Dieser Arbeitskreis hat dieses Gespräch heute vorbereitet. Neben mir sitzt Luc Jochimsen. Als kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion wird sie das Gespräch leiten. Luc Jochimsen war auch Mitglied der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“.

Um noch einmal zum Anliegen dieses Fachgesprächs zu kommen. In den Medien kann jeder verfolgen: Die Debatte um Kultur- und Kreativwirtschaft hat zugenommen. Sie ist auch politischer geworden. Es wird zum Teil gesagt, dass es „die“ Wachstums- und Zukunftsbranche ist. Man kann das an einigen Kommentaren sehr gut nachvollziehen. Andererseits gibt es auch Skeptiker. Wir wollen uns vor allem mit der Situation der Kreativen in diesem Wirtschaftsbereich auseinandersetzen. Für uns ist dieses Fachgespräch auch gedacht, um eine intensivere Beschäftigung mit dieser gesamten Problematik einzuleiten. Wir haben im Bundestag schon mehrfach dazu Position bezogen. Lothar Bisky hat in einem Artikel für das Jahrbuch Kulturpolitik schon einen ersten Aufriss gemacht. Wir haben mehrere Anträge im Bundestag eingebracht und zur Debatte gestellt und wir haben uns darin vor allem mit der Lage der Kreativen in diesen Bereichen auseinander gesetzt. Wir glauben aber, dass die Beschäftigung mit dem Thema jetzt erweitert werden muss und haben uns dazu heute Gesprächspartner und Interessierte eingeladen.

Ich möchte unsere Gesprächspartnerinnen und -partner zunächst vorstellen:

Alexandra Manske, sie ist seit kurzem wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin am Institut für Sozialwissenschaften und Soziologie der Arbeit und der Geschlechterverhältnisse. Sie hat mehrere Studien zu den Kreativen in Berlin und zur Situation der IT-Branche geschrieben. Ich fand diese sehr spannend und sehr prägnant. Sie haben des Weiteren eine Studie vorgelegt, die dies noch einmal auf den Punkt bringt: „Prekarisierung auf hohem Niveau“ (Publikation München und Mehring, 2007).

Gabriele Schulz, sie ist stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates. Dort schon über viele Jahre tätig und Mit-Autorin zahlreicher Publikationen zu fast allen wesentlichen Themen der Kulturpolitik. „Zukunft Kulturwirtschaft. Zwischen Künstlertum und Kreativwirtschaft“ (Essen 2009) war eines der letzten. Herzlichen Dank auch für Ihr Kommen.

Michael Söndermann, er leitet freiberuflich das Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln. Er ist langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturstatistik. War Mitautor an vielen Kulturwirtschaftsberichten für die Bundes- und Länderministerien, zuletzt an dem im Frühjahr 2009 veröffentlichten Forschungsgutachten zur gesamtwirtschaftlichen Perspektive der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland.

Ulrike Steglich ist leider erkrankt und kann heute nicht anwesend sein. Sie hat uns aber ihre Stellungnahme zugeschickt. Frau Steglich ist Journalistin in Berlin, wohnt und arbeitet in Berlin-Mitte und kennt natürlich als Freiberuflerin die Lage der Kreativen aus eigenem Erleben. Sie kennt die Situation in der Szene und kennt die Folgen für die Stadtentwicklung, wie sie sich exemplarisch beispielsweise in der Spandauer Vorstadt ergeben hat oder jetzt auch in der Rosenthaler Vorstadt. Sie hat diese Entwicklung kritisch begleitet z.B. in dem legendären Stadtmagazin „Schein-schlag“ und in der „Sanierungszeitung“. Den Beitrag von Frau Steglich werden wir dann einfach vortragen.

Harald Wolf wird noch zu uns kommen. Er ist Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Berlin. Hier wurde jüngst der zweite Kulturwirtschaftsbericht vorgelegt. Dieser hat sich speziell mit der Lage der Kreativen beschäftigt. Das war für uns Grund genug, Harald Wolf heute hier einzuladen.

Wir haben die Absicht die Veranstaltung mitzuschneiden. Wir machen das gerne, um bei der Aufbereitung von Konferenzen und auch dieses Fachgesprächs jeweils noch mal nachzuhören, ob alles präzise verstanden wurde. Wir würden also um Ihre Zustimmung und um Ihr Verständnis bitten. Deshalb wird es notwendig sein, das Mikrofon vor sich auch wirklich zu

bedienen. Bei Fragen oder kurzen Kommentaren bitte auf den Knopf drücken und sich kurz vorstellen, dass wir wissen, wem die Stimme jeweils zuzuordnen ist. Nun hoffe ich, dass dies ein interessantes Gespräch wird. Wie gesagt, es soll locker sein und ich hoffe, ich habe es jetzt nicht gar zu förmlich gemacht. Ansonsten wird Luc Jochimsen jetzt dafür sorgen, dass es entspannt weiter geht.

Luc Jochimsen

Nochmals herzlich Willkommen auch von meiner Seite. Wir hatten um schriftliche Statements gebeten. Zwei schriftliche Statements (von Frau Manske und Frau Steglich) liegen vor und liegen aus, so dass jeder nachlesen kann, was die Eingeladenen uns im Kern hierher mitbringen. Wir begrüßen jetzt auch den Senator. Herzlich Willkommen Herr Wolf. Da Harald Wolf wegen des Alphabets zuletzt mit seinem mündlichen Statement an der Reihe ist, kann er sich jetzt in Ruhe alles anhören. Wir haben gewissermaßen noch nicht angefangen, nur begrüßt. Und ich bitte zunächst Frau Manske, dass sie uns kurz mündlich vorträgt, was für sie die Hauptpunkte sind. Nur wenn es direkte Fragen, Nachfragen, Verständnisfragen gibt, dann kann man die nach dem kurzen, mündlichen Vortrag stellen. Das wollen wir gerne zulassen, ansonsten wollen wir uns alle Statements erst einmal anhören, um dann ins Gespräch miteinander zu kommen, kreuz und quer und hoffentlich auch vielleicht kontrovers und durchaus erhellend. Frau Manske bitte, Sie sind dran.

Alexandra Manske

Schönen guten Tag. Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sein und zu der Diskussion beitragen kann. Da ich davon ausgegangen war, dass wir hier ein Fachgespräch führen, habe ich jetzt kein wasserdichtes Referat vorbereitet. Sondern würde jetzt entlang der Punkte, die Sie mir geschickt haben, kurz zusammenfassen und meine Perspektive darlegen.

Es ist schon erwähnt worden, dass ich Soziologin an der Humboldt-Universität bin, vormals an der Technischen Universität Berlin. Das heißt, alles was ich jetzt sage, ist sozusagen aus einer soziologischen Perspektive und damit auch eher aus einer Forscherin-Perspektive, deren Anliegen es aber auch ist, politische Interventionen, soweit dies möglich ist, zu machen.

Meine Perspektive ist generell eher nicht die Frage von „haben wir es mit einem boomenden Wirtschaftszweig zu tun?“. Ich komme vielmehr aus einer arbeitssoziologischen und ungleichheitstheoretischen Ecke. Insofern ist für mich bei der Draufsicht auf den Boom der Kultur- und Kreativwirtschaft immer die Frage, ich habe es auch in meinem Papier erwähnt: Wofür steht eigentlich die Kultur- und Kreativwirtschaft beim arbeitgesellschaftlichen Strukturwandel? Anders als vor zehn Jahren, als beispielsweise noch in arbeitssoziologischen Diskussionen davon ausgegangen wurde, dass die Künstlerarbeitsmärkte (sagte man damals noch) so etwas wie Pionierarbeitsverhältnisse darstellen, im Sinne von flexibel, projektorientiert und unsicher, würde ich sagen, dass aus heutiger Perspektive dieser

Boom der Kultur- und Kreativwirtschaft weniger stereotyp oder paradigmatisch künftige Arbeitsverhältnisse darstellt, als dass ich denke, dass sie Ausdruck, ich habe es in meinem Papier geschrieben, von neoliberalen Regierungsformen sind, die nicht Pioniercharakter haben, sondern die modellhaft dafür stehen, was in der Vielfalt von Privatisierungs- und Deregulierungsprozessen heutzutage nicht nur möglich ist, sondern als wirtschaftspolitisches Zugpferd inszeniert wird.

Das ist kurz gesagt mein Kritikpunkt, den ich in den letzten zwei Jahren nicht müde werde immer wieder zu betonen, auch in meinen verschiedenen Publikationen. Wenngleich ich sagen muss, dass der begriffliche Wandel von, früher hat man von Kulturdienstleistung gesprochen, zur Kultur- und Kreativwirtschaft durchaus seine Berechtigung hat. Nicht nur in dem Sinne, dass ein Perspektivwandel damit auf den Punkt gebracht wird, sondern auch insofern, als dass Kulturdienstleistung, oder das was man früher unter Kulturdienstleistung verstanden hat, Lektorate, Grafiker und so weiter, das trifft es heutzutage nicht mehr so, weil dieses Feld sich in den letzten zehn Jahren empirisch so ausdifferenziert hat, dass man einen neuen Begriff finden muss. Gleichwohl würde ich bezweifeln, dass die von Richard Florida inspirierte These von der Creative Class zutrifft und was in der Diskussion in den ganzen Kulturwirtschaftsberichten ein Stück weit suggeriert wird, damit bin ich nicht so richtig glücklich.

Insgesamt möchte ich festhalten, dass die Begriffe Kultur- und Kreativwirtschaft, obwohl es einen notwendigen begrifflichen Wandel widerspiegelt, doch auf eine zunehmend ökonomische Durchdringung von Kulturarbeit und von Kulturtätigkeiten hinweisen. Und zwar insofern, als dass gerade mit der Fokussierung beispielsweise im Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, der 2007 herausgekommen ist, der in bestimmten Punkten sehr viel beigetragen hat zur Sensibilisierung für die prekäre Lage von Kreativen. Aber, gleich am Anfang im Enquete-Bericht steht, dass man sich auf dieses wirtschaftspolitische Zugpferd, wie ich es immer sage, fokussiert und privatwirtschaftliche Aktivitäten in den Blick nimmt. Durch diese Schwerpunktsetzung fallen leider alle öffentlich geförderten Aktivitäten bzw. auch die soziale Lage von Kreativen mehr oder weniger hinten runter und insofern trägt leider auch der Enquete-Bericht zu einem Diskurs bei, der auf eine Privatisierung und weiterhin forcierte Deregulierung von Kulturtätigkeiten hinweist.

Das ist einer meiner großen Kritikpunkte, die ich an den Kulturwirtschaftsberichten habe, wenngleich der aktuelle Kulturwirtschaftsbericht für Berlin, meines Erachtens, gerade mit der Berücksichtigung von geringfügiger Beschäftigung usw. doch aus sozialpolitischer Perspektive einen ziemlichen Fortschritt bedeutet.

Ich wurde vor allem auch gebeten, neben meiner allgemeinen Einschätzung zur Entwicklung von Kultur- und Kreativwirtschaft etwas zu meinen empirischen Untersuchungen zu sagen. Frau Sitte hatte eben

meine Studie über die IT-Branche erwähnt, die meine Doktorarbeit war und im Jahr 2007 unter dem Titel „Prekarisierung auf hohem Niveau“ erschienen ist. Damit meine ich das Zusammenfließen wirtschaftlicher Armutsrisiken und subjektiver Autonomiegewinne, bei einer gleichzeitigen labilen sozialen Lage, die meines Erachtens schon so etwas wie neue Sozialbezüge, neues Balancieren zwischen dem Reich der Freiheit und dem Reich der Notwendigkeit darstellt, ohne aber wie gesagt Pionierverhältnis zu sein, sondern eine Pluralisierung von gesellschaftlichen Deregulierungsverhältnissen widerspiegelt und daher den Strukturwandel von Arbeit in all seiner Widersprüchlichkeit charakterisiert.

Wenn ich jetzt auf empirische Befunde eingehe, dann bezieht sich das nicht auf die Studie „Prekarisierung auf hohem Niveau“, sondern dann bezieht sich das auf eine Studie aus dem Jahr 2007, die erschienen ist unter dem Titel „Kreative in Berlin“. Das war eine empirische Kurzstudie, das war eher eine Pilotstudie, die unterschiedliche kreative Tätigkeitsfelder in den Blick genommen hat. Ich habe dies mit einer Kollegin vom Wissenschaftszentrum Berlin gemacht. Damals haben wir Akteure befragt, die zwischen 1970 und 1975 geboren sind und damit jener Kohorte von jungen Erwerbstätigen angehören, die in den 90er Jahren in den Arbeitsmarkt und damit auch in den 90er Jahren in die Kultur- und Kreativwirtschaft eingestiegen sind und damit ihr Erwerbsleben in einer Phase verschärfter Arbeitsmarktbedingungen begonnen haben.

Wie üblich, das wird Sie nicht überraschen, obwohl Bildung kein Kriterium, kein methodisches Kriterium bei unserer Erhebung war, ist das Bildungsniveau der Befragten überdurchschnittlich. Insgesamt, das wissen Sie vermutlich alle, hat über die Hälfte aller Kreativen einen Hochschulabschluss. Unsere Befragten sind in den Wirtschaftszweigen Musik, Darstellende Kunst, Film, Radio und TV tätig, was dann auch wieder eine Verkürzung bzw. eine grobe Darstellung ist, weil, wie wir damals festgestellt haben, diese herkömmlichen Kategorien vielfach nicht greifen. Eine unserer Interviewpartnerinnen hat sich beispielsweise Produktionsdramaturgin genannt, was in dem Sinne zu diesen Wirtschaftszweigen nicht wirklich dazu gehört.

Die selbst erklärten Einkommen der von uns Befragten umfassen eine Spanne von 10 000 € bis 30 000 € im Jahr. Einige von ihnen, das wird Sie bei der geringen Einkommenshöhe nicht erstaunen, beziehen sozialstaatliche Transferzahlungen, sprich Hartz IV. Wenn man grundsätzlich sagen kann, dass Künstler und Kreative von der Kultur- und Kreativwirtschaft zum wirtschaftspolitischen Zugpferd inszeniert werden und als unternehmerisches Selbst adressiert werden, dann haben unsere Untersuchungsbefunde ganz deutlich gezeigt, dass sich die Akteure nicht als unternehmerisches Selbst verstehen, sondern es ihnen in erster Linie um arbeitsbezogene Prozesse geht, die sich damit befassen, sich auszutarieren zwischen künstlerischer Selbstentfaltung und unternehmerischem Selbst. Unsere Erklärung dafür, dass sich die

Akteure, diesem Wettbewerb oder dieser Adressierung an wirtschaftspolitischen Aktivitäten verweigern, ist, dass sie sich notwendige kreative Freiräume in ihrer Arbeit gerade erhalten wollen. Das ist einer unserer zentralen Befunde.

Zum Zweiten zeigen unsere Befunde, dass die Arbeit von Kreativen auch Kämpfe um das Private umfasst. Das beschreiben wir als reproduktionsorientiertes Arbeitshandeln. Das heißt, den von uns befragten Akteuren ist es ein Anliegen, ihre marktvermittelte Existenz mit außererwerblichen eigenen Interessen und Erfordernissen zu verzahnen. Also sich nicht komplett der Arbeit hinzugeben, sondern sich zeitliche, soziale und leibliche Freiräume zu erhalten.

Zu den Begriffen Kultur- und Kreativwirtschaft: Wie ich anfangs schon gesagt habe, ist es meines Erachtens aus sozialwissenschaftlicher Perspektive so, dass beide Begriffe nicht besonders trennscharf und analytisch genau sind.

Luc Jochimsen

Wird es dadurch besser, dass man sie zusammenfasst?

Alexandra Manske

Es wird nicht besser, aber es wird nicht wesentlich schlimmer. Wenn man sagt, Kulturwirtschaft sind die klassischen Künste und Kulturberufe mit Architektur, Marco Mundelius, ein Kollege vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) spricht jetzt seit neuestem von Künstlern und Kreativberufen, das sind alles so unscharfe Begriffe, die letzten Endes doch erfordern, wenn man sich damit genauer empirisch befasst, dass wieder analytisch auseinander zu klammern. Beide Begriffe sind empirisch unscharf und beide Begriffe haben noch das größere Problem aus systematischer Perspektive, dass sie eine wirtschaftspolitische Perspektive einnehmen, die letzten Endes soziale Bezüge hinten runter fallen lässt. Insofern sehe ich jetzt keinen großen Verlust von Kultur- und Kreativwirtschaft zu sprechen, weil wenn man sich damit befassen will, muss man es wieder auf die Branchen runter brechen.

Luc Jochimsen

Gut, dann Gabriele Schulz bitte.

Gabriele Schulz

Ich kann sehr gut anknüpfen. Zunächst zur Abgrenzung von Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir haben im Deutschen Kulturrat sehr lange um die Abgrenzungen gerungen, auch in einem Papier, welches wir zu dem Thema verfasst haben und sind jetzt eigentlich den pragmatischen Weg gegangen und haben gesagt, der Begriff ist eingeführt: „Kultur- und Kreativwirtschaft“. Nicht zuletzt auch Dank der umfänglichen empirischen Studien in vielen Bundesländern, die u.a. Herr Söndermann gemacht hat. Der Begriff ist de facto so.

Betrachtet man die Kulturwirtschaft, die klassischen Branchen – also Literatur, Musik, Design, Architektur – so kann man daran schon sehen, dass es sich hier

um nichts Neues handelt, sondern um eine sehr alte Branche. Das ist mir sehr wichtig, dies zu betonen. Das Verlagswesen ist nichts Neues, sondern eine Branche, die bereits seit Jahrhunderten besteht. Die Tonträgerbranche besteht mindestens seit 100 Jahren. Man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, dass Kulturwirtschaft keine neue Erfindung ist, sondern es gibt tradierte Branchen in dem Bereich.

Kreativwirtschaft – hier wird vor allem Werbung, Software darunter gefasst. Hinsichtlich dieser beiden Branchen gibt es unterschiedliche Auffassungen. Meines Erachtens, nützt es wenig, wenn Werbung hinzugefügt wird. Einfach vor dem Hintergrund, dass es in der Kulturwirtschaft eine Reihe von positiven Vergünstigungen, wie beispielsweise den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, gibt. Mir ist es sehr wichtig, dass diese Tatbestände erhalten bleiben. Je mehr dieser Bereich ausfranst, desto schwieriger könnte es da unter Umständen werden, für die bestehenden Vergünstigungen einzutreten und zu kämpfen. Don Quijoterie wäre es allerdings jetzt noch einmal sehr darum zu kämpfen, diesen Begriff Kreativwirtschaft wegzubekommen. Er ist einfach in der Debatte so eingeführt, er wird inzwischen statistisch so erfasst und mir wäre es ein wichtigeres Anliegen, eine weitere Ausweitung à la Florida zu verhindern. Jetzt noch die Werbung weg diskutieren zu wollen, ich denke, man verhebt sich daran und würde wenig Erfolg haben. Das ist meine pragmatische Einschätzung.

Der zweite Punkt, da kann ich an meine Vorrednerin anknüpfen, wenn man über Kultur- und Kreativwirtschaft spricht, werden sehr verschiedene Branchen in einem Topf zusammengefasst und sehr unterschiedliche Unternehmensgrößen. Es gibt zum einen die Kulturwirtschaft der großen Player. Vor eineinhalb Wochen hat DIE LINKE die Debatte gemacht zum Thema „Urheberrecht“. Da wurde Elsevier angeprangert, dieser große Wissenschaftsverlag, der fast monopolistisch agiert. Er gehört ebenso zur Kulturwirtschaft, wie ein Kleinverlag. Sie sind beide Kulturwirtschaft. Ich glaube, das muss man sich einfach immer wieder vergegenwärtigen.

Kulturwirtschaft ist der Künstler, der um sein Überleben kämpft, ist der freiberufliche Lektor, ist die Verlagsleiterin eines Kleinverlages als Einmann/Ein-fraubetrieb und ebenso sind es große Konzerne, wie Universal, wie Sony u.s.w. Von daher ist es unglaublich schwierig, die Frage zu beantworten, ist Kulturwirtschaft eine Boombranche. Man muss letztlich viel stärker differenzieren.

Wenn ich mir die Belletristik anschau, sind Autoren bestrebt, bei einem großen Verlag, der eine bundesweite Ausstrahlung hat, zu publizieren. Nicht umsonst bekommen Beck, Fischer, Hanser usw. stapelweise Manuskripte vorgelegt und können unter diesen auswählen. Ein Newcomer hat in der Regel die Chance, zunächst bei einem kleinen Verlag zu landen, der ihn erst einmal bekannt macht. Und dann ist es sehr oft so, dass irgendwann, wenn dieser Newcomer nicht

mehr Newcomer, sondern arriviert ist, dass er dann auch bei einem großen Verlag, einem bekannten, belletristischen Verlag wahrgenommen wird und dann meistens auch dahin abwandert. Das heißt also, wenn man sich das Gefüge anschaut, sind gerade die kleineren Strukturen oftmals die, die die Aufbauarbeit leisten, im Kunsthandel, in der Tonträgerbranche u.s.w. Viele arrivierte Künstler wollen, wenn sie es geschafft haben, im Markt bei einem bekannten Verwerter letztendlich präsent sein. Weil er ihnen dann die internationale Vermarktung gewährleistet, um im Plädoyer diese Unterschiedlichkeit in den Blick zu nehmen.

Wenn ich auf aktuelle Herausforderungen eingehen soll, so möchte ich gerne eine herausgreifen und zwar die Digitalisierung. Ich habe den Eindruck, dass wir im Moment tatsächlich an so einer Art Zeitenwende stehen. Die Tonträgerbranche war die erste, die es „erwischt“ hat. Weil es so einfach ist, Musik zu kopieren. Jetzt sind auch andere Branchen betroffen. In der Tonträgerbranche ist es bereits jetzt so, dass sich ganze Geschäftsmodelle unglaublich verändert haben. Das klassische Plattenlabel gibt es natürlich noch, aber es gibt viele andere, gerade die kleineren, die um überleben zu können, beweglich sein müssen. Die inzwischen dazu übergegangen sind, sogenannte 360° Modelle anzubieten, das heißt sie übernehmen sowohl das Management, sie übernehmen die Tourneebuchung, sie übernehmen teilweise so etwas wie das Merchandising und Tonträgererstellung. Das heißt, der Markt verändert sich von dem klassischen Label zu etwas Anderem. In anderen Branchen wird sich sicherlich in den nächsten Jahren ein ebenso fundamentaler Umbruch vollziehen. Die Verlagsbranche ist da gerade mittendrin.

Anknüpfend an meine Vorrednerin, kann ich bestätigen, dass in der Kulturwirtschaft viele Aufgaben, die noch vor zehn Jahren von Angestellten wahrgenommen wurden, inzwischen von Freiberuflern wahrgenommen werden. Ich selbst bin von Hause aus Germanistin. Einige meiner ehemaligen Kommilitoninnen, die nach dem Studium, das war Anfang der 90er Jahre, noch Unterschlupf bei einem Verlag gefunden haben und dort eine klassische Ausbildung als Lektorin gemacht haben, davon ist keine Einzige mehr bei einem Verlag angestellt, sondern alle sind inzwischen freiberuflich tätig. Das ist jetzt ein ganz persönlicher Eindruck, der aber eine Richtung angibt.

Wenn man sich die Verlagsbranche ansieht, geht es inzwischen über die Lektorin hinaus. Auch herstellerische Aufgaben werden in zunehmendem Maße von Freiberuflern wahrgenommen. Dort entstehen auch soziale Probleme, weil viele Lektoren mies verdienen, aber sie haben zumindest eine soziale Absicherung durch die Künstlersozialversicherung, weil sie dort Mitglied werden können. Hersteller können dort nicht Mitglied werden, weil sie keine künstlerische oder publizistische Leistung erbringen. Sie müssen sich vollständig eigenständig sozial absichern. Es tun sich dort neue soziale Disparitäten auf und sicherlich auch Fragen, wo unbedingt etwas geschehen muss.

Wir wurden gefragt, welcher Themen sich die Linke annehmen sollte. Ich glaube, hier ist ein tatsächlicher Handlungsbedarf gegeben. Über die künstlerischen Berufe im engeren Kern hinaus, sich über Fragen der sozialen Sicherung Gedanken zu machen.

Ein weiteres Thema, wenn ich das gleich hier aufgreifen kann, ist das Urheberrecht. Es muss weiter so gestaltet und durchgesetzt werden, dass zum einen die Urheber von ihrer Leistung leben können und das sich natürlich auch die Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke weiterhin lohnt. Auch Verwerter müssen einen Gewinn aus dem Herstellen beispielsweise von Büchern ziehen können, ansonsten machen sie das nicht mehr. Wenn Forderungen kommen, dass Inhalte sehr schnell online gestellt werden sollen, ist es für Wissenschaftsverlage, die sich teilweise an ein sehr kleines, sehr spezielles Publikum richten, eine ganz klare ökonomische Überlegung, ob sie künftig überleben können, wenn sie die Ergebnisse unmittelbar online stellen müssen, weil damit bricht ihnen ihr Markt weg. Das muss man sehen und da müssen Lösungen gefunden werden.

Damit käme ich zum Schluss. Ich glaube, dass es ganz besonders wichtig ist, kulturpolitisch die Wechselwirkungen zwischen dem gemeinnützigen Sektor, dem öffentlichen Sektor und dem erwerbswirtschaftlichen Sektor in den Blick zu nehmen. Ich bleibe bei dem Thema Wissenschaftsverlage. Wenn es vielleicht auch aus wissenschaftspolitischer Sicht sehr wünschenswert sein kann, dass mit öffentlichen Mitteln geförderte Forschungsergebnisse unmittelbar sofort online zugänglich gemacht werden, am Besten noch über einen Verlag, dann kann ich das wissenschaftspolitisch gesehen „ganz toll“ finden. Wenn ich das unter kulturwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachte, muss ich natürlich schauen, wie dieser Verlag künftig noch am Markt existieren soll. Weil das ist ganz klar, Kulturwirtschaft ist der erwerbswirtschaftliche Bereich. Das heißt, am Ende muss unterm Strich etwas herauskommen. Ein Gewinn muss übrig bleiben. Kulturwirtschaft ist nicht der gemeinnützige Sektor, der sich durch Nichtgewinnerzielungsabsicht auszeichnet, sondern Kulturwirtschaft ist der erwerbswirtschaftliche Sektor, bei dem ein Gewinn erzielt werden muss, damit die Unternehmen überleben können. Das wäre mein letztes Plädoyer, die verschiedenen Sektoren stärker zusammenzudenken.

Luc Jochimsen

Vielen Dank, dafür. Jetzt bitte Herr Söndermann

Michael Söndermann

Vielen Dank. Ich bin seit über zehn Jahren freiberuflich, ausschließlich freiberuflich, in der Kulturwirtschaftsforschung tätig. Ich war vorher beim Zentrum für Kulturforschung in Bonn als sozialversicherungspflichtiger Angestellter als Wissenschaftler tätig. Habe dort an der Kulturförderungsanalyse, der Kulturfinanzanalyse, der Kulturberufeanalyse in der Regel vorwiegend aus dem öffentlichen oder gemeinnützigen Perspektivwinkel mitgearbeitet.

Ich bin damals mit der Ausgangsfrage konfrontiert worden: Wie können wir das Thema der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Kunst und Kultur erfassen? Hintergrund dieser Frage war die Anfrage des Wirtschaftsministeriums aus Nordrhein-Westfalen, die beinhaltete, dass sich doch in Nordrhein-Westfalen relativ viel getan hatte im Vergleich zu den südlichen Ländern, z. B. im AV-Bereich (audiovisuelle Medien), im Verlagsbereich. Dem entsprechend fragte das Wirtschaftsministerium, seid ihr jetzt vom Zentrum für Kulturforschung in der Lage uns ein Bild zu zeichnen, das uns nicht immer als Entwicklungsland gegenüber den südlichen Ländern dastehen lässt. Denn in dieser Zeit galt die südliche Region Deutschlands als das Paradeland der Verlags-, Musik- und Filmwirtschaft auch Bavaria (bayrischer Standort des WDR-Köln) galt in München als die Paraderegion.

Das Zweite, warum das Wirtschaftsministerium gefragt hatte, und das ist ein ganz wichtiger und objektiver Grund, wie ich finde: Seit 1975 lebt Nordrhein-Westfalen im Strukturwandel und dies bis heute. Mit der Ablösung der Altindustrie hin zu neuen Industrien hat man damals die Umweltindustrien versucht aufzubauen. Ich finde, dass hier leidliche Strukturen zu Wege gebracht wurden. In diesem Kontext war das Wirtschaftsministerium natürlich auch interessiert an diesem merkwürdigen Orchideenfach Kulturwirtschaft. So richtig geglaubt haben sie es nicht, aber immerhin, in einem Punkt waren sie doch der Meinung, dass Nordrhein-Westfalen unter Umständen hier Modelle entwickeln könnte, wenn denn da schon solch ein starker Wachstumsfaktor zu sehen sei, zumindest im AV-Bereich. Soviel zur objektiven Motivlage, warum man sich in Nordrhein-Westfalen mit diesem Thema befasst hat.

Das Kulturministerium hätte sich damals ebenso gerne damit befasst. Nur verfügten sie natürlich neben ihren Fördermitteln für die Kultur, überhaupt nicht über sonstige Mittel, um sich mit diesem Thema befassen zu können. Deshalb sahen sie ein bisschen neidvoll auf das Wirtschaftsministerium, das sich sozusagen als Artfremder in diesen Kultursektor hineinbegab. Wichtig für das Wirtschaftsministerium war ganz klipp und klar, und das muss ich in aller Deutlichkeit hier auch noch einmal sagen, es ging nicht darum, die Förderung der öffentlichen Kulturförderung durch irgendeinen ökonomischen Sekundäreffekt zu begründen, sondern darum, die tatsächlichen kulturwirtschaftlichen Märkte (wie z. B. Buchmarkt oder Film- und AV-Wirtschaft) zu erforschen.

Das heißt, das Wirtschaftsministerium hat uns damals wirklich klipp und klar gesagt: Wir wollen hier nicht Kulturminister spielen, sondern wir wollen wissen, ob in dem Teil des Kultursektors Handlungsbedarf ist. Und der wurde ja auch nicht erfunden, Gabi Schulz hat das eigentlich sehr klar gesagt, das ist keine Erfindung und keine Fiktion, diese Märkte gibt es schon immer, in mehr oder weniger ausgeprägter Form. Das Wirtschaftsministerium wollte also wissen, können wir was tun in diesem Teil des Kultursektors, der sich marktwirtschaftlich, erwerbswirtschaftlich darstellt.

Aus dieser Genese heraus muss man verstehen, warum jemand wie ich oder Kollegen von uns immer wieder bis zum heutigen Tage darauf bestehen, diese Unterscheidung gerade für eine deutsche Position zu formulieren und zu sagen, bitte schön vorsichtig sein. Wir wollen hier nicht eine Ökonomie des Kultursektors als Ganzem beschreiben und untersuchen. Wir wollen auch nicht, um mal den Umkehrschluss zu formulieren, die Fundamente, wie wackelig und wie legitimatorisch sie auch sein mögen, die Fundamente des öffentlichen Kulturbetriebes durch das Konzept Kulturwirtschaft unterminieren.

Die Aufgabe der öffentlichen Fundamentierung, der Begründung von öffentlicher Kulturfinanzierung, von Non-Profit-Kulturfinanzierung, ist nach wie vor eine zu leistende Aufgabe. Die vielleicht für manche von Ihnen puristische Teilung zwischen dem privatwirtschaftlichen, erwerbswirtschaftlichen und dem öffentlichen, gemeinnützigen Non-Profit-Sektor, diese puristische Teilung ist zwar in der Praxis nicht gegeben, wie ich letztens von Deinem Vorsitzenden - Max Fuchs - wieder so schön gehört habe es gebe ja nur noch hybride Formen, man müsse ohnehin alles zusammendenken. In der Kultur- und Wirtschaftspolitik muss man das noch nicht, denn die ist noch nicht hybrid geworden. Sondern da gibt es den Wirtschaftssenator und da gibt es den Kultursenator und beide wollen ihre jeweils spezifischen Zielsetzungen verfolgen können. Die Aufgabe, dass sie das tun können, ist mehr als schwierig genug. Da gleich auf hybride Formen und Vermischungen zu kommen und dass die Komplexität in allem wirke, ist ein probates Mittel, mit dem der Kultursektor versucht, für sich Begründungen zu finden. Er sollte das aber nicht tun, weil es eher zu seinem Schaden ist. Ein Beispiel: Wenn Kulturbetriebe, öffentliche Theaterbetriebe, gegenüber der EU begründen, wie wirtschaftlich sie sind, wie ökonomisch bedeutend - sie haben sich jetzt schon mal GmbH-Mittel zugelegt, jetzt kriegen sie auch noch hin, dass sie ihre Umsatzpotentiale nachweisen - dann dauert es nicht lange, dass die EU sagt: Ach ja, ist das so? Wieso eigentlich sind die dann überhaupt noch beihilfeberechtigt? So bringen sie sich möglicherweise selbst in große Schwierigkeiten

Wir haben eine öffentliche, gemeinnützige und eine privatwirtschaftliche Infrastruktur. Die ist unter den Vergleichsmaßstäben in Europa eine hervorragende Infrastruktur, mit allen Auf's und Abs und was wir natürlich in unserem Segment immer auch problematisch sehen, das ist berechtigt. Soviel zu meiner Motivation.

Der Begriff Kulturwirtschaft, Kreativwirtschaft - auch da gibt es eine eigenartige Begriffsgeschichte. Der Ausgangspunkt des deutschen Begriffs Kulturwirtschaft kommt von der Buchwirtschaft. Und dieser kommt vom Buchmarkt. Also ist der Begriff Kulturwirtschaft weder vom Creative Industry Concept der Briten, wie die Leute das immer so schön schreiben, noch von Adorno und seiner Bewusstseinsindustrie und der Kulturindustrie abgeleitet. Es ist überhaupt

kein gesellschaftskritischer Begriff. Es mag ja für irgendwelche Forscher und internationale Interessierte ein Erfolgserlebnis sein, mal in irgendeine öffentliche Bibliotheksdatenbank reinzugehen und dann den Begriff Culture Industry und dann vielleicht noch das deutsche Wort Kulturindustrie zu finden und dann besonders happy zu sein, wenn sie in diesem Kontext auch noch Adorno finden, aber, mit Verlaub, das alles ist Unfug.

Der Begriff Kulturwirtschaft, ist ein marktwirtschaftlicher Begriff, ist abgeleitet aus dem Börsenverein, also aus dem Verband der Buchwirtschaft. Die waren schlau, denn sie sagten bereits in der Weimarer Republik, wir sind ein patentierter Wirtschaftsverein, das ist ganz klar. Wir sind aber auch ein ganz wichtiger Kulturverband und deswegen wollen wir jetzt mal die reduzierte Mehrwertsteuer und die Buchpreisbindung, denn dieses besondere Produkt Buch verlangt das. So haben sie sehr klug und sehr schlau diese doppelte Funktion des Kulturgutes umsetzen können. Die anderen Branchen, wie z. B. die Musik, konnten das dann nicht mehr. Und sie haben es im Verfassungsgesichtsurteil nicht mehr durchgekriegt. Aber aus dieser Ableitung her stammt unser Begriff Kulturwirtschaft.

Und nun kommt diese internationale Debatte. Die Briten haben auch angefangen mit Culture Industry, sich dann aber zu schnell verheddert. Sie haben gemerkt, dass mit diesem Begriff Culture Industry nicht zum Ausdruck gebracht wird, was sie als dessen Herz sehen: die Designwirtschaft und die Game-Industrie. Dies sind die Herzmärkte des britischen Begriffs Creative Industry. Dann gibt es dort noch eine supertolle Definition von Kreativität, die die Individualität von Talent, Ideen und Fähigkeiten, die in allen Menschen steckt, als Ausgangspunkt der Creative Industry sieht. Das ist insofern ein bisschen merkwürdig, weil sich daraus keine Branchengliederung ableiten lässt, wie Werbemarkt, Musikmarkt etc. Die Schlawen unter diesen britischen Forschern haben daher gesagt, die Branchengliederung sei unsinnig, denn die Kreativität stecke ohnehin in der gesamten Volkswirtschaft und lasse sich nicht ausschließlich kulturellen Märkten zuordnen.

Nun müssen wir jedoch wissen, das Konzept der Creative Industry der Briten, ist das weltweite Referenzmodell geworden. Wenn Sie irgendwo eine Studie aufschlagen oder ein Konzept, dann bietet jede Studie, jedes Konzept von Australien, über Kanada, über USA, über China oder sonst wohin, das britische Konzept an.

Daher können wir Deutschen nicht ausschließlich auf dem deutschen Kontext bestehen, sondern müssen eine Schnittstelle zu diesem Creative Industry Concept finden.

Neben den bereits im deutschen Konzept vorhandenen neun Teilbranchen (Musik, Buch, etc), haben wir aus dem britischen Konzept noch die Bereiche Werbung, sowie Software/ Games übernommen.

Allerdings soll hier nicht verschwiegen werden, dass uns die Übernahme dieser beiden Branchen zunächst erhebliche Bauchschmerzen bereitet haben. Durch diese Vermischung des deutschen mit dem britischen Konzept entstand schließlich die Wortkonstruktion: Kulturwirtschaft/ Creative Industries. Diese deutsch-englische Doppelbegrifflichkeit bringt zum Ausdruck, dass sowohl der dargestellte deutsche Kontext, wie auch der beschriebene britische Kontext zusammengebracht werden sollen.

In der öffentlichen Debatte ist der konzeptionelle Hintergrund dieses Begriffes jedoch nicht angekommen. Und so entstand die simplifizierende Übersetzung „Kultur- und Kreativwirtschaft“.

Jetzt reiben wir uns verwundert die Augen, denn einige ganz Schlaue im Wirtschaftsministerium sagen, ach Kulturwirtschaft, Kultur brauchen wir sowieso nicht. Wir nennen das ganze Kreativwirtschaft und dann nennen wir es auch gleich noch kreative Ökonomie, weil das attraktiver klingt.

Am Ende haben wir beispielsweise in Nordrhein-Westfalen neben dem traditionellen Kulturwirtschaftskonzept des Wirtschaftsministeriums plötzlich auch ein Konzept der Staatskanzlei NRW, also des Ministerpräsidenten, das da heißt: „Kreative Ökonomien“. Wer sich das Konzept anschaut, findet kaum noch das Wort Kultur- und Kreativwirtschaft. Vielmehr ist da von Logistik, von Chemie, oder Automobilindustrie die Rede. Klar, dann ist es auch kein Wunder, wenn der Konzern Evonic, ein Industriekonzern im Ruhrgebiet, sich als kreativer Konzern bezeichnet. So hat uns inzwischen die Attraktivität des Begriffs Kreativität eine riesige Vernebelungswolke beschert.

Luc Jochimsen

Vielen Dank. Wir sehen, wir können uns durchaus auch verheddern, allein in den Definitionen und in den Begriffen. Inwieweit uns das voranbringt, ist eine andere Frage. Ich werde mir erlauben, von der vorgesehenen Reihenfolge abzugehen, da Frau Ulrike Steglich nicht da ist. Und es sich anbietet, dass an der Stelle der Wirtschaftssenator zu Wort kommt. Dadurch wird es spannungsreicher. Ich bitte Harald Wolf Stellung zu nehmen.

Harald Wolf

Besten Dank. Zum Thema der Definition kann ich mich dem anschließen, was hier schon verschiedentlich gesagt worden ist. Unsere Definition von Kultur- und Kreativwirtschaft geht auch aus vom erwerbswirtschaftlichen Bereich. Wir verwenden die Begriffe Kultur- und Kreativwirtschaft synonym, weil es bisher aus unserer Sicht keine klare, nachvollziehbare Abgrenzung gibt und mir noch niemand die trennscharfen Kriterien hat nennen können, ab wann etwas dem Kreativbereich bzw. dem Bereich Kulturwirtschaft zuzurechnen ist. Die Trennung, die im Bericht der Enquete-Kommission lanciert wurde, nur Software, Games und Werbung unter Kreativwirtschaft zu verstehen, halte ich für nicht wirklich sinnvoll. Was

sicherlich sinnvoll ist, ist sich noch einmal genauer anzusehen, nicht mit der Zielsetzung der Ökonomisierung der nicht erwerbswirtschaftlich orientierten Kultur, aber die Wechselwirkung zwischen dem eher kulturorientierten und erwerbswirtschaftlichen Sektoren intensiver zu betrachten, halte ich dagegen für eine sinnvolle Aufgabe in der Zukunft.

Was Berlin angeht, haben wir ein deutliches Wachstum im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft seit 2000 mit aktuell rund 17,5 Mrd. Umsatz und 23 000 Unternehmen. In dem Sektor haben wir es mehrheitlich mit sehr kleinen Unternehmen, häufig Allein-Unternehmern und Unternehmerinnen zu tun. Die Anzahl der Unternehmen im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft ist von 2000 bis 2006 um 33% gestiegen. Das sind 5 700 Unternehmen plus. Die Umsätze sind im gleichen Zeitraum um 25% gestiegen. Das macht auch noch mal deutlich, dass wir den Zuwachs vor allem bei den Kleinunternehmen haben.

Es wird deutlicher, welche Trends wir haben, wenn man sich ansieht, wie sich die Beschäftigung entwickelt hat. Wir haben einmal den Trend zur Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und einen Trend zur Zunahme des Anteils von Freiberuflern und Selbständigen. Das heißt, eine signifikante Verschiebung von gesicherten Beschäftigungsverhältnissen zu, ich sage jetzt nicht generell prekärer Verhältnisse, weil es Freiberufler gibt, die ich nicht unter prekär definieren würde. Ich glaube, das wissen auch alle hier. Ein Teil davon ist wohl unter prekär zu fassen, sei es weil sie nur auftrags- oder projektbezogen arbeiten oder weil das Einkommen, das sie erzielen, ausgesprochen niedrig und in einigen Fällen nicht existenzsichernd ist und hier andere Leistungen notwendig sind. Das Thema Alterssicherung, ich gehe darauf nachher noch einmal ein, soziale Sicherung insgesamt, ist ein weiterer Hinweis dafür, dass wir hier prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben.

Wir haben festgestellt, dass die Begrifflichkeiten mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen verbunden sind und dass wir in Teilssegmenten der Kulturwirtschaft sehr unterschiedliche Einkommensentwicklungen haben. Wir haben in Berlin zum Beispiel bei den Einkommen der angestellten Musiker, das DIW nennt das den Philharmonieeffekt, ein überdurchschnittliches Einkommen. Bei den Selbständigen jedoch ein niedrigeres Einkommen als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ich möchte das an einigen weiteren Beispielen deutlich machen. Das Einkommen eines selbständiger Informatikers liegt in Berlin mit 1 800 € unter dem durchschnittlichen Einkommen aller Vergleichsregionen (3 700 €). Ein selbständiger Werbefachmann in Berlin hat ein Einkommen von durchschnittlich 2 000 € und das durchschnittliche Einkommen in den Vergleichsregionen liegt mit 2 500 € noch deutlich darüber.

Es wäre interessant genauer zu untersuchen, woran das liegt. Dabei kommen aus meiner Sicht mehrere Faktoren zusammen. Einmal die Unternehmensstruk-

tur, dass wir sehr viele Gründer, sehr viele junge und Allein-Unternehmen haben. Und wir im Bereich der Kreativwirtschaft in Berlin zwar eine hohe Attraktivität als Produktionsstandort haben, sich jedoch die Abnehmer/ Kunden für Leistungen häufig nicht in Berlin befinden. Das fängt beim Kunstmarkt an. Die Binnen-nachfrage ist deutlich niedriger als die überregionale und internationale Nachfrage. Auch in den Bereichen Informatik / Software befindet sich, das sagen mir auch alle IT-Unternehmen, die Kundschaft im Wesentlichen außerhalb Berlins. Das schlägt sich im Einkommensniveau nieder. Berlin ist für Kreative aufgrund des städtischen Milieus, aufgrund günstiger Rahmenbedingungen, insbesondere bei Lebenshaltungskosten und Mieten – auch im Vergleich mit allen Metropolen weltweit – und einer Reserve an verfügbaren Räumen im Innenstadtbereich extrem attraktiv.

Ich sage immer, in London kann man versuchen, eine kreative Idee zu realisieren, wenn man scheitert, ist man anschließend pleite. In Berlin hat man die zweite Chance, weil die Rahmenbedingung insgesamt günstiger sind. Aber das ist auch Ausdruck einer wirtschaftlichen Schwäche, die die Stadt hat und damit drückt sich das auf der Nachfragerseite nachteilig aus. Ich glaube, dass wir uns bei dem Thema Kreativwirtschaft davor hüten müssen, nur auf das kreative Flair zu setzen, auch wenn wir uns gern und aus gutem Grund damit schmücken. Hinter diesem kreativen Flair wird gern ignoriert, welche sozialen Verhältnisse und Probleme sich dahinter verbergen. Ich glaube, wir brauchen in dem Maße wie jetzt in der Bundespolitik das Thema Kreativwirtschaft entdeckt wird, eine Diskussion über die Fragen neuer sozialer Sicherungen. Die Entwicklung von einem immer höheren Anteil an Freiberuflern, die sich insbesondere in der Kreativwirtschaft herausgebildet haben, ist nicht mehr umkehrbar. Es gibt in diesem Bereich kein Zurück zu Normalarbeitsverhältnissen und sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Das stünde im Widerspruch zu den Produktionsbedingungen. Und der Digitalisierungsdruck wird auch dazu führen, dass sich die großen Unternehmen noch stärker auf ihre Kernbelegschaft, die sie unbedingt brauchen, konzentrieren und die anderen Bereiche auslagern in Form von Selbständigkeit, Scheinselbständigkeit, Projektarbeit, die sie sich gelegentlich ranholen. Ich halte Berlin und den Kreativbereich dabei eher für eine Art „role model“ für das, was zeitlich versetzt in allen Wirtschaftszweigen passieren wird. Deshalb wird es notwendig sein, bei dem Thema der sozialen Sicherung Antworten zu finden.

Die derzeitige soziale Sicherung über die Künstlersozialkasse ist keine ausreichende Antwort. Vom Niveau der Absicherung her und zum zweiten des Personenkreises, den sie umfasst. Möglich wäre natürlich, den Personenkreis auszuweiten. Aber ich glaube wir brauchen an dieser Stelle eine neue Diskussion über die Frage der sozialen Absicherung und eines Versicherungssystems für Selbständige und Freiberufler. Die Diskussion darüber wird in zunehmenden Maße notwendig, auch außerhalb des Sektors Kreativwirt-

schaft. Bei der Frage der Auslagerung von Tätigkeiten, Verlagerung der Risiken auf Freiberufler und Auf-tragneher entstehen zunehmend Risiken, die einer Absicherung bedürfen.

Das zweite Thema, das ich für wesentlich halte, sind die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklung und Kreativbereich. Der Kreativsektor hat, das kann man in Berlin sehr gut beobachten, eine Pionierfunktion in Gentrifizierungsprozessen und trägt erheblich zur Vitalisierung von Quartieren bei. Gebiete mit relativ niedrigen Mieten oder aufgegebene Industrieareale sind interessant für Kreative, die dort Möglichkeiten der Neucodierung sehen. Häufig handelt es sich dabei um innerstädtische Gebiete, mit einer guten infra-strukturellen Anbindung. Mit dem Ansiedeln kreativer Milieus erleben die Quartiere eine Aufwertung. Die Areale werden dann auch für Immobilienentwickler inter-essant, was langfristig wieder zu einer Verdrängung dieser Kreativen führen kann. Das heißt, man sorgt erst einmal dafür, dass ein Gebiet attraktiv wird und wird dann selbst Opfer dieser Entwicklung, weil man die Preise nicht mehr zahlen kann. Deshalb halte ich es für notwendig, innerhalb der Stadtentwicklungspolitik dafür zu sorgen, dass Räume für diese Kreativwirtschaft im Innenstadtbereich gesichert werden. Es kann nicht bei jeder Liegenschaft darum gehen, maximale Verwertungserlöse zu erzielen. Deshalb ist es weiterhin wichtig, landeseigene Liegenschaften an inhaltliche Konzepte zu knüpfen und sie nicht zum maximalen Preis zu verkaufen. Einerseits gibt es ein Interesse des Landes, soweit es über Immobilien verfügt, diese optimal zu verwerten. Auf der anderen Seite, unter dem stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkt, müssen soziale Mischungen ermöglicht und Entwicklungsbedingungen für ein kreatives Milieu gesichert werden. Wir brauchen Freiräume, Freiräume für Experimente, die sich nicht unbedingt sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung positiv niederschlagen. Derartige Freiräume zu sichern, zu entsprechenden Konditionen und auch durch stadtplanerische Entwicklungen – das glaube ich sind Themen, die zentral sind.

Ein letzter Punkt noch. Wir haben in Berlin in den letzten Jahren zahlreiche Programme zur Unterstützung des Kreativsektors entwickelt. Angefangen von Mikrokrediten, die immer stärker von der Kreativwirtschaft in Anspruch genommen werden und die Voraussetzung für die Finanzierung von Existenzgründungen und Vorhaben schaffen. Wir haben ein speziell auf die Bedürfnisse des Kreativsektors zugeschnittenes Coachingprogramm – das Kreativ Coaching Center (KCC) – aufgebaut. Wir haben gelernt, dass Coaching und Beratung noch wichtiger sind als monetäre Förderinstrumente. Ich erlebe immer wieder, wenn ich mit jungen Gründerinnen und Gründern aus dem Bereich der Kreativwirtschaft diskutiere, dass da eine gewisse Naivität vorhanden ist, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angeht. Deshalb ist das Thema Coaching wichtig. Gleichzeitig aber auch die Netzwerkbildung, die wir intensiv in Berlin betrieben haben. Und auch in diesen Netzwerken zeigt sich die unglaubliche Heterogenität des Kreativsektors.

Ich habe einen Lenkungsreis, in dem die unterschiedlichen Sektoren der Kreativwirtschaft vertreten sind, vom Kunstmarkt über Musikindustrie bis hin zu Software. Das ist doch eine sehr extreme Spannweite der Milieus, der Fragestellungen und der Probleme. Wir sind am Überlegen, wie wir perspektivisch eine vernünftige Kommunikation in und zwischen diesen Branchen organisieren. Eine Herausforderung ist dabei das sehr unterschiedlich ausgeprägte Kommunikations- und Vernetzungsbedürfnis.

Der letzte Punkt, den ich fokussieren möchte, ist das Thema Eigenkapital. Bei sehr vielen Unternehmen gibt es eine ausgeprägte Eigenkapitalschwäche. Wir haben versucht dem entgegen zu wirken, indem wir bei unserer Förderbank einen Beteiligungsfonds eingerichtet haben. Da wir diesen Beteiligungsfonds wesentlich aus EFRE-Mitteln gespeist haben und eine 50%ige private Co-Finanzierung notwendig ist, können einige Unternehmen, für die der Fonds eigentlich gedacht war, aufgrund zu hoher Renditeerwartungen der privaten Co-Investoren nun nicht in Anspruch nehmen. Wir würden die Antragsbedingungen für den Beteiligungsfonds gern etwas modifizieren, damit Unternehmen zu moderaten Renditeerwartungen von dem Fonds profitieren können und organische Wachstumsprozesse zu ermöglichen, mit denen man den Status der Subsistenzwirtschaft überwinden und verlassen kann. Bei der Vielzahl an Kleinstunternehmen und angesichts der Einkommenssituation ist das eines der Hauptthemen.

Luc Jochimsen

Vielen Dank. Wir haben jetzt 1 Stunde und 15 Minuten zugehört. Ich würde vorschlagen, Annette, dass du aus dem Statement von Ulrike Steglich die Passage zitierst oder vorträgst, die sich genau anschließt an das, was wir gerade gehört haben – die Effekte zur Stadtentwicklung, aber nicht die ganze Stellungnahme. Weil ich mir vorstellen könnte, dass sich jetzt Fragen stellen und wir die verbleibende Zeit zur Diskussion nutzen wollen. Diese Effekte zur Gentrifizierung durch Künstler und Kreative in der Stadtentwicklung.

Annette Mühlberg liest Ulrike Steglich

„Räume: Die Beobachtung der räumlich vagabundierenden Berliner Kulturszene entspricht den klassischen internationalen Gentrification-Erfahrungen. Kurzgefasstes Beispiel Spandauer Vorstadt: Um 1990 gab es sowohl viele leer stehende als auch bezahlbare Räume. Die hier aufblühende Subkultur zog wiederum das Interesse von Touristen wie Investoren nach sich. Andererseits warf die Restitutionsproblematik ganz neue Fragen auf: Kurzfristige Mietverträge aufgrund von ungeklärten Eigentumsverhältnissen, Rückübertragungsansprüchen und spekulativer Immobilienhandel schufen in Ostberlin eine bis dahin völlig ungekannte Situation.

In der Folge stiegen die Mieten, kommerziell orientierte Galerien, Designer und Gastronomie verdrängten jene Subkultur, die erst das Image geprägt hatte, dem sie nun selbst zum Opfer fiel, bis große internationale

Design- und Modelabels wiederum die touristisch geprägte Gastronomie verdrängten. Allerdings muss man auch erwähnen, dass sich die Kulturszene leider nur selten mit ihrer eigenen Doppelrolle (als Aufwertungsfaktor und zugleich Opfer des Aufwertungsprozesses) kritisch auseinandersetzt.

Beobachtet man die Berliner Bewegungen der Kulturszene, ist der Zusammenhang mit den Mietniveaus unübersehbar. In Berlin, insbesondere in den zentralen Ostberliner Altbauquartieren in Mitte und Prenzlauer Berg, war seit der Wende das klassische Gentrification-Modell par excellence zu studieren, wie es international schon vielfach von Soziologen beschrieben wurde: Künstler werben einen Stadtteil auf und ziehen – wegen der daraufhin steigenden Mieten – damit nicht nur sich selbst den existentiellen Boden unter den Füßen weg, sondern sind auch Teil eines Verdrängungsmechanismus, der meist die angestammte, eher einkommensschwache Bewohnerschaft trifft. Die Folge ist eine gravierende städtische Segregation. Zurück bleiben hoffnungslos überbeuerte Viertel mit einer entsprechend homogenen, gut verdienenden Einwohnerschaft – weitgehend ohne Künstler. Dafür mit viel „Kreativwirtschaft“: Designer, Architekten, Werbeleute. Die „Kulturszene“ wiederum zieht weiter – und „wertet“ die nächsten Viertel auf.

Die Berliner Erfahrungen zeigen, dass in den ursprünglichen Szenenvierteln nur jene Kulturprojekte bleiben konnten, denen es gelungen ist, ihre Immobilie zu sichern – durch welche Konstrukte auch immer: durch Stiftungen, Kauf, langfristige Mietverträge.

Eine politische Forderung wäre in diesem Zusammenhang (auch, um den Teufelskreis städtischer Segregation zu durchbrechen) eine verlässliche Bereitstellung bezahlbaren Arbeits- und Wohnraumes. Da dies, wie die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, mit Privatvermietern nicht möglich ist, sind hier die Kommunen gefordert. Insbesondere die landeseigenen Wohnungsgesellschaften sollten nicht länger als Melkkuh für kommunale Finanzlöcher betrachtet werden (wie in Berlin), sondern ihrem ursprünglichen Auftrag gerecht werden: nämlich Bedürftigen bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen. Es ist eindeutig NICHT die Aufgabe kommunaler Wohnungsunternehmen, unter Einspannung der Kulturszene kurzfristige ökonomische Aufwertungsstrategien zwecks besserer Eigenvermarktung zu verfolgen, die wiederum nur die städtische Segregation bedienen. Stattdessen sollten gezielt Kulturprojekte im Sinne kommunaler Kulturarbeit unterstützt werden, wenn es um die Sicherung von Standorten geht.“

Luc Jochimsen

Vielen Dank. Dann können wir jetzt an dieser Stelle ganz gut in die Diskussion einsteigen. Ich habe mir als Stichworte folgendes aufgeschrieben.

Erstens: diese neue Tatsache, mit der man konfrontiert ist, dass Menschen in Festanstellungsverhältnissen besser verdienen als Freiberufler, in dem Bereich

der kulturellen und kreativen Tätigkeiten. Das ist ja tatsächlich ein Novum. Früher war es so, dass diejenigen, die freiberuflich tätig waren in den unterschiedlichen kulturellen und kreativen Feldern stets eigentlich mehr verdient haben, als die die fest angestellt waren. Jetzt hat sich das umgedreht. Ich denke, das hängt damit zusammen, dass es ein auslaufendes Modell ist, weil die, die fest angestellt sind, immer noch auf Verträge und Anstellungsverhältnisse pochen können, die vor längeren Zeiten geschlossen wurden. Die Zahl der Festangestellten geht insgesamt zurück. Dies wird sich in der Zukunft wahrscheinlich noch einmal verschieben. Stichwort - soziale Sicherung. Es muss eine soziale Sicherung für Freiberufler geschaffen werden. Eine neue, eine andere soziale Sicherung muss geschaffen werden. Aber wie könnte diese aussehen? Eine zweite Künstlersozialkasse, eine vergrößerte Künstlersozialkasse? Wie könnte die soziale Sicherung für Freiberufler aussehen?

Zweitens: Stichwort - Stadtentwicklung: Wie kann man über Immobilien, über Wohnen, über Ateliers, über die zur Verfügung Stellung von Räumen, in denen sich Kreativität, kreative Arbeit äußert, von Seiten der Öffentlichkeit sicher stellen, was dann solche Prozesse verhindert oder zumindest verringert. Das wären zwei Fragen, die ich in die Runde werfen würde.

Wie geht ein Wirtschaftssenator damit um? Es hieß ja am Anfang sehr zu Recht, die Tatsache, dass in Berlin die Lebenshaltungskosten niedriger sind, die Mieten niedriger sind, sind eigentlich ein Indikator dafür, dass die Stadt im Vergleich zu anderen Metropolen, eher eine schwache Stadt ist und keine wirtschaftlich starke Stadt ist. Das ist ein Grundsatzdilemma in der auch die politische Führung der Stadt steht. Wir eröffnen die Diskussionsrunde. Vielleicht sammeln wir zunächst ein paar Fragen. Ich bitte jetzt um Wortmeldungen.

Werner Schaub vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler

Es ist natürlich schwierig in der verbleibenden Zeit, dieses ganze Gewirr überhaupt durchzugehen. Vielleicht müssten sie da mal ein zweitägiges Symposium zu dem ganzen Komplex veranstalten, um es überhaupt nur annähernd streifen zu können. In einigen Beiträgen klang es durch, ich glaube bei Frau Schulz, dass unter Kultur- und Kreativwirtschaft nur zu verstehen sei, wo wirklich was erwirtschaftet wird. Aber die Frage ist, was ist denn etwas Erwirtschaftetes? Gerade im letzten Beitrag kam heraus, dass eine Kreativszene einen Stadtteil aufwerten kann. Das ist auch ein wirtschaftliches Ergebnis.

In Ludwigshafen sitzt die Badische Anilin- & Soda-Fabrik (BASF). Und die BASF hatte, das ist glaube ich etwa 15 Jahre her, Probleme, Führungskräfte zu bekommen, weil kein Mensch nach Ludwigshafen wollte, das klingt nicht so attraktiv. Sie haben deswegen eine Studie machen lassen, wie man das ändern kann. Als Ergebnis kam heraus, dass die BASF heute ein Kulturförderprogramm für die ganze Region auflegt, zusammen mit anderen großen Firmen, das ist

ein sehr dichter Wirtschaftsbereich. Sie haben dieses Problem nicht mehr und sie gehen diesen Weg weiter. Das zeigt, es gibt auch andere Werte als nur das, was am Schluss irgendwo auf dem Konto von einer Firma auf der Bank landet. Unter diesem Aspekt müssen wir das Begriffspaar Kultur- und Kreativwirtschaft sehen. Man muss nicht unbedingt nur auf die Anglizismen hören. Ich glaube, im ersten Referat wurde dies deutlich, man muss es so nehmen, wie es dasteht und dann sehen, was man darunter definiert. Man dann das durchaus füllen.

Luc Jochimsen

Vielen Dank. Petra Sitte bitte.

Petra Sitte

Ich spiegele das jetzt mal vor dem Hintergrund meines Erlebens von Kunst und Kultur aus der Sicht einer Stadträtin in Halle/Saale. Es gibt da eine sehr aktive Kunst- und Kulturszene, nur eben diese Graswurzel-Kultur- und Kunstszene. Wir haben in Halle ganz tolle Highlights wie die Moritzburg, wir haben jetzt gerade die Feininger Ausstellung eröffnet, gigantisch. Und wenn man dann die Besucher sieht, dann sieht man genau jene, die aus tiefer, innerer Überzeugung Kunst und Kultur, in welcher Form auch immer, betreiben. Wenn ich die Entwicklung beobachte, ich stehe nicht drin in der Diskussion, ich betrachte das eher von außen, dann muss ich sagen, habe ich heute zum ersten Mal die Entwicklung der Begriffsbestimmung und die andere Lesart der Briten gehört. Und dann denke ich, was sagt mir das jetzt? Was bringt mir das für die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, eine so gediegene Differenzierung. Ich stelle immer wieder fest, die Meisten, die ich kenne, sind Selbstunternehmer aus Not. Sie sind es nicht wirklich freiwillig, aber sie können ihrer Profession nicht nachkommen, wenn sie es nicht in dieser Form tun.

Die Anderen, die im Vermittlungsbereich tätig sind, die Institutionen mitbetreuen in denen unter Umständen Künstler und Kulturschaffende ihrer Arbeit nachgehen können, die werden immer weniger und müssen sich immer mehr rechtfertigen. Ich habe eine solche Rechtfertigungssituation über Jahre erlebt, was Bildung anbetrifft. Jetzt haben wir uns den Begriff Bildungsinvestition erobert, aber das ist abgekoppelt von der Frage Kultur und Kulturinvestition. Jetzt stelle ich mir vor, alle sind gebildet aber keiner hat was mit Kultur zu tun, um es verschärft zu sagen. Da ist es völlig unumstritten und im Kulturbereich müssen wir immer noch um die politische Akzeptanz kämpfen. Ich habe vorhin noch einmal nachgelesen: „Europäische Union - meine Grundrechte“ heißt das kleine Büchlein. Artikel 13, Freiheit der Kunst und der Wissenschaft „Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.“ Es gibt noch einen Artikel 22: Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen „Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.“

Meine Perspektive ist, die ich bedroht sehe, dass die eigentlichen kreativen Künstler und Kulturschaffenden

den irgendwann nicht mehr ihrem eigenen Anspruch an Kunst und Kultur nachkommen können. Da bricht uns etwas weg. Ich fasse das für mich in ein zivilisatorisches Problem, weil es um ein soziales Netzwerk in der Gesellschaft geht. Und ich habe jetzt Angst, dass durch diese Reduktion auf Kulturwirtschaft, auf Erwerbswirtschaft, dass uns der grundsätzliche Anspruch verloren geht. Ich habe das Gefühl, dass es eine Aufgabe der Linken sein müsste, diese Diskussion wieder zurückzuholen. Eine Spiegelung der aktuellen Entwicklungen, nicht in dem Sinne Mauern zu ziehen, sondern die Debatte auf die konstitutiven Momente einer Gesellschaft zurückzubringen. Ich weiß nicht, ob das zu weit hergeholt ist. Was den Bundestag betrifft, ist das für mich eine Zielstellung, der man sich stellen müsste, da habe ich aber nicht das Gefühl, dass das von Ihnen noch einmal eingefordert worden ist oder ist das total selbstverständlich.

Luc Jochimsen

Zunächst hatte sich Frau Manske gemeldet.

Alexandra Manske

Ich möchte gerne etwas zum Thema soziale Absicherung sagen und mich jetzt weniger in der Diskussion, was gehört zur Kultur- und Kreativwirtschaft weiter verfassen. Herr Wolf hatte es angesprochen, die Künstlersozialkasse ist grundlegend eine sehr gute Einrichtung. Alle Experten werden nicht müde zu betonen, dass sie einmalig auf der Welt ist und selbständigen Künstlern und Kreativen eine Absicherung verspricht, wenngleich auf niedrigem Niveau. Dieses niedrige Niveau ist das eine Problem, aber ich denke gerade bei der Frage, was braucht es für sozialpolitische Reformen, ist das größere Problem bei der KSK ihre industriegesellschaftliche Ausgerichtetheit. Was meine ich mit industriegesellschaftlicher Ausgerichtetheit?

Die KSK ist eine Institution, die davon ausgeht, dass Künstler und Kreative, wenn sie sich für eine freiberufliche Erwerbsform entschieden haben, dabei auch ihr Leben lang bleiben. Das ist der industriegesellschaftliche Bias, dass die Institution KSK auch in diesem Segment von eindeutigen Laufbahnen ausgeht. Das ist aber nicht mehr der Fall. Ulrike Steglich hat das auch geschrieben. Wenn man kurzzeitig mal angestellt ist, dann fliegt man aus der KSK wieder raus, muss sich wieder neu anmelden, muss vielleicht in Vorleistung gehen. Das ist ein Problem, was die soziale Reformbedürftigkeit dieser Künstlersozialkasse anzeigt. Allein im Enquete-Bericht habe ich darüber nichts gelesen, es sei denn ich habe es überlesen. Das ist natürlich eine Bundesaufgabe, wo das Land Berlin alleine vielleicht nicht viel ausrichten kann. Aber da würde ich beispielsweise politischen Handlungsbedarf auf Seiten der Linken sehen.

Ganz schön finde ich ihre Initiative, die Anwartschaften auf ALG I zu verkürzen. Das würde ich als eine Möglichkeit sehen, um aus dieser industriegesellschaftlichen Ecke rauszukommen. Eine grundlegende Idee, die ich bisher so noch nicht gelesen habe, ist möglicherweise so etwas wie eine einkommensori-

enterte Grundsicherung für Künstler und Kreative einzuführen. Wobei ich betonen muss, dass ich grundsätzlich alles andere als eine Freundin von Grundsicherungsmodellen bin. Weil ich denke, dass es hergebrachte Ungleichheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt untermauert. In dem Fall hier würde ich aber denken, dass es eine Idee wäre, die auf die spezifischen Bedarfslagen in den Kreativ- und Kulturarbeitsmärkten zumindest halbwegs angemessen reagiert.

Luc Jochimsen

Darf ich da noch mal nachfragen. Sie sagen, Sie sind eigentlich eine Gegnerin der Grundsicherung, aber für Künstler und Kreative wiederum fänden Sie die angemessen?

Alexandra Manske

Ja. Ich rede hier nicht von der bedingungslosen Grundsicherung. Ich meine nicht, jeder soll 1 000 € oder 1 500 € oder 1 200 € Grundsicherung bekommen.

Luc Jochimsen

Nur weil er sich Künstler nennt.

Alexandra Manske

Genau, nur weil er sich Künstler nennt. Aber auch da könnte man sich überlegen, wie bei der KSK, man müsste eigenschöpferische Arbeitsanteile aufweisen. Wobei das wieder zur nächsten Forderung führt, dass es meines Erachtens nach um eine Anerkennung von Kunst- und Kulturarbeit als Arbeit geht. Wir brauchen einen neuen kulturellen Begriff von Arbeit. Um auf ihre Frage zurückzukommen. Ja, bei Künstlern und Kreativen bin ich für eine einkommensorientierte Grundsicherung, sonst nicht.

Luc Jochimsen

Vielen Dank.

Gabriele Schulz

Ich möchte ein Plädoyer dafür halten, dass man sich vergegenwärtigen sollte, wenn man über Kulturwirtschaft spricht, man wirklich über den erwerbswirtschaftlichen Sektor redet. Natürlich ist es so, dass keine Galerie im ersten Jahr Gewinne macht. Auch kein Künstler macht das. Wir als Deutscher Kulturrat haben uns intensiv für eine weite Auslegung der „Liebhabereiregelung“ eingesetzt. Nicht dass, wenn sofort kein Erfolg kommt, steuerlich bestritten wird, dass derjenige erwerbswirtschaftlich tätig ist. Ich glaube, dass es in der Debatte hilft, wenn man sich klar macht, und das auch immer wieder betont, bei Kulturwirtschaft geht es darum, dass Leute am Markt Geld verdienen. Geld verdienen mit der Verwertung künstlerischer Produkte. Wenn öffentliche Kultureinrichtungen auf einmal anfangen, mit Umsatzzahlen, mit Kennziffern usw. zu operieren, sehe ich genau die Gefahr, die Herr Söndermann eben beschrieben hat, dann kommt die EU-Kommission und sagt, wo seid Ihr denn noch öffentliche Dienstleistung? Ihr stellt Euch doch selber in eine Reihe, dass Ihr erwerbswirtschaftlich seid, dass Ihr auch mit den ähnlichen Begriffen operiert. Ich glaube, dass es in der Argumentati-

on wichtig ist, scharf zu trennen, zwischen einem erwerbswirtschaftlichen Bereich, einem öffentlichen und einem gemeinnützigen Sektor. Und dass man dies auch kulturpolitisch entsprechend vertreten muss. Weil ansonsten die Gefahr der Dienstleistungsfalle der EU-Kommission besteht, und dann noch international die GATS-Falle. Ich denke, dass das ganz wesentlich ist. Natürlich, ist es immer so, dass es Schnittflächen gibt und dass es Überschneidungen gibt und dass es erwerbswirtschaftliche Effekte aus dem gemeinnützigen Sektor heraus gibt. Das ist nicht abzustreiten. Aber ich glaube, diese Schärfung könnte die Diskussion um die Kulturwirtschaft in ein ruhigeres Fahrwasser hineinbringen, weil klarer gesagt wird, über was gesprochen wird. Nicht über ein Allheilmittel, sondern über ganz bestimmte Branchen, die ihr Geld damit verdienen, dass urheberrechtlich geschützte Werke verkauft werden. Eine Galerie wird nur dann überleben können, wenn die Kunstwerke verkauft werden. Auch ein Künstler verdient damit sein Geld, dass seine Kunstwerke verkauft werden, das ist zumindest sein Ziel. Natürlich hat er noch andere, er möchte sich ausdrücken. Wenn man es strikt unter einem logischen Gerüst sich anschaut, ist es so, dass der erwerbswirtschaftliche Aspekt bei der Kulturwirtschaft der Kern ist. Und ich denke, dass man damit im kulturpolitischen Bereich vielleicht Terrain gewinnen kann.

Ich möchte noch einen Aspekt zur sozialen Lage ansprechen. Sie haben gesagt, Frau Jochimsen, dass vorher Freiberufler mehr verdient haben. Die KSK wurde gegründet, weil freiberufliche Künstler so wenig verdient haben. Das war der Ausgangspunkt im Autorenreport und im Künstlersozialreport. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich zu meiner vorigen Ausführung widerspreche, es ist natürlich so, dass wir auf der einen Seite soziale Absicherungen für diejenigen finden müssen, die nicht in die KSK hineinkommen. Wir müssen aber aufpassen, dass man das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet, weil die KSK hat natürlich einen riesigen Vorteil. Die dort Versicherten zahlen nur 50% der Beiträge. Die anderen 50% werden von den Verwertern künstlerischer Leistung, sowie vom Bund erbracht. Wenn man sich das in anderen europäischen Ländern anschaut, in denen Selbständige wieder viel stärker in soziale Sicherungssysteme integriert werden, müssen diese in der Regel einen sehr viel höheren Eigenanteil erbringen. Wenn man das Durchschnittseinkommen der in der KSK Versicherten anschaut, 11 000 € im Jahr, ist es natürlich so, dass gerade diese 50%, die zusätzlich beigetragen werden, ganz wesentlich sind, um die soziale Sicherung zu gewährleisten. Das heißt, bei aller Entwicklung neuer Modelle wäre mein wichtiges Anliegen, da das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Die KSK ist wirklich ein ganz wertvolles Instrument. Dass die Rente so gering ist, liegt einfach daran, dass zu wenig eingezahlt wird. Das ist letztendlich systemimmanent, angedockt an die normale soziale Sicherung. Wer 11 000 € im Jahr verdient, hat nur einen geringen Rentenanspruch. Das liegt an der Angleichung an das übliche soziale Sicherungssystem.

Johanna Maiwald, Mitarbeiterin im Arbeitskreis der Fraktion

Ich habe eine Nachfrage, ich glaube eher an Harald Wolf und Michael Söndermann zu den Beschäftigungseffekten in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir haben hier in Stellungnahmen von den schwierigeren Seiten der Qualität der Beschäftigung gehört. Wir haben gehört, dass es eine Umsatzsteigerung gibt. Mir ist aber noch nicht ganz klar, welche Bedeutung für die Beschäftigung generell die Kultur- und Kreativwirtschaft hat. Weil ich glaube, dass gerade aus linker Sicht ist es immer wichtig, wenn Unternehmen Umsatz erwirtschaften usw. Man möchte aber Menschen in Brot und Arbeit bringen. Und daher noch einmal die Frage, wie sie das einschätzen, inwiefern die gestiegene Anzahl von Unternehmen, die gestiegenen Umsätze einhergehen mit sich selbst tragender Beschäftigung.

Harald Wolf

Wir haben in Berlin, gemäß unserer Definition der Kreativwirtschaft ca. 160 000 Erwerbstätige. Es ist ein wachsender Sektor. Allerdings mit den Verschiebungen, die ich beschrieben habe: Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Zuwachs Freiberufler, übrigens was mich gewundert hat, ein Rückgang geringfügiger Beschäftigung, das geht dann wahrscheinlich in den Bereich der Freiberufler über, weil es keine Notwendigkeit mehr gibt, jemanden als Minijobber oder ähnliches zu beschäftigen.

Die unterschiedlichen Einkommensentwicklungen im Kreativbereich habe ich beispielhaft erläutert – in manchen Teilmärkten unterdurchschnittlich, in anderen Sektoren eine überdurchschnittliche Entwicklung. Das heißt, man muss sich die einzelnen Bereiche sehr genau ansehen. Es macht einen Unterschied, ob Sie bei Universal Music festangestellt arbeiten oder bei einem kleinen Independent Label oder für die Zuarbeiten oder zeitweise beschäftigt sind. Wir haben eine sehr breite Spanne. Für Berlin können wir feststellen, dass die Kreativwirtschaft eindeutig ein wachsender Bereich ist. Ein Sektor, in dem nicht nur die Umsätze, sondern auch die Beschäftigung – besonders deutlich ab 2004/ 2005 – wächst. Die Auseinandersetzung muss aus meiner Sicht noch intensiver mit den folgenden Fragen stattfinden: Welche Form der Beschäftigung, welche Einkommen, welche Form von sozialer Sicherung sind damit verbunden.

Für das Thema soziale Sicherung habe ich noch keine wirkliche Lösung. Das ist aus meiner Sicht eine wichtige Aufgabe, bei der wir weiter über adäquate Antworten diskutieren müssen. Ich sehe durchaus die Stärken, die die Künstlersozialkasse hat, auf der anderen Seite ist es letztendlich nichts anderes als eine Grundsicherung, mit einer ganzen Reihe von Einschränkungen. Auch einige Mittelständler aus dem Bereich der Kreativwirtschaft sind, als sie Abgaben an die KSK leisten sollten, ganz empört zu mir gekommen. Erst vor rund zwei Jahren wurde seitens der KSK vehementer damit begonnen, die Abgabenbasis zu verbreitern bzw. Abgaben konsequenter einzufordern.

Luc Jochimsen

Das war ja der Grund, warum es den Schrei gab, die Künstlersozialkasse einzustellen.

Harald Wolf

Genau. Das war der Punkt, aber auch ein Indiz. Auf einmal waren alle verduzt, dass, wenn sie einen Werbegrafiker beauftragt haben, sie auch noch eine Abgabe an die Künstlersozialkasse zahlen sollten. Ich glaube, wir brauchen eine Lösung, anknüpfend an den Gedanken von Bürgerversicherung, das heißt eine Verbreiterung der Grundlage derjenigen, die einzahlen. Wir müssen Formen schaffen, wenngleich ich ein Gegner von Grundsicherungen bin, komme ich zu ähnlichen Schlussfolgerungen, was den Bereich der Kreativwirtschaft angeht. Um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Ich finde es absurd, dass jemand, der beispielsweise schauspielerisch tätig ist, nach Abschluss der Produktionen jedes Mal in Hartz IV zurückfällt, da nur selten die Voraussetzungen für Arbeitslosengeld I erfüllt sind. Auf der anderen Seite halte ich es auch nicht für sinnvoll, dass diese speziellen Arbeits- bzw. Produktionsbedingungen über das Instrument der Arbeitslosenversicherung abgesichert werden. Die Arbeitslosenversicherung hat ganz andere Mechanismen, ganz andere Zielsetzungen und reflektiert nicht die besonderen Produktionsbedingungen, die man hier hat und das gilt für eine ganze Reihe anderer Bereiche der Kreativwirtschaft auch. Ich glaube darüber muss man nachdenken, wie man in diesen Fällen Stabilität gewährleisten kann, zu der Zeit, in der man erwerbstätig ist und dann die entsprechende Altersvorsorge aufbauen kann. Da wäre es in der Tat sinnvoll, neben der Verbreiterung derjenigen, die in ein solches Sicherungssystem einzahlen, dann auch die entsprechenden Beiträge der Verwerter zu stärken. Das halte ich durchaus für möglich und für sinnvoll. Nicht selten kommen sie ja auch sehr günstig an die kreativen Leistungen, vor dem Hintergrund dessen, dass viele Anbieter miteinander konkurrieren, deshalb wäre es umso wichtiger, dass dann, was sozusagen als Windfall Profits bei den Auftraggebern und den Abnehmern stattfindet, das abgeschöpft wird in Form einer sozialen Sicherung und dass dann dort eingezahlt wird. Aber wie gesagt, das genaue Modell habe ich noch nicht im Kopf, habe aber großes Interesse, die Diskussion mit der Linken und darüber hinaus, weiter zu führen.

Luc Jochimsen

Dazu ein Schlaglicht, was das heißt Arbeitsbedingung und vor allen Dingen Zeit und die Reduktion von Produktionszeiten. Auf dem Schreibtisch liegt eine Auseinandersetzung zwischen Fernseh- und Filmproduzenten und den in diesem Genre Arbeitenden. Dass festgeschrieben wird ein 13 Stunden Arbeitstag bzw. ein 14 Stunden Arbeitstag und dass man mit 12 Stunden wie bisher nicht mehr auskommt, so sagen die Produzenten. Das hört man von den unterschiedlichsten Leuten, von Top-Schauspielern bis runter zu Beleuchtern und Maskenbildnern, dass die Produktionszeiten in einer Art und Weise, wenn in den Tag 13 bis 14 Stunden gepackt werden, dann im Grunde

genommen die Drehzeit auf Wochen statt auf einen Monat runter gefahren wird und dann Pausen dazwischen gemacht werden, dass im Grunde genommen, die Personen, die in dem kreativen Produktionsprozess sind und die Film- und Fernsehwerke schaffen, dass die betrogen werden, um alles was mit der herkömmlichen Weise von Einzahlungen und Anwartschaft bisher möglich war. Das finde ich in der Tat, das stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Wir müssen auch mal darüber nachdenken, wie gehen wir um, wenn es nachher zu einem 13-Studentag kommt. 13 Stunden Arbeitstag als normalen tariflich vereinbarten Arbeitstag, was mit einer Stunde Hin- und Rückreise 15 Stunden bedeutet. Was kann der Mensch dann noch leisten und wieviel kann noch aus ihm heraus gepresst werden.

Gabriele Schulz

Nur noch mal eine kurze Sache. Ich glaube, es war eine wichtige Stärkung der Kulturwirtschaft, dass jetzt endlich die Deutsche Rentenversicherung alle Unternehmen prüft, ob sie der Abgabepflicht nachkommen. Bislang haben einige Unternehmen der Kulturwirtschaft für alle anderen Unternehmen gezahlt, weil die KSK zu wenig Prüfer hatte, um nachzuprüfen, ob der Abgabepflicht nachgekommen wird. Wobei ehrlicherweise gesagt werden muss, dass ein Arbeitgeber verpflichtet ist, sich selber zu erkundigen, welche Sozialabgaben er zahlen muss. Ich kann das gut verstehen, dass die Kritik bei ihnen aufläuft. Bei uns ist es ebenso. Ich finde es nur eine gewisse scheinheilige Diskussion, die dann von anderen Unternehmen geführt wird, weil sie sich wirklich jahrelang ausgeruht haben auf den Schultern von oftmals sehr viel schwächeren Unternehmen.

Alexandra Manske

Ich wollte noch etwas zur KSK sagen, um nicht missverstanden zu werden. Die KSK ist eine prima Sache. Nur ist mein Plädoyer, dass sie nicht mehr so richtig zeitgemäß ist, wegen dieser Versicherungszeiten, weil es Selbständigkeit als kontinuierliche Erwerbsform voraussetzt, was heutzutage nicht mehr der Fall ist. Ein weiterer Punkt, den ich zur KSK sagen wollte ist, dass meines Erachtens auch durchaus die sogenannten Verwerteranteile, was ja im Grunde genommen Arbeitgeberanteile sind, dass man überlegen könnte, diese profitorientiert zu gestalten. Dass nicht alle einen festen Anteil abgeben, sondern dass Universal beispielsweise mehr zahlt als ein kleines Off-Theater.

Dieter Kramer

Ich habe bei dem Thema noch andere Probleme. Ich knüpfe an das an, was Frau Sitte sagte. Die Konzentration der Diskussion auf den erwerbswirtschaftlichen Bereich in den letzten Jahren ist ganz wichtig und ist ganz wichtig für die Kulturpolitik, dass sie erkannt hat - das gibt es auch. Auf die Gefahren, die daraus resultieren, dass man bei zu starker Konzentration darauf Gefahr läuft, dass die Prinzipien der UNESCO-Konvention „Schutz und Förderung kultureller Vielfalt“ nicht beachtet werden. Dass nur das, was als Teil der Kulturpolitik, der besonderen Leistung des Kulturellen auch geschützt werden kann, auch im Sinne der EU,

darauf hat Herr Söndermann hingewiesen. Es ist klar, darauf müssen wir achten und dürfen den kulturwirtschaftlichen Bereich nicht überbetonen.

Aber es gibt eine ganz andere Ebene, ich sollte das mal nennen: den Partizipationsgraben. Ich habe vorgestern gesehen, wie hier in Berlin in der Mitte dieses ganze Kulturelle, dieses ganze Künstlerische Klima lebt und wie dort diese kreativen Sektoren davon reüssieren, dass es billige Mieten und dergleichen gibt. Dann bin ich gestern mit der S-Bahn rausgefahren Richtung Oranienburg. Heraus aus der Mitte des kreativen Fluidum, kommt dann der Sektor der Supermärkte, der Industrie, der Industriebranche und dann kommen die Strebergärten. In diesen beiden Zonen leben die Leute, denen jenes Geld vorenthalten wird, Kassierinnen, die mit Minimallöhnen arbeiten und Leute, die mit Hilfe der Strebergärten ihre Lebenshaltungskosten minimieren. Dort leben die, die jene Gelder erwirtschaften, die in dem Kreativbereich dann von einigen Wenigen ausgegeben werden können. Das ist ja für die Linke auch irgendwie ein Problem. Diejenigen, die das Geld erwirtschaften, partizipieren nicht an dem was in der Mitte vorgeht oder kaum. Behaupte ich nur mal so, es sei denn man könnte mir das Gegenteil beweisen.

In der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ haben wir besonderen Wert gelegt auf die Rolle des Kulturellen als ideale Lebensgrundlage, als Bildungs- und Sinnressource. Wir haben Wert gelegt, auf die kulturelle Bildung und auf die Formeln des Aushandelns von Integration mit Hilfe der kulturellen Institutionen. Wenn wir den kulturwirtschaftlichen Bereich zu stark beachten, vergessen wir, dass diese anderen Bereiche dazugehören. Wir dürfen das nicht überbetonen, denke ich mir und die Gefahr besteht. Da erwarte ich von den Linken, dass sie sich dazu Gedanken macht.

Luc Jochimsen
Dafür sind wir hier.

Harald Wolf
Ich halte das für eine wichtige Diskussion, aber ich komme genau zu der entgegengesetzten Schlussfolgerung. Wenn wir von Kulturwirtschaft/ Kreativwirtschaft sprechen, dann sagt das doch nichts anderes, als das wir feststellen, dass es einen erwerbswirtschaftlichen Sektor gibt, in dem mehr oder weniger künstlerische oder kreative Produkte vermarktet werden. Das ist Realität und deshalb beschäftigen wir uns damit. Ich warne davor, von Seiten der Kulturpolitik zu versuchen, die Grenzen zu verwischen. Natürlich sollte eine Oper oder ein Theater – angesichts begrenzter öffentlicher Budgets – stärker erwerbswirtschaftlich ausgerichtet sein. Der Staat kann sich jedoch nicht aus der Verantwortung für die Schaffung eines Nährbodens für kulturelle Produktion, die eben nicht erwerbswirtschaftlich ist, entledigen. Um klarere Handlungsoptionen zu haben, bin ich dafür, diese beiden Bereiche in der Diskussion zu trennen. Wir haben hier eine Diskussion über Wirtschaftspolitik und einen Sektor, in dem künstlerische Produkte vermarktet werden. Das halte ich für einen ganz wichti-

gen und zentralen Punkt. Wenn man dann sagt, dieser erwerbswirtschaftliche Sektor soll höheren kulturellen Zwecken dienen, dann kommt man auf ein gefährliches Gleis, weil man dann die Grenzen verwischt und nicht mehr darüber diskutiert, dass es eine staatliche Verantwortung gibt, für die subventionierte Kultur, für die gemeinnützigen Kultureinrichtungen, die nicht erwerbswirtschaftlich organisiert sind.

Wenn man von der Innenstadt in Richtung Außenbezirke geht, ist es sicherlich so, dass einige Stadtquartiere relativ wenig mit Agenturen, Produkt- und Modedesign oder Kunst, die traditionell stark in Mitte konzentriert sind, zu tun haben. Das ist richtig, aber ich behaupte, dass wir zum Thema Games beispielsweise sehr viele Konsumenten in Berlin haben, egal wie man das findet und wie man den kulturellen Wert einschätzt. Das nur als Hinweis. Man darf das Thema Kreativwirtschaft nicht nur auf die Galerien und Modedesigner verengen, sondern es muss klar sein, dass wir über einen sehr breiten, sehr heterogenen Sektor – übrigens einschließlich des Verlagswesens – sprechen. Auch die Produktion von wissenschaftlichen Publikationen und Schulbüchern, was in Berlin ein wichtiger Bereich ist, gehört zur Kulturwirtschaft.

Ich sehe es in Teilen auch als problematisch an, dass die Aufwertung durch kreative Milieus im innerstädtischen Bereich in Berlin dazu führt, das nur noch bestimmte Sektoren der Kreativwirtschaft und nur eine bestimmte Einwohnerschaft mit einem bestimmten Einkommens- und Qualifikationsniveau, es sich leisten kann, dort zu leben und eine Produktionsstätte zu betreiben.

Michael Söndermann

Sie haben das Stichwort Partizipationsgraben genannt. Das ist tatsächlich ein extrem schwieriges Thema. Bei der Thematisierung der Kulturwirtschaft neigen wir von der Forschung dahin – und das verstärken wir zurzeit sogar noch – den Produktionsprozess in den Fokus zu nehmen. Wir fragen, wo findet die künstlerische, die kulturelle, die kreative Produktion statt und wollen in Wahrheit gar nicht wirklich so viel über Wertschöpfungsketten und Vervielfältigungen und am Ende den Konsumenten reden. Wir wollen hingegen erreichen, dass die Wirtschafts- und Kulturpolitik ihr Augenmerk auf den Anfang des Produktionsprozesses richtet. Darum ist der Konsument oder der Nachfrager derjenige, der zurzeit in der Forschung zu wenig vorkommt und dies gilt in noch stärkerem Maße für das von Ihnen angesprochene Stichwort „Partizipationsgraben“. Aber Sie wollten eigentlich noch viel weiter gehen und sagen, die lokale, die regionale, die periphere Ebene, was hat das eigentlich mit dem ganzen Thema zu tun?

Da kann ich nur sehr schwache Gegenargumente aufführen, aber immerhin eine Zielsetzung benennen.

Erstens: Ich bin absoluter Gegner von dem wunderbaren Satz „Kulturwirtschaft funktioniert nur in der urbanen Region.“ Das ist in meinen Augen völliger

Quatsch. Medienwirtschaft funktioniert in der urbanen Region, weil ich große Medienunternehmen brauche, um die herum sich etwas kristallisiert. Im Prinzip brauche ich bei der Kulturwirtschaft keine urbanen Regionen, sondern ich kann in einer völlig ausgedünnten ländlichen Region kulturelle Strukturen finden auf die Kulturwirtschaft setzen kann.

Zweitens: Wir haben früher sehr idealistisch beispielsweise dem Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen folgende Argumentation vorgelegt: Bitte nehmt Euch dieses Themas an, weil wir (die Kulturwirtschaft) doch die einzigen sind, die überhaupt noch originäre, unverwechselbare Produkte erzeugen können. Warum lauft ihr den Medien oder gar einer Automobilindustrie hinterher. Die schaffen es ja heute auch schon im Dreimonatsrhythmus zu verschwinden. Ihr habt sie doch immer deshalb gefördert, weil Ihr dachtet, naja, wenn wir da mal was reinstecken, dann haben wir wenigstens fünf Jahre Ruhe. Da haben wir dann eine stabile Beschäftigungslage.

Wir hingegen haben behauptet, die Kultur sei die einzige Ressource, die als Kulturwirtschaft dann nur vernünftig funktioniert, wenn sie in der Region verwurzelt ist und wenn sie in einem regionalen sozialen Kontext operiert. Ich bin übrigens nach wie vor dieser Meinung, auch wenn sie sehr idealistisch klingt.

Alexandra Manske

Auch ich fand den Begriff Partizipationsgraben inspirierend und möchte, anknüpfend an das letzte Statement von Herrn Wolf, eine kleine Ergänzung machen. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass der Fokus auf Privatwirtschaft oder erwerbswirtschaftliche Kulturarbeit einer Ökonomisierung, einer Privatisierung Vorschub leistet, dann wollte ich nicht zu einer Rolle rückwärts animieren und Kultur wieder als selbstgenügsames nicht wirtschaftliches Produkt zu betrachten, im Gegenteil. In einer Stadt wie Berlin ist es natürlich sehr schön, wenn man da, wo man nichts hat, zumindest Kultur- und Kreativarbeit als wirtschaftliches Entwicklungsgut betrachten kann. Nur ist das Problem ja die letzten Jahre gewesen, dass es ausschließlich aus einer wirtschaftspolitischen Perspektive diskutiert wurde, während es doch, da geht es langsam hin, arbeitsmarktpolitische, sozialpolitische, aber auch bildungspolitische Interventionen braucht. Gerade der zuletzt genannte Punkt ist hier heute noch nicht angesprochen worden, dass es ein Zusammendenken von Kultur- und Kreativitätsmärkten mit Bildungspolitik braucht, denn nach meinen empirischen Befunden aus den letzten Jahren, ist es ja durchaus so, dass ganz viele Geistes- und Sozialwissenschaftler die Kreativwirtschaft von Berlin ganz maßgeblich voranbringen und sie haben ja vorhin gefragt, wie hoch ist denn die Beschäftigungsquote in Berlin. 10% sagt man ungefähr aller Beschäftigten in Berlin sind im Kreativbereich tätig und sie kommen überwiegend aus den hiesigen Universitäten und das ist dann natürlich eine Frage, dass man nicht nur die Kreativwirtschaft als Wirtschaftsfeld betrachten muss, sondern als feldpolitische Intervention der arbeitsmarktpolitischen Regu-

lierung und der bildungspolitischen Regulierung. Nicht nur Coachingangebote für Kreative machen, sondern natürlich auch die Hochschulen dementsprechend wieder vernünftig ausstatten, so dass hier wieder Studiengänge studiert werden können, die letzten Endes auch einen wirtschaftlichen Effekt produzieren, indem sie Kreative hervor bringen und die dann entsprechend ausgebildet auf den Markt entlassen.

Werner Schaub

Sie haben völlig Recht, dieser bildungspolitische Aspekt wurde bisher völlig ausgeblendet. Der Begriff Bildung, gehört ja zu dem Dienstleistungssektor und auch ein Dienstleistungssektor ist ein Wirtschaftsbereich, ein ganz wichtiger wirtschaftlicher Bereich. Gerade deswegen würde ich dringend davon abraten, Herr Wolf, was Sie gesagt haben und Frau Schulz, ich habe Ihnen widersprochen oder Sie haben mir widersprochen, so war es. Ich würde das schon sehen, dass man von der Realität der Kultur ausgehen muss. Kein Theater, kein Orchester oder ähnliche Einrichtungen, die zum Teil öffentlich subventioniert werden, zum Teil durch Sponsoring subventioniert werden und dann noch selber kucken müssen, wie sie mit den Zuschauereinkünften über die Runden kommen, vielleicht noch mit kleinen Verkaufsstrategien oder sonstwas. Das ist die Realität in der gesamten Kulturbranche. Das ist ein Wirtschaftsunternehmen, das zum Teil aus öffentlichen Geldern und zum Teil aber auch selbst erwirtschaftet überleben muss und auch noch einen bildungspolitischen Auftrag hat. Deswegen würde ich davor warnen, das einfach zu trennen und unter Kulturwirtschaft nur noch die, die auch was erwirtschaften wahrzunehmen. Das würde in Zukunft dazu führen, dass sie nur noch daran gemessen werden, ob sie auch etwas erwirtschaften. Das wäre für unsere kulturelle Landschaft eine Katastrophe.

Zum Vergleich. Man spricht in der Energiewirtschaft nicht nur von den Unternehmen, die etwas erwirtschaften. Die ganze Windkraftenergiewirtschaft ist hoch subventioniert, nach wie vor, und wir sprechen trotzdem auch von einer Energiewirtschaft.

Gabriele Schulz

Es ist komplex und schwierig. Ich glaube, dass die Debatte um Kulturwirtschaft, eine andere Diskussion ist, als eine Diskussion um die Kulturpolitik allgemein. Die Kulturpolitik allgemein hat sich meines Erachtens nach um die Kulturwirtschaft zu kümmern, um den gemeinnützigen Kultursektor und um den öffentlichen Kultursektor und ich würde mit Herrn Wolf einhergehen, dass wir uns einen Bärendienst erweisen, wenn man jetzt bei den öffentlichen Kultureinrichtungen, das erwerbswirtschaftliche Moment in den Vordergrund stellen würde, damit würde um so mehr gedrängt werden, diesen erwerbswirtschaftlichen Zweig auszudehnen. Natürlich weiß auch ich, dass ein öffentlich gefördertes Theater, einen Teil seiner Einnahmen aus seinen Zuschüssen hat, einen Teil sich für bestimmte Inszenierungen Sponsoren sucht, vielleicht findet es einen Spender, dann kommt der Förderverein hinzu und dann kommen noch die Ein-

trittsgelder. Das ist so. Aber, wenn man sagt, das ist Kulturwirtschaft, ich glaube, dass dann erst Debatten losgetreten werden nach dem Motto: „Ja, also wenn das Kulturwirtschaft ist, ja also Leute, die und die Inszenierung, also das will ja nun überhaupt keiner mehr anschauen. Also dann müsst ihr euch auch mal ein bisschen mehr nach dem Markt orientieren.“ Das was das Anliegen der öffentlichen Kultureinrichtungen ist, der Aspekt der Partizipation, der Aspekt der kulturellen Bildung, ich denke, dass dies in viel stärkerem Maße von dem öffentlichen Kulturbetrieb inzwischen schon eingefordert wird, dass sie aufgrund der Zuschüsse, die sie bekommen, auch eine Pflicht haben, möglichst darauf zu achten, dass viele Menschen hineingehen, dass sie partizipieren können von den Angeboten. Bibliotheken sind beispielsweise diejenigen Kultureinrichtungen, die die niedrigsten Zugangsschwellen haben, die aber in der öffentlichen Kulturförderung ganz oft besonders schlecht behandelt oder wenig wahrgenommen werden. Wenn bei einem Theater etwas passiert, dann gibt es große Aufschreie, bei einer Bibliothek kaum. Diese Einrichtungen, die wirklich niedrige Zugangsschwellen haben, sind für die kulturelle Bildung ganz entscheidend und eben auch zur Überwindung dieses Partizipationsgrabens. Aber das ist, denke ich, keine primäre Aufgabe der Kulturwirtschaft und man sollte sich wirklich davor hüten, alles in einen großen Eintopf zu werfen.

Luc Jochimsen

Ich fühle mich jetzt leider genötigt, obwohl mir das als Moderatorin vielleicht gar nicht zusteht, da noch einmal eine Gegenfrage zu stellen. Wir haben nicht nur über Schnittmengen zu reden, sondern auch über Wechselwirkungen. Wechselwirkungen, wie schon das Wort sagt, haben eine andere Dynamik und eine andere Einflussstärke, als nur Schnittmengen, die da sind. Wir haben am Anfang der Diskussion gesagt, dass wir über Wechselwirkungen wirklich nachzudenken haben und wie Wechselwirkungen gefordert werden und ich meine, dass gerade der große Bereich der Kultur durch diese Kraft der Wechselwirkung hineinwirkt in den Bereich der Kulturwirtschaft und dann auch wieder in Reflektion zurück reflektiert auf das was die Kultur außerhalb der reinen Erwerbswirtschaft ist. Vor lauter Angst, dass der Staat sich möglicherweise aufgerufen fühlt oder Signale verspüren möchte, die Kultur nicht öffentlich zu fördern. Diese Angst sollte so übergroß nicht sein, dass wir die Wechselwirkungen völlig aus dem Blick verlieren, die einfach da sind. Denn es ist im kulturellen Bereich doch wirklich so, wie lange ist ein Bild da, bevor es sich vielleicht verkauft oder nachfolgende Bilder sich verkaufen. Wie lange existiert eine Musik, bevor sie dann ein Verkaufsschlager wird. Ich glaube, diese Wechselwirkung, die kann man tatsächlich nicht aus den Augen lassen, allen Trennungen und allen Definitionen zum Trotz. Petra Sitte hat sich wegen der Bildung gemeldet.

Petra Sitte

Ja, weil ich zu meiner eigenen Verteidigung mit anfügen wollte, dass das meine Intention vorhin war, das miteinander zu verknüpfen. Aber ich habe mich

mal wieder zu verklausuliert ausgedrückt. Wenn ich es jetzt nebeneinander stelle, aus der Erfahrung im Forschungs- und Technologiebereich oder im Bildungsbereich, dann gibt es dort mittlerweile gesellschaftlich breit akzeptierte Förderstrukturen. Man hat Forschungsförderung in breitesten Programmen, auch unter diesem Blickwinkel der Vermarktung, mal jetzt ganz verkürzt gesagt. Man hat umgekehrt sich Instrumente geschaffen, die Ergebnisse und deren Umsetzung tatsächlich in der Praxis zu fördern, das eine in Hochschulen, das andere in sogenannten TGZs (Technologie- und Gründerzentren) und selbst unter diesen Bedingungen, obwohl es ein riesiges IT-Programm gibt, gibt es in diesem Bereich einen großen Teil von prekär Beschäftigten.

Die Frage muss man dann trotzdem konstatieren, dass im hochqualifizierten und im qualifizierten Bereich, vielleicht können Sie das noch genauer einschätzen, diese prekäre Beschäftigung oder die prekären Lebensverhältnisse und Arbeitsverhältnisse, trotzdem eher Normalität werden. Wir entdecken das selbst in öffentlichen Strukturen in diesem Bereich. Die Unterfinanzierung der Hochschulen führt zu prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen von Leuten die noch an den Hochschulen sind oder mit Lehrbeauftragungen sich über Wasser halten. So habe ich jetzt Ihre Ausführung zumindest verstanden, dass wir, wenn wir etwas politisch umsetzen wollen, wenn wir Prioritäten setzen wollen, dann uns vor allem zu kümmern um diese Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, diese anzupassen an die neuesten Entwicklungen, nicht nach alten Modellen zu schreien. Ich bin ja nun DDR-geprägt, da gab es eine Auftragskultur, ganz nett, aber auch nicht die Lösung und dann umgekehrt weiter zu thematisieren, sowohl, wie kann man durchaus mit einer positiven Bewertung diesen erwerbswirtschaftlichen oder kulturwirtschaftlichen Bereich sichern, auch die Potentiale mobilisieren, die darin liegen. Aber eben auch andererseits die Verantwortung des Staates, die Verantwortung der Politik zur Sicherung der Freiräume von Kunst und Kultur zu erhalten.

Letzte Anmerkung von mir. Wir streiten uns in Halle um 500 € für ein Künstlerhaus. Das sind natürlich völlig andere Dimensionen. Die werden meistens weggedacht, die drücken sich so mal weg im Alltag. Ich halte es für ungemein wichtig, nicht in den Ebenen Kommune, Land, Bund zu denken, sondern das zu einem Geflecht in der Diskussion werden zu lassen.

Dietrich Mühlberg

Ich wollte als Kulturwissenschaftler nur raten, sich rein auf die wirtschaftspolitische Sicht zu konzentrieren und dabei auf die Situation der Erwerbstätigen und der Beschäftigten in diesem Bereich und es vermeiden, Kulturwirtschaft kulturpolitisch in einem anderen Sinne anzuschauen. Obwohl dies vielleicht angeraten wäre, denn wenn ich darauf schaue, um welche Bereiche es sich handelt, dann ist es ja so, dass schon klar ist, das der Staat und die Kommunen auf vielfältige Weise erst Kulturwirtschaft ermöglichen, durch Ausbildung, durch Stipendien usw. wir

kennen das, durch allerlei Fördermaßnahmen. Das ist ja bekannt. Insofern gibt es eine gewisse Berechtigung, die Rückwirkung des Kulturbetriebes auf die wirtschaftliche Situation mit ins Auge zu fassen. Das ist aber ein völlig anderes Thema. In beiden deutschen Gesellschaften sind ja in der letzten Zeit die staatlichen Leistungen als Voraussetzungen für den kulturwirtschaftlichen Betrieb, den es ja auch in der DDR gab, außerordentlich gewesen. Das ist eine Besonderheit und das soll erhalten bleiben. Wenn man aber auf den Gedanken kommt, die Kette bis zum Konsumenten zu verfolgen, dann muss ich sagen, dass der staatlich geförderte Kulturbetrieb maximal 15% der Bevölkerung in unserem Lande erreicht und die kulturellen Bedürfnisse der Masse der Mitglieder dieser Gesellschaft, im Wesentlichen durch die kulturwirtschaftlichen Bereiche, schauen Sie sich das genau an, um was es sich dabei handelt, befriedigt werden. Das wäre aber ein anderes Thema, auf das man dann auch kulturpolitisch zu sprechen kommen könnte. Denn was den Rundfunkmarkt betrifft, was den Pressemarkt betrifft, was den Buchmarkt betrifft, was den Musikmarkt betrifft, so sichert er die kulturelle Grundversorgung der Bevölkerung dieses Landes.

Gabriele Schulz

Ich wollte nur noch einmal ganz kurz sagen, ich wäre missverstanden worden, wenn ich nicht auch diese Wechselwirkungen nicht als besonders wichtig erachtete. Ich hatte es in meinem Eingangsstatement gesagt, dass ich gerade die für einen ganz entschiedenen Aspekt halte. Der Staat ist zum Einen ein ganz wichtiger Nachfrager von kulturwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wissenschaftliche Publikationen werden von Bibliotheken gekauft. Kaum eine Privatperson kauft sich wissenschaftliche Publikationen, jedenfalls könnten davon die Verlage ganz gewiss nicht leben.

Zum Zweiten auch noch einmal eine Wechselwirkung. Im Moment werden öffentliche Theater sehr dazu angehalten, mehr kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu machen. Das bedeutet für freie Theater, dass ihnen eine wichtige Existenzgrundlage weg bricht, weil sie vielfach in Schulen und Kindergärten etwas gemacht haben. Das sind die, die als GbR erwerbswirtschaftlich gearbeitet haben. Das heißt also kulturpolitisch muss man sich nicht nur die Schnittstellen, sondern auch die Wechselwirkungen ansehen, zwischen den drei Sektoren.

Johanna Maiwald

Noch einmal ganz kurz zu den Wechselwirkungen, aber auf einer anderen Ebene. In der Diskussion zeigte sich, dass es viele Hinweise gibt, dass die Kreativwirtschaft Auswirkungen auf die Stadtentwicklung hat, vielfältigster Natur. Daher die Nachfrage, nicht nur an Harald Wolf, vielleicht auch an Andere, die das aus anderen Regionen möglicherweise kennen: Inwieweit gibt es denn in der Politik Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschafts-, dem Arbeits-, dem Stadtentwicklungs-Ressort und dem Bereich der Kreativwirtschaft. Und an Harald Wolf ganz speziell: Inwieweit eigentlich bei der Förderpolitik hier in Berlin

die Beschäftigungsverhältnisse eine Rolle spielen, so wie das beispielsweise beim Vergabegesetz versucht wurde, da auf die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse einzugehen.

Dieter Kramer

Ich mache es ganz kurz. Meine Beobachtung in den letzten Jahren ist: Durch die Konzentration auf die Kulturwirtschaft wird gerade in der Krise der Druck auf die Kulturpolitik mit ihren Institutionen verstärkt, auch erwerbswirtschaftlich zu denken. Damit wird genau die Gefahr herauf beschworen, dass die Kulturpolitik, die Privilegien verliert, die sie in der EU zum Beispiel noch genießt. Eine Trennung von Kulturwirtschaft und Kulturpolitik vorzunehmen, finde ich deswegen absolut wichtig und soll beibehalten werden. Dabei sollte aber die Kulturpolitik, auch mit den Wechselwirkungen usw. nicht vergessen werden und umgekehrt auch nicht vergessen werden, dass man in dem was im privatwirtschaftlichen Bereich, im kulturwirtschaftlichen Bereich passiert, überlegen muss, was da an gesellschaftlichen Folgewirkungen, an Folgewirkungen für die ideellen Lebensgrundlagen, die wir in der Enquete-Kommission betont haben, hergestellt werden. Wunderbares Beispiel dafür, wie dies geschehen kann, ist für mich die durch den Kulturrat angestoßene Diskussion über die Computerspiele. Wo man inzwischen weiß, hier muss man aufpassen und es ist auch möglich, in diesem Bereich Qualitätsmerkmale, Qualitätsgesichtspunkte, kulturpolitische Gesichtspunkte einzubeziehen, denn das haben wir früher in der Kulturpolitik vergessen in der Tat, auch in kulturwirtschaftlichen Bereichen ist Qualität nicht ausgeschlossen. Aber es gibt Wechselwirkungen und die Wechselwirkungen kann man verstärken.

Michael Söndermann

Die Wirkungen auf den öffentlichen Kulturbetrieb, die sind wahrscheinlich unbestritten, wobei ich auch ein bisschen hämisch bin, ich kann Ihnen auch sagen, warum. Meine persönliche Motivation für das Thema Kulturwirtschaft waren nicht die objektiven Begründungen am Anfang. Subjektiv war es einfach so, dass in den 80er, 90er Jahren zwei Drittel aller Kulturberufe im öffentlichen Kulturbetrieb angesiedelt waren und eine existenzfähige Teilzeit- bzw. sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellung hatten. Dort arbeiteten sie ihre 10, 15, 20 Stunden und danach hatten sie die andere Zeit für die diversen Tätigkeiten am Rundfunk, in der Volkshochschule usw. Zwei Drittel aller Kulturberufe hatten also ihren Grundsockel, ihre Existenzfähigkeit im öffentlichen Kulturbetrieb. Outgesourced wurden sie nicht von der Privatwirtschaft, sondern sie wurden von den öffentlich finanzierten Kulturbetrieben entlassen, die eben diese Kulturberufe als Sparmassnahme benutzt haben (oder benutzen mussten).

Wenn neue Absolventen von den Hochschulen gar nicht mehr in den öffentlichen Kulturbetrieb kommen, weil es gibt keine Arbeitsplätze mehr für sie, dann bin ich schon der Meinung, dass die Kulturpolitik hier neu nachdenken muss. Hingegen fängt sie in Folge der jüngsten Entwicklungen erst ganz zaghaft damit an.

Sie kann sich Anleihe bei der UNESCO holen, die in ihrer Konvention zur kulturellen Vielfalt davon ausgeht, dass sowohl öffentlich, gemeinnützig finanzierte, wie privatwirtschaftlich entstandene Kulturproduktion Teil der kulturellen Vielfalt sind. Diese Anleihe könnte im Übrigen auch mal zu einem neuen Begründungszusammenhang für die Kulturpolitik führen.

Was ich allerdings nach wie vor für absolut essentiell hielte, wäre, dass die deutsche Gesellschaft in der Lage ist auszuhalten, dass man einen Teil des kulturwirtschaftlichen Sektors hat, der nach ökonomischen Bruttowertschöpfungskriterien bewertet wird und parallel dazu einen Kultursektor, der einer gesellschaftlichen Übereinkunft und eben nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien bewertet wird. Den Spannungsbogen auszuhalten wäre wirklich ein kongenialer Beitrag, den Deutschland für Europa beitragen könnte.

Harald Wolf

Vielleicht erst einmal zu den Fragen, die mir gestellt worden sind: Das war einmal, inwieweit wir in unserer Förderpolitik auch auf die Beschäftigungsverhältnisse eingehen. Hier muss man unterscheiden, dass wir unterschiedliche Förderinstrumente haben. Was Investitionsförderung angeht, das gilt übrigens nicht nur für die Kulturwirtschaft, das gilt generell, die Investitionsförderung ist bei uns an die Voraussetzung gebunden, dass die Beschäftigten mindestens ein Jahreseinkommen von 25 000 € haben. Das heißt, das wären pro Stunde ca. 10 €. Unterhalb dessen, sagen wir, ist das kein Geschäftsmodell, wo wir mit öffentlichen Mitteln fördern. Die Auseinandersetzung habe ich da vor allem mit Callcentern, die gerne eine Förderung haben wollen und dann für 6 € ihre Leute beschäftigen. Das Problem ist dabei, dass wir an viele Informationen – insbesondere außerhalb der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – nicht so einfach rankommen. Dazu gehören: von wem kaufen sie ihre Leistungen ein, wieviel Freiberufler holen sie ran, wieviel Praktikanten haben sie, dass kriegen wir nicht wirklich erfasst. Gerade diese ungesicherten Formen von Selbständigkeit, Scheinselbständigkeit, die kriegen wir nur mit ganz erheblichem Aufwand erfasst. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir über andere Instrumentarien an diese Informationen kommen können. Ansonsten ist das wichtigste Förderinstrument der Mikrokredit. Der geht in der Regel an Einzelunternehmer und -unternehmerinnen.

Was die Zusammenarbeit zum Thema Stadtentwicklung angeht – das hatte ich vorhin schon mal angesprochen, wir haben einen Lenkungskreis für das Thema Kulturwirtschaft, wo einerseits wichtige Akteure aus den jeweiligen Branchen vertreten sind, aber auch die Verwaltung. Da sitzen Vertreter des Kulturbereichs ebenso wie der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsverwaltung. Das Thema Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung hat ein eigenes Kapitel in unserem letzten Kulturwirtschaftsbericht bekommen. Von der Intention her sind wir uns einig, man muss die Freiräume und vernünftige Konditionen sichern, im Einzelfall gibt es dann aber doch den einen oder anderen Kon-

flikt, wo Planungen der Stadtentwicklung vorliegen, wo es eine Zwischennutzung gab und Zwischennutzungen haben gelegentlich die Tendenz vom Provisorium zur ständigen Einrichtung zu werden. Dort sollte man vernünftige Ersatzstandorte zu vernünftigen Konditionen anbieten. In diesem Thema haben wir natürlich häufiger Konflikte und Auseinandersetzungen. Es findet dann jeweils eine Interessenabwägung statt. Jedenfalls sitzt die Stadtentwicklungsverwaltung mit dabei und hat das zu ihrem Anliegen gemacht, sich mit dem Thema zu befassen, auch unter stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten und auch, um die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu fällen.

Ich wollte noch etwas sagen zum Thema Bildung und Ausbildung. Da haben wir in Berlin, glaube ich, ganz gute Voraussetzungen. Das was wir an Fachschulen haben, an Universitäten, Universität der Künste und Musikhochschule etc. Von den Institutionen her, sind wir sehr gut aufgestellt. Einer der Punkte, auf die wir drängen, ist dass die Studierenden an den Universitäten die entsprechende Qualifikation für einen Weg in die Selbständigkeit bekommen. In dem Zusammenhang möchte ich auf das Projekt design reaktor berlin – ein sehr interessantes Projekt – verweisen. Das war ein Kooperationsprojekt der Universität der Künste gemeinsam mit Handwerksbetrieben und zahlreichen Studierenden und Professoren unterschiedlichster Fachrichtungen, bei dem Studentinnen und Studenten der Universität der Künste fächerübergreifend gearbeitet haben. Und im Anschluss auch eine intensivere Kooperation mit der TU zum Beispiel mit Maschinenbauern entstanden ist. Dadurch ist u.a. auch das Thema Industriedesign wieder in den Fokus gekommen und über 50 Produkte wurden gemeinsam mit den Handwerksunternehmen entwickelt. Bis dato haben sich rund 10 Produkte im Markt etablieren können. Wirklich faszinierend, auf welche Art und Weise neue Produkte und neue Ideen entstanden sind. Genau an diesen Stelle muss man noch einmal viel stärker ansetzen, um das kreative Potential nutzbar zu machen, indem man ressortübergreifend arbeitet und ausbildet und damit enorme Innovationspotentiale erschließen kann.

Zu dem Thema Wechselwirkungen, ich habe das am Anfang gesagt, wir haben das heute nicht sehr ausführlich diskutiert, es ist in der Tat so, dass, auch wenn ich jetzt für die Trennung plädiert haben, was den Begriff angeht, da man sonst nicht abstrahieren kann. Wenn die Berliner Philharmoniker eine Einrichtung ist, die staatlich subventioniert ist, ist sie gleichzeitig für die Tonträgerindustrie ein ganz wichtiger Lieferant von Content. Ohne das ginge es nicht, es würden riesige Umsätze wegbrechen an der Stelle. Oder das Thema für Kunstankäufe, nicht nur von privaten Galerien, sondern auch von öffentlichen Museen, von Einrichtungen, das ist ein wichtiger Faktor, auch der Künstlerförderung, die man betreiben kann. Ein anderes Beispiel, das etwas moderner ist als die staatlichen Ankäufe, ist das von meinem Haus initiierte Museumsportal, welches wir vor einiger Zeit mit den Berliner Museen, und der IT-Wirtschaft errichtet haben. Es gibt einen Gesamtüberblick über

die Berliner Museumslandschaft, deren Sammlungen und digitalen Archive. Das ist ein gutes Beispiel der Kooperation des erwerbswirtschaftlichen Sektors mit dem öffentlich geförderten Bereich.

Es gibt eine Vielzahl von Themen, die man sinnvoll entwickeln kann, aber alles unter der Voraussetzung, dass man die Trennschärfe behält und sagt, das Eine sind die Bereiche, die gewinnorientiert sind und das Andere sind die öffentlichen Institutionen, egal aus welchen Quellen sie sich neben der öffentlichen Subventionierung finanzieren, die aber erst einmal nach dem Prinzip der Kostendeckung arbeiten und deren Zweck die kulturelle Produktion ist.

Während im erwerbswirtschaftlichen Bereich die kulturelle Produktion nicht der Zweck ist, sondern in der Regel das Mittel zur Erzielung von Gewinn oder

Einkommen. Auf diesem Unterschied muss man beharren und ich glaube, da sind wir uns hier alle einig, dass wir den Wert der nichtkommerziellen und nicht kommerzialisierten Kultur, dass wir diesen Wert verteidigen wollen und durch eine Diskussion über den erwerbswirtschaftlichen Sektor nicht an den Rand drängen wollen, sondern eine eigenständige Verantwortung des Staates für Kultur da sein muss, die unabhängig von der Frage existieren muss, ob sie verwertbar ist. Diese Verantwortung des Staates muss bestehen bleiben.

Luc Jochimsen

Ein besseres Schlusswort kann sich niemand ausdenken. Vielen herzlichen Dank für das gesammelte Expertenwissen und das gesammelte Interesse. Wir haben das als Tondokument und werden überlegen, wie wir das auswerten.

Schriftliche Stellungnahmen der Sachverständigen

Gabriele Schulz vom Deutschen Kulturrat hat keine neue Stellungnahme eingereicht, sondern auf zwei Stellungnahmen ihres Verbandes aus dem Jahre 2008 verwiesen (siehe Anlage).

Antworten von Alexandra Manske

Dr. Alexandra Manske

Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften

Zu 1.) Definition:

Allgemein verweisen die Begriffe Kultur- bzw. Kreativwirtschaft auf die zunehmend ökonomische Durchdringung von Kulturarbeit sowie auf erwerbsorientierte Tätigkeiten in der Kulturwirtschaft. Die Diskussionen um die wachsende Bedeutung der Kulturwirtschaft speisen sich aus akademischen Diskursen und politisch orientierten Diskussionszusammenhängen. Diese neue Perspektivierung von Kulturarbeit bedingt eine Akzentverschiebung bisheriger Begrifflichkeiten, und es stellen sich neue Fragen und Probleme (vgl. Manske/Schnell 2009). Insofern kommt es auf die Perspektive an. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive ist der Begriff samt seiner Reichweite unscharf; zugleich trägt der hergebrachte Begriff der „Kulturdienstleistungen“ nicht mehr, weil das Tätigkeitsfeld und seine politisch regulierten, materiellökonomischen Bedingungen einer starken Dynamik unterliegen. Aus (wirtschafts)politischer Perspektive halte ich den Begriff für ergänzungsbedürftig, weil die Fokussierung auf privatwirtschaftlich erbrachte erwerbswirtschaftlich orientierte Kulturarbeit auf einen vulgarisierten Begriff von Neoliberalismus rekurriert, der die Verhältnisse seinerseits verkürzt widerspiegelt. Soll heißen: 1.) ja, die Hausse der Kreativwirtschaft ist Ausdruck einer neoliberalen Regierungsform. Dies jedoch weniger im Sinne Pierre Bourdieus, der der Politik einen Bedeutungsverlust attestierte und die Allmacht der Wirtschaft beschwor. Vielmehr im Sinne Michel Foucaults, der Neoliberalismus als politisch regulierte Gesellschaftsform fasst, die auf das Mantra eigenverantwortlicher, wirtschaftlicher Entfaltung setzt und dies als freiheitliche Form des Zusammenlebens interpretiert. 2.) dieser Regierungsform und dem dadurch gefärbten Begriff von Kulturwirtschaft müsste eine Perspektive gegenüber gestellt werden, die Kreativwirtschaft als gesamtgesellschaftlichen Prozess begreift (ähnlich, wie im Enquete-Bericht unterstrichen [vgl. Kultur in Deutschland 2007]).

Zu 2.) Entwicklungspotenziale

Das Wachstum der Kreativwirtschaft findet in einem gesellschaftlichen Klima der Deregulierung, der Privatisierung vormals als gesellschaftlich erachteten Sozialbezügen, kurz gesagt in einem Klima statt, das sich als „Unternehmergesellschaft“ beschreiben lässt. Vor

diesem Hintergrund ist zu konstatieren, dass die expandierende Kreativwirtschaft auf eine Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft verweist. MaW: die Expansion der Kreativwirtschaft ist in einem Klima der Privatisierung auf eine große Anzahl prekärer Arbeitsverhältnisse angewiesen. Insofern ist die große Anzahl prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse von Kreativen nur eine folgerichtige Erscheinung gesellschaftspolitischer Weichenstellungen und die dunkle Kehrseite der Wachstumseuphorie über ein neues Wirtschaftsfeld und Arbeitsmarktsegment, das gerne und bisweilen unbeabsichtigt affirmativ als Modell künftiger Arbeitsverhältnisse apostrophiert wird. Das Problem ist also weniger die Unterstellung, dass Kreative eine anwachsende wirtschaftliche Größe sind.

Das Problem ist eher das eben beschriebene gesellschaftspolitische Klima, das auf eine sozialpolitische Regulation der Kunst- und Kreativarbeitsmärkte aufbaut, die einerseits auf dem Stand der 1980er Jahre verharret (Konstruktion der KSK) und die andererseits industriegesellschaftlich durchdrungen ist (Anwartschaften für ALG I). Andererseits gibt es in Berlin einige vielversprechende, wenngleich nicht hinreichende politische Initiativen wie z.B. der vereinfachte Zugang zu Mikrokrediten. Insofern ist zu hoffen, dass mit dem Niedergang bzw. der Modifikation der neoliberalen Ära in Folge der Finanzmarktkrise auch die Kultur- und Kreativwirtschaft zu einer Sphäre vergleichsweise traditioneller, sozialdemokratisch inspirierter Regulierung wird. Doch soweit ist es noch nicht.

Zu 3.) soziale Lage von Kreativen

In diesem Punkt hat sich meine Analyse einer „Prekarisierung auf hohem Niveau“ bewährt (Manske 2007; vgl. auch Manske/Merkel 2009). Gemeint ist damit eine soziale Lage, in der eine hohe Bildung mit einer starken künstlerisch-kreativen Motivation zusammen trifft und sich zu einer spezifischen Mischung von wirtschaftlichen Armutsrisiken und subjektiven Autonomiegewinnen verbindet. Prekarisierung auf hohem Niveau hat folglich eine Doppelbedeutung, die sich in einer unsicheren sozialen Lage abzeichnet und zugleich auf neue Formen von Soziabilität verweist. Obgleich in diesem Muster eine gewisse historische Kontinuität angelegt ist, weisen sowohl die strukturelle Expansion der Kreativwirtschaft, ihre politische Indienstnahme als auch die subjektiven Verarbeitungsmuster der spezifischen Erwerbsbedingungen in der Kreativwirtschaft darauf hin, dass Kreative für die Ausweitung instabiler beruflicher Existenzen stehen und daher deutlich machen, wie herkömmliche Kriterien von sozialer Ungleichheit brüchig und traditionelle Stratifikationsmuster der Bundesrepublik in Frage gestellt werden.

So haben Untersuchungen über die Einkommenslage von Künstler- und Kulturberuflern in der Vergangenheit zwei Tendenzen aufgezeigt: Zum einen liegt ihr

Durchschnittseinkommen weit unter dem, was andere Erwerbstätige mit vergleichbarem Bildungsniveau erzielen. Zum anderen bestehen erhebliche Schwankungen in der Einkommenshöhe sowie hohe Unsicherheiten in der Einkommenskontinuität im Vergleich zu anderen Professionen. Parallel zur wirtschaftlichen Expansion und den oben beschriebenen Ökonomisierungstendenzen sind die Gesamteinkommen geschrumpft, während der Anteil der Alleinunternehmer beständig wächst. Während bis zu Beginn der 1990er Jahre der öffentliche Kultur- und Medienbetrieb der wichtigste Arbeitgeber war, hat sich dieses Verhältnis inzwischen förmlich umgedreht. Die Privatisierung und Schließung vieler öffentlicher Kultureinrichtungen setzt die Akteure zunehmend dem „offenen“ Markt aus (vgl. Haak/Schmid 1999, S. 20). Damit verbunden ist eine allgemeine Verlagerung in den Bereich der selbständigen Vertragsverhältnisse sowie eine sinkende Verbindlichkeit zwischen Arbeits-/AuftraggeberInnen und -nehmerInnen. Die Dynamik des Abbaus abhängiger Beschäftigungsverhältnisse und ihre Umwandlung in freie Erwerbsformen erklärt, warum die Zunahme kreativwirtschaftlicher Erwerbsverhältnisse im besonderen Maße von Alleinunternehmern getragen wird.

Aktuelle Auswertungen des Microzensus für Berlin zeigen, dass hier sowohl der Anteil von Künstlern und Kreativen an der Gesamtbeschäftigung mit zehn Prozent deutlich höher liegt als etwa in Hamburg, München oder Köln als auch, dass die Berliner Kreativwirtschaft in erster Linie von alleinselbständigen Künstlern und Kreativen lebt. Zugleich zeigen die Daten auch, dass die selbständigen Künstler über weniger als die Hälfte des Nettoeinkommens der anderen Selbständigen in Berlin verfügen. Auch in anderen Regionen wie München, Hamburg, Köln oder Stuttgart erzielen die selbständigen Künstler nur relativ niedrige Einkommen. Sie liegen im Durchschnitt aber um zehn Prozent über dem Niveau ihrer Berliner Kollegen. (Mundelius 2009: 140, 143). Insgesamt sind die Einkommensbedingungen in der Kreativwirtschaft also ungewiss, schwankend und polarisiert; dabei werden im Westdeutschland¹ deutlich höhere Löhne erzielt als in Berlin. Insbesondere selbständige Künstler und damit die klassischen Bereiche der Kulturwirtschaft erzielen ein niedriges Einkommen.

Es zeigt sich demnach ein ähnliches Muster wie in anderen Kulturbereichen: Die Kombination von überdurchschnittlicher Bildung und unterdurchschnittlichem Einkommen bei einer ausgeprägten Polarisierung, wie sie üblich für die Superstar-Logik auf Winner-take-all-Märkten ist (vgl. Storper/Christopherson 1987).

Daher charakterisieren steigende Alleinunternehmerzahlen zugleich sinkende und sich spreizende Einkommen und die damit verbundene Ungewissheit den Wandel der Arbeitsbedingungen als einen

Prozess marktlicher Radikalisierung, in dessen Zuge der Wettbewerb die Regeln des beruflichen Feldes festschreibt.

Zu 4. und 5.) zur politischen Förderpolitik und politischen Handlungsbedarf

Positiv ist, dass sich im letzten Jahr der Wind gedreht hat und die Kreativwirtschaft nicht mehr nur als wirtschaftspolitischer Hoffnungsträger inszeniert wird, sondern auch als sozialpolitisches Politikfeld begriffen wird. Der Enquete-Bericht hat zu diesem Prozess viel beigetragen. Andererseits hat es der Enquete-Bericht durch seinen Fokus auf Kulturarbeit, die im Rahmen privatwirtschaftlicher Initiativen erbracht wird, versäumt, die Kreativwirtschaft als genuines und komplexes Politikfeld zu fassen und trägt daher zum Ökonomisierungs-Diskurs um Kreativwirtschaft bei.

Positiv ist die Berliner Initiative, die den Zugang zu Mikrokrediten erleichtert.

Was fehlt ...

... ist ein kulturelles Leitbild von Arbeit, welches den fixierten Dualismus von abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit/Unternehmertum überwindet und die sich neu herausbildenden hybriden Erwerbsformen weder marginalisiert noch als neues gesellschaftliches Modell inszeniert. Kurz gesagt: Kreativarbeit braucht Anerkennung nicht nur als Wertschöpfungsprozess, sondern auch als gesellschaftlich notwendige Arbeit.

... ist die politische Regulierung der Nachgründungsphase. Denn wirtschaftlich ist ein Wachstumsschub nach den ersten Jahren der Gründung (bekanntermaßen in den meisten Fällen eines Kleinunternehmens; nahezu zwei Drittel aller Kreativen arbeiten alleine) erforderlich. Einerseits um die schlechte Einkommenslage von Kreativen zu verbessern, andererseits um die Kapitalbasis der Kreativen zu verbreitern. Zudem braucht es politisch geschützte kreative Freiräume für Kulturschaffende, da die Distanz zur ökonomischen Rationalität für die Mehrheit der Kreativen gewissermaßen eine Produktionsvoraussetzung ist. MaW sollte in die politische Praxis der Doppelcharakter kreativer Produkte (als Ware und als Kulturgut) stärker einfließen.

... ist die Reform der KSK.

... ist die Reform der Sozialversicherungssysteme für Kreative generell; Stichwort Anwartschaftszeit auf ALG I.

... ist eine geschlechtergerechte Gestaltung von kreativwirtschaftlichen Arbeitsmärkten. Denn mit der Prekarisierung kreativer Existenzformen wird einerseits das hergebrachte westdeutsche Zuverdienermodell fortgeschrieben und andererseits zu einer Prekarisierung männlicher Erwerbsbiographien beigetragen (Manske 2008). Last but not least braucht es auch familienpolitische Interventionen, die sich v.a. auf Fragen der Kinderbetreuung beziehen sollten.

¹ Über das Lohngefüge in Ostdeutschland liegen bislang zu wenige Daten vor, als dass verlässliche Aussagen getroffen werden könnten.

... arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen für mittlere bis große Kreativunternehmen sollten an die Grundsätze ‚guter Arbeit‘ gekoppelt sein (Vergabe von Audits)

Literatur

Haak, Carroll / Schmid, Günter (1999) Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten - Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt? Discussion Paper P99-506. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Kultur in Deutschland (2007) Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 16/7000

Manske, Alexandra (2007) Prekarisierung auf hohem Niveau. Eine Feldstudie über Allein-Unternehmer in der IT-Branche. München, Mering: Hampp.

Manske, Alexandra (2008) Das Ende der Eindeutigkeiten? Die Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft aus genderpolitischer Perspektive. In: A. Manske/ B. Geißel (Hrsg.), Kritische Vernunft für demokratische Transformationen. Festschrift für Christine Kulke. (S. 135-160). Opladen: Budrich.

Manske, Alexandra / Schnell, Christiane (2009) Kultur- und Kreativarbeit. Deutungen und Befunde im Kontext des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft; in: Böhle, F. / Voß, G.G./ Wachtler, G. (Hg.): Handbuch zur Arbeitssoziologie, Fft/New York (i.E.)

Manske, Alexandra/ Merkel, Janet (2009) Prekäre Freiheit. Die Arbeit von Kreativen. WSI-Mitteilungen (6). i.E.

Mundelius, Marco (2009) Einkommen in der Berliner Kreativbranche: Angestellte Künstler verdienen am besten. DIW Wochenbericht Nr. 76 (9), 138-146.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen / Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten/ Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2008). Kulturwirtschaft in Berlin. Entwicklungen und Potenziale.

Storper, Michael/ Christopherson, Susan (1987) Flexible specialization and regional industrial agglomerations: the case of the US motion picture industry. Annals of the Association of American Geographers 1, 104-117.

Antworten von Michael Söndermann

Michael Söndermann

Büro für Kulturwirtschaftsforschung Köln

1. Was verstehen Sie unter Kulturwirtschaft, was unter Kreativwirtschaft? Die Begriffe werden ja nach wie vor höchst unterschiedlich verwendet. Ihre Abgrenzung und Reichweite hat aber Konsequenzen nicht nur für die Statistik sondern auch für die politische Bewertung. Halten Sie es für sinnvoll, Kultur- und Kreativwirtschaft zusammenzufassen?

Mit dem Begriff der Kulturwirtschaft werden verschiedene „kulturelle“ Einzelmärkte, wie die Musikwirtschaft, der Buch- und Pressemarkt, der Kunstmarkt, die Film- und Rundfunkwirtschaft, der Markt für darstellende Künste, die Designwirtschaft sowie der Architekturmarkt zusammengefasst. Der kulturbezogene verbindende Kern dieser Einzelmärkte bezieht sich auf die Künstler- und Kulturberufe, die als Musiker, Schriftsteller, Bildende Künstler, Filmemacher, Schauspieler, Designer und Architekten im Zentrum stehen. Ihre Kunst- und Kulturproduktion ist der Ausgangspunkt für alle kulturellen Märkte.

Der Begriff der Kreativwirtschaft ist eine Übertragung aus der britischen Debatte. Dort steht im Begriff der „Creative Industries“ ein anderer Fixpunkt als verbindendes Element ihrer Teilmärkte im Mittelpunkt, nämlich der Begriff der „Kreativität“: Im britischen Kontext wird darunter ein Prozess verstanden, der beschreibt, wie aus individuellem Talent und der Fähigkeit, kreative Ideen zu entwickeln, eine wirtschaftlich relevante Aktivität entsteht. Die übliche Teilmärktegliederung, wie in der deutschen oder europäischen Debatte üblich, wird auch in Großbritannien aufgelistet, allerdings mit zwei wesentlichen Erweiterungen: Sowohl die Werbung, wie auch die Software-/Games gelten im britischen Konzept als zentrale Teilmärkte der Creative Industries.

Die Verbindung dieser beiden Konzepte sollte mit dem Begriffspaar Kulturwirtschaft/Creative Industries in einem Übergangsprozess in der fachpolitischen und fachwissenschaftlichen Diskussion zu einem neuen, von allen Akteuren akzeptierten Konzept führen. Nun hat sich in der öffentlichen Debatte allerdings schneller die deutschsprachige Übertragung der Kultur- und Kreativwirtschaft eingebürgert, während der fachliche Verständigungsprozess andauert. Neuerdings wird bisweilen jedoch nur noch von der Kreativwirtschaft gesprochen – damit können die unterschiedlichsten Wirtschaftsbranchen in beliebiger Auswahl verbunden werden – so droht der Begriff Kultur und die mit ihr verbundenen kulturwirtschaftlichen Märkte immer mehr in den Hintergrund zu treten. Die Folge dieser Begriffsverkürzung ist rasch zu erkennen: Von künstlerischer oder kultureller Produktion wird in der Kreativwirtschaft nur noch wenig, im Konzept gar der Kreativen Ökonomie überhaupt nicht mehr gesprochen.

Deshalb sind definitorische und systematische Fragen zum Branchenkomplex der Kultur- und Kreativwirtschaft keineswegs überholt. Dass diese sich immer wieder an statistischen Fragestellungen orientieren, ist durchaus auch ein hilfreicher Effekt in der oftmals „verquast“ Kulturdebatte. Für die politische Bewertung ist es dringend notwendig, auf den Begriff der Kultur im Konzept der Kreativwirtschaft weiterhin nicht zu verzichten. Denn verschwindet die Kultur, verschwinden mit ihr auch die Künstler- und Kulturberufe und die vielfältigen kleinen Kulturunternehmen in der öffentlichen Wahrnehmung. Dann wäre die gerade gewonnene fachpolitische Position dieser Akteure auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene schon wieder dahin. Gewonnen hätten wieder einmal die vielen IT- und Technologiefirmen, die ohnehin einen guten Stand in der Wirtschafts- und sonstigen Fachpolitik haben.

2. Wie bewerten Sie die derzeitige Situation und die Entwicklungspotentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hinsicht auf wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Stadtentwicklung? Handelt es sich hier tatsächlich um „die“ Wachstums- und Zukunftsbranche, wie aus manchen Einschätzungen hervorgeht? Sind Hoffnungen auf neue Stellen und angemessen vergütete Beschäftigung vor allem für KünstlerInnen und andere Kreative berechtigt? Was sind die absehbaren Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Bereich?

Die volkswirtschaftliche Bedeutung wird in den wirtschafts- und kulturpolitischen Administrationen nicht mehr bestritten. 61 Mrd. EUR Wertschöpfung sind eine volkswirtschaftliche Größe, mit der rund 1 Million Erwerbstätige (noch ohne geringfügig Tätige) in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigt werden.

Gleichwohl löst in der allgemeinen Öffentlichkeit der Verweis auf die großen Wachstums- und Beschäftigungseffekte nach wie vor großes Erstaunen aus. Denn vielfach wird dieser Sektor mit kleinen und kleinsten Akteuren verbunden, die nach üblicher Auffassung nur wertschöpfungsschwache Freelancer oder finanzschwache Kleinstunternehmer sein können. Zudem kennt man die wenigen Majors und kann sie namentlich aufzählen. Die allgemeinen Zweifel sind also nicht gering und durchaus nachvollziehbar.

Aber die Kultur- und Kreativwirtschaft besteht einerseits (und im kleineren Umfang) aus traditionellen, gewerblichen Kulturunternehmen mit traditionellen Betriebsstrukturen und andererseits aus einer wachsenden Zahl von Freelancern, Selbstständigen und Freien Mitarbeitern, die in neue Märkte aufbrechen wollen (und müssen). Diese Gruppe bewegt sich immer stärker auf eine neue, spezifische Ökonomik zu. Die Stichworte dazu sind: Internetwirtschaft, Projektwirtschaft, Prototypwirtschaft. Die Regelungen dieser spezifischen Ökonomik bestehen derzeit allesamt noch

in einer fragilen Form. Gerade deshalb ist es umso notwendiger, die Politik für diese zukünftigen Formen von Wirtschaft, Arbeit und Leben zu sensibilisieren.

Die Hoffnungen auf neue Stellen und angemessene Vergütungen für Künstler- und Kulturberufe sind eher fragwürdig, da die bisher traditionellen, sozialversicherungspflichtigen Stellen im öffentlichen Kulturbetrieb im letzten Jahrzehnt kontinuierlich abgebaut wurden. Die Kulturbetriebe haben lange Zeit ihre Sparbemühungen durch den Abbau ihres eigenen „kreativen Humankapitals“ betrieben oder die jeweiligen Arbeitsverträge ständig verschlechtert. Die neue Finanzkrise wird die öffentlich finanzierten Kulturbetriebe ganz sicher nicht dazu motivieren, ihren Künstler und Kulturberufen wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Künstler- und Kulturberufe sind deshalb heute mehrheitlich auf den privaten Markt angewiesen und dort tätig, sie müssen ihre Existenzbedingungen darauf ausrichten. Die Wirtschaftspolitik und noch mehr die Kulturpolitik sind deshalb in der Pflicht, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen und faire Marktbedingungen zu schaffen. In erster Linie geht es um die Neuausrichtung der Urheber- und Verwerterbeziehungen innerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft. Diese sind inzwischen durch die rapiden Marktveränderungen völlig aus den Fugen geraten. In zweiter Linie muss die Politik unterstützend zur Erschließung neuer Märkte der Künstler- und Kulturberufe und der „kleinen Kulturwirtschaft“ beitragen.

Insgesamt wird die Finanz- und Wirtschaftskrise für die Kultur- und Kreativwirtschaft weniger Auswirkungen haben als für andere Felder, da sie zum einen so gut wie keine öffentlichen Mittel erhält (Ausnahme Filmförderung) und zum anderen durch ihre kleinstbetrieblichen Strukturen (und deshalb kaum kreditkapitalabhängig) in hohem Maße flexible Formen entwickelt hat, um in Krisenzeiten besser bestehen zu können.

3. Wie ist die soziale Situation der Beschäftigten im Vergleich zu anderen erwerbswirtschaftlichen Zweigen und im Vergleich zum öffentlich finanzierten Kulturbereich? Welche Besonderheiten und welche Entwicklungstrends zeigen sich? Trifft es zu, dass es sich gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft um vorwiegend prekäre Beschäftigungsformen handelt? Welche Folgen hat das Ihrer Auffassung nach? Kann diesem Trend gesteuert werden?

Die soziale Lage der in der Kultur- und Kreativwirtschaft beschäftigten Personen ist in hohem Maße durch die Vielzahl der Freelancer, Selbstständigen und Freien Mitarbeiter geprägt. Traditionelle, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatzstrukturen gibt es nennenswert nur noch in der Software-/Games-Industrie. Das Spektrum der wirtschaftlichen Einkommen reicht von Geringverdienern bis zu einzelnen Spitzengagen.

Durch die verbreiteten und weiter wachsenden neuen Produktionsstrukturen schauen die meisten Freelancer und auch kleinen Unternehmen in eine fragile Zukunft, die stark von der Politik und der weiteren Marktentwicklung abhängt. Verhältnisse wie sie noch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder das öffentlich finanzierte Orchesterwesen mit den stabilen tariflichen Rahmenbedingungen prägen, sind in der Kultur- und Kreativwirtschaft längst nur noch Randphänomene.

Das stetige Wachstum von Mikrounternehmen ist in der gesamten Dienstleistungswirtschaft verbreitet. Auch die Kultur- und Kreativwirtschaft wird von diesem Trend geprägt. Es wird deshalb zentral auf eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik ankommen. Nicht eine Politik für die 10 größten Unternehmen, sondern eine Politik für die 10.000 kleinsten Akteure einer Branche beschreibt die zukünftige Aufgabe.

4. Wie bewerten Sie die jetzige politische Praxis und die Förderpolitik vonseiten der Wirtschaftspolitik, der Kulturpolitik und der Stadtentwicklungspolitik? Wie funktioniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure? Wie effektiv sind die derzeitigen von staatlicher Seite angebotenen Förderaktivitäten? Welche positiven Erfahrungen haben Sie, welche Probleme sehen Sie?

Die derzeitige Fachpolitik steht noch völlig am Beginn einer strategischen Kultur- und Kreativwirtschaftspolitik. Es müssen neue Tandems aus Wirtschafts- und Kulturpolitik gebildet werden, die sich dem neuartigen Feld der Kultur- und Kreativwirtschaft zuwenden können. Die Verbindung von wirtschafts- und kulturbezogenen Produkten und Dienstleistungen ist bislang nur in Sonntagsreden aufgetaucht. Jetzt ist die Zeit, Experimente und Projekte zu initiieren, die diesen Prozess einer integrierten Wirtschafts- und Kulturpolitik vorwärts treiben können. Schnelle Ergebnisse wird es dazu sicher nicht geben, hingegen müssen langfristig angelegte Entwicklungsmodelle gestartet werden. Alle anderen Politikfelder wie die Stadtentwicklung etc. sind Annexbereiche, die diesen Kernprozess der neuen Wirtschafts- und Kulturpolitik flankieren und unterstützen sollten.

5. Was sind Ihre Erwartungen an eine künftige sinnvolle und „nachhaltige“ Politik im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft? Welche Ziele sollten über rein wirtschaftliche hinaus z.B. in sozialer oder kultureller Hinsicht verfolgt werden? Wo sehen Sie die Schwerpunkte politischen Handelns? Wer sind für Sie die wesentlichen Akteure? Wo sehen Sie Handlungsbedarf für DIE LINKE?

Die wesentlichen Akteure der Kultur- und Kreativwirtschaft sind die Akteure am Beginn der Wertschöpfung. Die Künstler-, Kultur- und Kreativberufe betreiben die Kunst- und Kulturproduktion, die von den Verwertern aufgenommen wird und wirtschaft-

lich umgesetzt wird. Dieses Akteurspaar muss in der zukünftigen Politik im Zentrum stehen. Hinzu kommt die Ausrichtung auf die *kleine* Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Politik muss sich zukünftig mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Welche Bedingungen braucht die Kultur- und Kreativwirtschaft, um sich in milieu- und infrastrukturbezogenen Dimensionen günstig entwickeln zu können?
- Welche neuen Formen der räumlichen, sozialen und funktionalen Verflechtungen von Arbeit und Freizeit, Wirtschaft, Innovation und Kreativität fördern die Kultur- und Kreativwirtschaft?
- Inwiefern ist die unabhängige Kultur- und Kreativwirtschaft in der Lage, originäre und unverwechselbare Kulturprodukte und -dienstleistungen zu entwickeln, die nachhaltige Effekte für die jeweiligen Regionen und Länder erzielen können?

gez. Michael Söndermann
23. September 2009

Antwort von Ulrike Steglich

Ulrike Steglich
Journalistin Berlin

Anmerkungen zur Kultur- und Kreativwirtschaft

Begriffsbestimmung

Kultur- und Kreativwirtschaft werden derzeit oft in einem Atemzug genannt, obwohl es sich um völlig unterschiedliche Bereiche und Ebenen handelt. Was hat ein Künstler, der in der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit aktiv ist, gemein mit dem Modedesigner, der seine Kollektion verkauft – außer der jeweils notwendigen Kreativität? Ist eine Druckerei per se der Kulturwirtschaft zuzuordnen – oder nicht doch eher einfach ein Gewerbebetrieb?

Es wäre also notwendig, die Begriffe Kultur- und Kreativwirtschaft genauer zu definieren – sowohl nach Funktion und Zielgruppe als auch nach der ökonomischen Tragfähigkeit. Opernhäuser werden sich nie hundertprozentig selbst finanzieren können – ebenso wenig wie kommunale Bibliotheken. Ein Kind kann prima ohne Designerklamotten auskommen, aber nicht ohne den Zugang zu Büchern, Musik oder Bildern, die nicht aus dem Fernsehen kommen.

Insbesondere die Debatten um Hartz IV haben nochmals deutlich gemacht, dass Kultur zu den menschlichen Grundbedürfnissen gehört. Wem der Zugang zu Literatur, Musik, Kunst, Theater, Museen aus pekuniären Gründen verwehrt bleibt, der verhungert geistig und seelisch. Alles PISA-Jammern ist lächerlich, wenn reihenweise kommunale Bibliotheken unter ange-

lichem Sparzwang geschlossen werden, während andererseits genug Geld für Repräsentationsbauten verfügbar scheint. Insofern ist Kultur, ebenso wie Bildung, als Pflichtaufgabe anzusehen. Der Begriff „Kreativwirtschaft“ verwässert jedoch diese Einsicht, indem er die Vorstellung weckt, Kultur jeder Art könne sich irgendwie selbst „erwirtschaften“ – wenn man nur „kreativ“ genug ist, um am viel beschworenen Markt bestehen zu können.

Standortwettbewerb

Die kaugummiartige Begriffsausdehnung und inflationäre Verschwammung der Begriffe ist eng verknüpft mit dem harten Standortwettbewerb der Regionen, der durch das föderalistische Prinzip noch verstärkt wird. Kultur und die sogenannte „Kreativwirtschaft“ werden zunehmend als wichtiger „weicher“ Standortfaktor erkannt. Um eine erfolgreiche Entwicklung des Standorts und einen Boom dieses Faktors darzustellen, wird so ziemlich alles unter dem Begriff subsumiert, was irgendwie dazupassen scheint. Dass Berlin – wie andere Städte auch – so exzessiv mit seiner „Kultur- und Kreativwirtschaft“ wirbt, hat denn auch weniger mit Verständnis für kulturelle Grundbedürfnisse zu tun. Es geht dabei vor allem um Stadtmarketing, Außendarstellung und Image.

Berlin hat das reichlich spät entdeckt, ist sozusagen von seinem eigenen Image nach außen eher überrascht worden. Dass die nach der Wende entstandene Kulturlandschaft dabei eine entscheidende Rolle spielte, wurde im Zuge großkotzigen administrativen Hauptstadt- und Metropolengehabes lange ignoriert. Dabei war es gerade die munter und bunt blühende (Sub)Kultur, die die neu ernannte Hauptstadt erst wirklich zur international interessanten Metropole machte. Und dies war nur möglich, weil es in Berlin Räume dafür gab – in mehrfacher Hinsicht.

Räume

Die Beobachtung der räumlich vagabundierenden Berliner Kulturszene entspricht den klassischen internationalen Gentrification-Erfahrungen. Kurzgefasstes Beispiel Spandauer Vorstadt: Um 1990 gab es sowohl viele leer stehende als auch bezahlbare Räume. Die hier aufblühende Subkultur zog wiederum das Interesse von Touristen wie Investoren nach sich. Andererseits warf die Restitutionsproblematik ganz neue Fragen auf: Kurzfristige Mietverträge aufgrund von ungeklärten Eigentumsverhältnissen, Rückübertragungsansprüchen und spekulativer Immobilienhandel schufen in Ostberlin eine bis dahin völlig ungekannte Situation.

In der Folge stiegen die Mieten, kommerziell orientierte Galerien, Designer und Gastronomie verdrängten jene Subkultur, die erst das Image geprägt hatte, dem sie nun selbst zum Opfer fiel, bis große internationale Design- und Modelabels wiederum die touristisch geprägte Gastronomie verdrängten. Allerdings muss man auch erwähnen, dass sich die Kulturszene leider nur selten mit ihrer eigenen Doppelrolle (als Aufwertungsfaktor und zugleich Opfer des Aufwertungsprozesses) kritisch auseinandersetze.

Beobachtet man die Berliner Bewegungen der Kulturszene, ist der Zusammenhang mit den Mietniveaus unübersehbar. In Berlin, insbesondere in den zentralen Ostberliner Altbauquartieren in Mitte und Prenzlauer Berg, war seit der Wende das klassische Gentrification-Modell par excellence zu studieren, wie es international schon vielfach von Soziologen beschrieben wurde: Künstler werten einen Stadtteil auf und ziehen – wegen der daraufhin steigenden Mieten – damit nicht nur sich selbst den existentiellen Boden unter den Füßen weg, sondern sind auch Teil eines Verdrängungsmechanismus, der meist die angestammte, eher einkommensschwache Bewohnerschaft trifft. Die Folge ist eine gravierende städtische Segregation. Zurück bleiben hoffnungslos über-teuerte Viertel mit einer entsprechend homogenen, gut verdienenden Einwohnerschaft – weitgehend ohne Künstler. Dafür mit viel „Kreativwirtschaft“: Designer, Architekten, Werbeleute. Die „Kulturszene“ wiederum zieht weiter – und „wertet“ die nächsten Viertel auf.

Die Berliner Erfahrungen zeigen, dass in den ursprünglichen Szenenvierteln nur jene Kulturprojekte bleiben konnten, denen es gelungen ist, ihre Immobilie zu sichern – durch welche Konstrukte auch immer: durch Stiftungen, Kauf, langfristige Mietverträge.

Eine politische Forderung wäre in diesem Zusammenhang (auch, um den Teufelskreis städtischer Segregation zu durchbrechen) eine verlässliche Bereitstellung bezahlbaren Arbeits- und Wohnraumes. Da dies, wie die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, mit Privatvermietern nicht möglich ist, sind hier die Kommunen gefordert. Insbesondere die landeseigenen Wohnungsgesellschaften sollten nicht länger als Melkkuh für kommunale Finanzlöcher betrachtet werden (wie in Berlin), sondern ihrem ursprünglichen Auftrag gerecht werden: nämlich Bedürftigen bezahlbaren Wohn- und Arbeitsraum zur Verfügung zu stellen. Es ist eindeutig NICHT die Aufgabe kommunaler Wohnungsunternehmen, unter Einspannung der Kulturszene kurzfristige ökonomische Aufwertungsstrategien zwecks besserer Eigenvermarktung zu verfolgen, die wiederum nur die städtische Segregation bedienen. Stattdessen sollten gezielt Kulturprojekte im Sinne kommunaler Kulturarbeit unterstützt werden, wenn es um die Sicherung von Standorten geht.

Wirtschaftsfaktor

In der Tat gehören – wie insbesondere in Berlin gut zu beobachten – sowohl Kultur als auch Kreativwirtschaft zu den maßgeblichen Wirtschaftsfaktoren. Allerdings ist die Kultur(wirtschaft) ein indirekter Wirtschaftsfaktor, der aus seinem eigenen Erfolg keinen Gewinn schöpfen kann. Während z.B. die Tourismusindustrie durchaus von dem Image profitiert, das die Kultur der Stadt verschafft, geht es deshalb Künstlern und Kulturschaffenden keineswegs besser. Sie werden trotz ihrer wichtigen Rolle für die Stadt noch nicht einmal politisch ernster genommen – wie die Auseinandersetzung um den Palast der Republik zeigte. Hier hatten junge Künstler unter zähen (und

natürlich ehrenamtlichen) Kämpfen eine kulturelle Zwischennutzung des Palastes durchgesetzt, die weltweit Furore machte und maßgeblich das Image Berlins als international führende Kunstmetropole mitprägte. Das änderte freilich weder etwas am Abrissbeschluss für das Gebäude – trotz massiver Interventionen und Proteste – noch an der Situation der Künstler selbst.

Die ist bekanntermaßen weitgehend prekär. An dieser Stelle soll nicht erneut die große Klage erhoben werden. Dennoch ist kaum zu übersehen, dass sich die Situation für die meisten in der Kultur Tätigen in den letzten zehn Jahren erheblich verschlechtert hat. Während die Lebenshaltungskosten stetig steigen, haben sich die Honorare in diesem Zeitraum z.B. für freiberufliche Autoren annähernd halbiert. Die sich stetig „verschrankende“ Presselandschaft ist nur ein Beispiel dafür, wie Qualität in Form von journalistischer Recherche und qualifizierten Redakteuren mehr und mehr zusammengespart wird.

An Aufträgen mangelt es dabei nicht. Sie werden nur selten angemessen bezahlt – wenn überhaupt. Es gibt ja immer genug Anbieter auf dem Markt. Die meisten Kulturschaffenden und Freiberufler hangeln sich notdürftig mit Projekten, ABM, Kleinaufträgen oder auch Hartz IV durch die Landschaft. Wer als Freiberufler versucht, seinen Kollegen ein wenig Arbeit als Nachauftragnehmer zu verschaffen, wird dafür umgehend von der Künstlersozialkasse abgestraft. Hier lauert die Keule in Form eines zu zahlenden Arbeitgeberanteils.

Besonders prekär ist die Situation für Familien bzw. Alleinerziehende. Wer sich als Kulturschaffender für Kinder entscheidet, darf sich erstens für komplett meschugge erklären lassen. Zweitens sollte er bzw. sie entweder einen sehr gut verdienenden Partner haben oder aber ein extrem dickes Fell. Am besten beides. Man kann natürlich dem Rat des Berliner Ex-Finanzsenators Sarrazin folgen, wonach all jene aufs Kinderkriegen verzichten sollten, die sich das nicht leisten können, sprich: nicht in der Lage sind, ihrem Kind eine Privatschule zu bezahlen – damit sich die Kommune endlich die lästigen Bildungsausgaben sparen kann. Andererseits könnte man natürlich auch auf die teure Idee kommen, insbesondere Grundschulen eigene Etats an die Hand zu geben, damit sie beispielsweise Künstler zwecks dringend notwendiger kultureller Bildungsarbeit an den Schulen anheuern können.

Ein weiteres Thema sind die sozialen Sicherungssysteme. Die Künstlersozialkasse (KSK) ist für Künstler und Kulturschaffende gewiss eine segensreiche Einrichtung – aber was nutzt sie, wenn die Einzahler durch kurzfristige ABM bzw. Hartz IV-Bezüge sofort wieder aus der KSK herausfliegen? Alle mühsam erarbeiteten Ansprüche gehen damit umgehend verloren.

Querfinanzierung

Der entstandene Imagegewinn für die Kommunen und Städte versilbert sich nicht für die Kultur selbst, sondern auf andere Art und Weise: für Unternehmen

beispielsweise, die von dem weichen Standortfaktor profitieren können. Insofern ist es nicht abwegig, über Reinvestitionen der „Profiteure“ in Kultur nachzudenken, die allerdings nicht als großzügiges „cultural bzw. social sponsoring“ angesehen werden sollten, sondern als faire Beteiligung und Investition in das, was Firmen so gern „Humankapital“ nennen.

Antworten von Harald Wolf

Harald Wolf

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen,
Martin-Luther-Str. 105, 10825 Berlin,
Tel. 030/9013-8100,
E-Mail: Harald.Wolf@senwtf.berlin.de

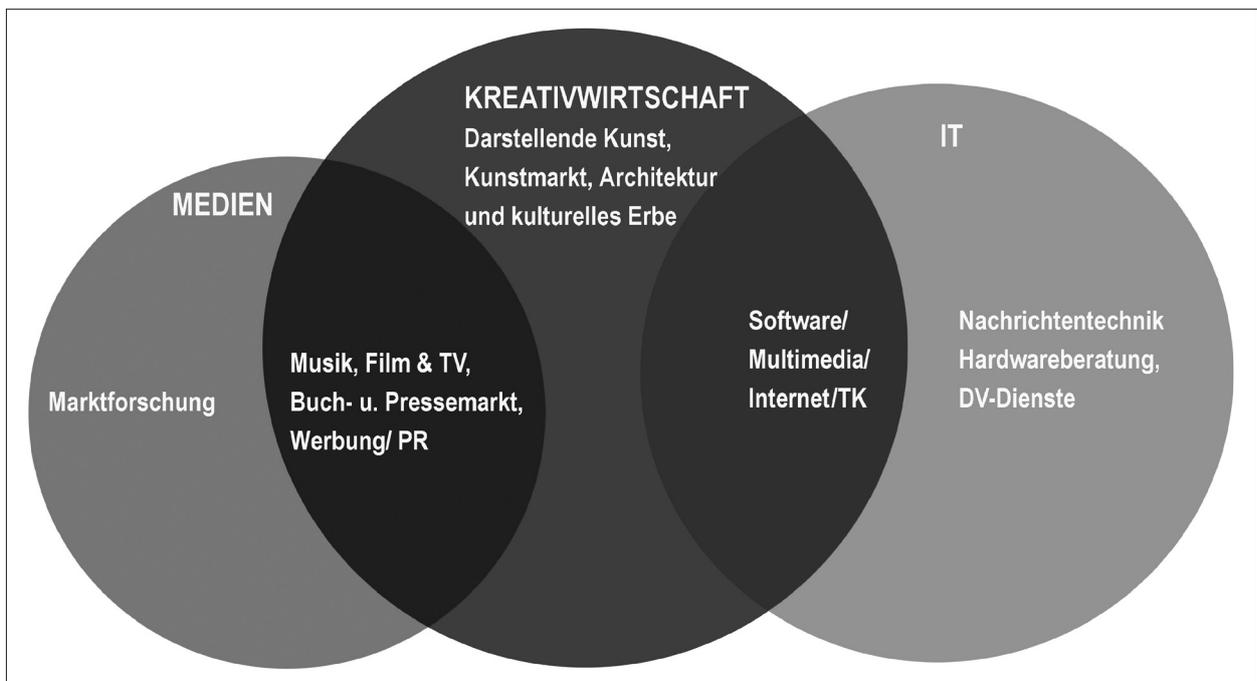
1. Was verstehen Sie unter Kulturwirtschaft, was unter Kreativwirtschaft? Die Begriffe werden nach wie vor höchst unterschiedlich verwendet. Ihre Abgrenzung und Reichweite hat aber Konsequenzen nicht nur für die Statistik sondern auch für die politische Bewertung. Halten Sie es für sinnvoll, Kultur- und Kreativwirtschaft zusammenzufassen?

In Berlin verwenden wir die Begriffe Kultur- und Kreativwirtschaft analog, eine Trennung zwischen Kulturwirtschaft und Kreativwirtschaft (nur Games/ Werbung), wie im Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ vorgeschlagen, halten wir im Blick auf Berlin nicht für sinnvoll, da uns keine trennscharfen Kriterien vorliegen, die eine eindeutige Zuordnung zu Kultur- bzw. Kreativwirtschaft zulassen. Es geht in beiden Fällen um Wirtschaftszweige, bei denen ein schöpferischer Akt im Mittelpunkt steht – egal ob dies einen Verlag oder eine Werbeagentur betrifft.

Unter dem Begriff „Kultur- bzw. Kreativwirtschaft“ verstehen wir in Berlin den erwerbswirtschaftlichen Sektor und damit alle Unternehmen und Selbständigen, die gewinnorientiert und in privater Rechtsform kulturelle Güter produzieren, vermarkten, verbreiten oder damit handeln. Auch gewerbliche Betriebsteile von Kulturinstitutionen zählen zur Kultur- bzw. Kreativwirtschaft.

Diese enge Definition hat damit zu tun, dass wir bisher lediglich über im erwerbswirtschaftlichen Bereich fundierte, regelmäßig erhebbare Daten verfügen. Außerdem verursacht die Gleichsetzung der Begriffe Kulturwirtschaft und Kultursektor im Sprachgebrauch häufig Verwirrung.

Eine wachsende Kreativbranche ist jedoch auf das engste verbunden mit dem öffentlich getragenen Kulturbereich und dem gemeinnützigen kulturellen Sektor, aber auch stadtentwicklungspolitischen und bildungspolitischen Gesichtspunkten. Vor diesem Hintergrund ist der Lenkungskreis als Abstimmungsgremium breiter aufgestellt. Dort sind neben der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen,



zahlreichen Branchenvertretern auch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Kulturressort der Senatskanzlei vertreten.

2. Wie bewerten Sie die derzeitige Situation und die Entwicklungspotentiale der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hinsicht auf wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Stadtentwicklung? Handelt es sich hier tatsächlich um „die“ Wachstums- und Zukunftsbranche“?

Der Kreativ-Sektor ist einer der Wachstumsbereiche der Berliner Wirtschaft, mit rund 17,5 Mrd. € Umsatz jährlich und rund 23.000 Unternehmen. Die wirtschaftliche Lage Berlins konsolidiert sich zusehends. Die Anzahl der Unternehmen im Kreativbereich stieg von 2000 bis 2006 um 33% (+ 5.700 Unternehmen), die Umsätze im gleichen Zeitraum um 25% (+3,5 Mrd. €) und jeweils deutlich stärker als auf nationaler Ebene.

Wachstumsraten in Berlin im Vergleich zur nationalen Ebene, 2000 bis 2006:			
Unternehmen:	+33%	vs.	+10%
Umsätze:	+25%	vs.	+4,5%
Beschäftigte:	-8%	vs.	-7%

Entgegen dem Wachstum bei Umsätzen und Unternehmen entwickelte sich die Anzahl der Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2006 in Berlin rückläufig (-8%), wobei dieser Trend in allen deutschen Metropolregionen zu beobachten ist. Von 2005 bis 2007 konnte der Beschäftigtenrückgang durch neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und eine steigende Anzahl an Freiberuflern und Selbständigen

teilweise aufgefangen werden. Zu verdanken ist das insbesondere der Werbebranche, dem Teilmarkt Software/ Telekommunikation sowie den kreativen Kernbereichen in fast allen Teilmärkten. Hier entstehen seit Jahren zusätzliche Arbeitsplätze.

Mit rund 160.500 Erwerbstätigen ist die Kreativwirtschaft ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor in Berlin. Bei den Erwerbsformen dominieren noch sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit 48% (Tendenz: sinkend), dicht gefolgt von den Freiberuflern und Selbständigen mit 44% (Tendenz: steigend) und einem 8%igen Anteil an geringfügig Beschäftigten (Tendenz: sinkend).

Die Kreativbranche ist eine Wachstumsbranche für Berlin, die jedoch wie alle anderen Branchen aktuell von der weltweiten Krise, dem Mangel an längerfristigen Finanzierungsmöglichkeiten und auch Kurzarbeit betroffen ist. Derzeit liegen noch keine belastbaren Zahlen zu den Auswirkungen der Krise im Kreativsektor Berlins vor.

Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in diesem Bereich?

- Verstärkter Anstieg der Anzahl der Freiberufler und Selbständigen
- Weniger Investitionen im Mittelstand, da Banken Kreditlinien kürzen
- Insolvenzen in Bereichen, die mit Wachstumskapital ausgestattet waren
- Berlin als Standort mit vergleichsweise moderaten Büromieten und Gehaltsstrukturen, einem Pool an hochqualifizierten Arbeitskräften bleibt dennoch mittel- bis langfristig für viele Unternehmen national und international interessant

3. Wie ist die soziale Situation der Beschäftigten im Vergleich zu anderen erwerbswirtschaftlichen Zweigen? Welche Besonderheiten und welche Entwicklungstrends zeigen sich? Trifft es zu, dass es sich gerade in der Kultur- und Kreativwirtschaft um vorwiegend prekäre Beschäftigungsformen handelt?

Das Gesamtnettoeinkommen in Kultur- und Kreativberufen in Berlin ist im Zeitraum 1998 bis 2006 um rund zwei Drittel angestiegen, während das der Berliner Wirtschaft insgesamt um 3% zurückging, das zeigt anschaulich die bisherige Wachstumsdynamik im Kreativsektor.

Die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Einkommenssituation in Kultur- und Kreativberufen in Berlin ermöglicht uns erstmals einen differenzierten Blick auf die Einkommen in verschiedenen kreativen Branchen, nur in einzelnen Bereichen ist das Schlagwort Prekariat tatsächlich gerechtfertigt. Beunruhigend sind beispielsweise die niedrigen Einkommen bei den selbständigen Musikern und angestellten Werbefachleuten in Berlin.

Künstler/ Künstlerinnen in Berlin haben durchschnittlich mehr Einkommen als Künstler in anderen Metropolenregionen, wobei Musik/ Darstellende Kunst im oberen Einkommensdrittel und Bildende Kunst eher im unteren Einkommensdrittel aller Erwerbstätigen in Berlin zu finden sind.

Unterteilt man die Künstler/ Kreativberufler in die Kategorien „angestellt“ und „selbständig“, wird deutlich, dass angestellte Künstler/ Kreativberufler in Berlin besser, während Selbständige deutlich schlechter als ihre Kollegen in den Vergleichsregionen abschneiden.

Besonders deutlich ist die unterdurchschnittliche Einkommenssituation im Musik-, Architektur, Werbe- und Softwarebereich. Einige Beispiele dazu: Während ein selbständiger Informatiker in Berlin durchschnittlich 1.800 € verdient, liegt das durchschnittliche Einkommen in den Vergleichsregionen bei 3.700 €. Eine selbständige Werbefachfrau in Berlin verdient durchschnittlich 2.000 €, in den Vergleichsregionen liegt das durchschnittliche Einkommen in diesem Beruf bei rund 2.500 €.

Überdurchschnittlich dagegen verdienen in Berlin angestellte Musiker/ Musikerinnen und darstellende Künstler sowie selbständige Filmschaffende. Annähernd gleichauf mit den Vergleichsregionen liegen die Einkommen von bildenden Künstlern/ Künstlerinnen in Berlin.

Notwendig ist auf jeden Fall, die Erhebungen zur Einkommenssituation fortzuführen und einen besonderen Fokus auf die Beobachtung der Bereiche zu legen, die bei den Einkommen deutlich unterdurchschnittlich abschneiden.

Zunehmend wichtiger wird, dass auf Bundesebene Rahmenbedingungen für eine bessere soziale Absi-

cherung für den stetig wachsenden Anteil der Selbständigen und Freiberufler geschaffen werden und das Ausmaß befristeter Beschäftigungsverhältnisse abgebaut wird.

4. Wie bewerten Sie die jetzige politische Praxis und die Förderpolitik von Seiten der Wirtschaftspolitik? Wie funktioniert die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure? Wie effektiv sind die von staatlicher Seite angebotenen Förderaktivitäten? Welche positiven Erfahrungen haben Sie, welche Probleme sehen Sie?

Zahlreiche Förderinstrumente sind in den letzten Jahren in Berlin für die Kultur- und Kreativwirtschaft geöffnet und modifiziert worden, dazu gehören:

- Mikrodarlehen im Rahmen des KMU – Fonds (ein Darlehensprogramm für kleine und mittelständische Unternehmen)
- Zahlreiche Messepräsentationen im Ausland
- Unterstützung der Bildung von Netzwerken und Clustern über GA- Clusterförderung (GA = Programm Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur)

Hinzu kamen neue Förderinstrumente, die speziell auf die Kreativwirtschaft ausgerichtet sind wie:

- Internetportal CreativeCityBerlin.de mit allen Informationen für Kulturschaffende und Unternehmen des Kreativsektors
- Coachingangebote im Rahmen des Kreativ Coaching Centers bei der Investitionsbank Berlin
- VC Fonds Kreativwirtschaft (Wachstumskapitalfonds für Unternehmen aus dem Kreativsektor)
- Einführung von Wettbewerben in 2009 (zu Serious Games, geplant: zu Visual Effects)

Alle genannten Förderinstrumente können als effektiv bezeichnet werden. In der Regel zielen sie auf kleine und mittelständische wachstumsorientierte oder besonders innovative Unternehmen des Kreativbereichs.

In 2008 gingen rund 33% der Fördermittel des Landes an den Kreativsektor (rund 46 Mio. €), davon 2/3 im Rahmen der GA- Förderung (siehe oben), rund 10 Mio. € über Darlehen und Beteiligungen und rund 750.000 € für Coachingangebote. Das zeigt die erhebliche Umsteuerung von Mitteln zugunsten des Kreativsektors in Berlin. Darüber hinaus wird der Bereich über zusätzliche infrastrukturstärkende Projekte u.a. über die Landesinitiative Projekt Zukunft gestärkt.

Die Akteure der Kreativwirtschaft arbeiten u.a. über ein regelmäßig tagendes ressortübergreifendes Lenkungsgremium zusammen, darüber hinaus über branchenbezogene Netzwerke wie Create Berlin, das Internationale

Design Zentrum, die Berlin Music Commission sowie über zusätzliche themenbezogene Runde Tische.

5. Was sind Ihre Erwartungen an eine künftige sinnvolle und „nachhaltige“ Politik im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft? Welche Ziele sollten über rein wirtschaftliche hinaus z.B. in sozialer oder kultureller Hinsicht verfolgt werden? Wo sehen Sie die Schwerpunkte politischen Handelns? Wer sind für Sie die wesentlichen Akteure?

Für Berlin besteht die Herausforderung insbesondere darin, Anlaufstellen für die steigende Anzahl an Mikrounternehmen und Freiberuflern zu schaffen, den Bereich der Coachingangebote und Mikrodarlehen im Kreativbereich auszubauen, Förderinstrumente adressatengerechter zu kommunizieren, den Aufbau von Kreativzentren in Berlin zu unterstützen, Auslandspräsentationen stärker absatzunterstützend auszurichten.

Ziele sind, die Anzahl der Erwerbstätigen in der Berliner Kreativwirtschaft bis 2015 auf 200.000 zu steigern und das Wachstum der Unternehmen so zu unterstützen, dass diese jährlich rund 20 Mrd. € Umsatz erwirtschaften.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, dass Institutionen, Unternehmen und Politik in Berlin ihre Kräfte stärker als bisher bündeln, Handlungsansätze im Dialog weiterentwickeln und die Rahmenbedingungen für die Unternehmen im Kreativsektor weiter verbessern. Ggf. müssen die bisherigen Strukturen transparenter gestaltet werden.

Zu den wesentlichen Akteuren in Berlin zählen neben meinem eigenen Haus der ressortübergreifende Lenkungskreis sowie die Netzwerke und Plattformen im Kreativsektor, auf Bundesebene ist es die von dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Beauftragten für Kultur und Medien getragene Initiative zur Unterstützung der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Branchen brauchen eine klar strukturierte, integrativ wirkende Steuerung. Die Federführung für das Thema Kreativwirtschaft liegt im Einvernehmen mit den Senatskollegen bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Gesteuert wird die Initiative zur Unterstützung des Kreativbereichs über den Lenkungskreis, in dem Branchenvertreter und Kollegen anderer Senatsverwaltungen involviert sind. Im Lenkungskreis (bisher 7 Sitzungen) werden geplante Aktivitäten abgestimmt und branchenbezogene Maßnahmepläne erarbeitet. Die Landesinitiative Projekt Zukunft stellt die Arbeitsebene des Clustermanagements dar. Aufgrund der Kleinteiligkeit des Kreativsektors leisten die Netzwerke vor Ort einen wichtigen Teil der Koordinationsarbeit, bündeln Interessen und organisieren zahlreiche Auslandspräsentationen.

In der Wirtschafts- und Kultusministerkonferenz haben jeweils Vertreter des Landes Berlin den Vorsitz

inne und sorgen für den Austausch von Know-how unter den Bundesländern. In der Wirtschaftsministerkonferenz hat Berlin erheblich dazu beigetragen, dass es eine länderübergreifend einheitliche Definition und Abgrenzung der Kultur- und Kreativwirtschaft gibt und arbeitet gemeinsam mit den übrigen Ländern an einer Synopse zur Ist-Situation, zu Handlungsbedarfen bei der Förderung des Kreativsektors sowie an Handlungsempfehlungen für die Länder und die Bundesebene. Der Arbeitskreis Kulturstatistik e.V. mit dem ausgewiesenen Experten Herrn Söndermann hat für die Wirtschaftsministerkonferenz einen Leitfaden zu Grundlagen und Basismodellen der statistischen Auswertung kulturwirtschaftlicher Daten erstellt, der allen Bundesländern zur Verfügung gestellt wurde.

Zu den Herausforderungen auf Bundesebene zählt u.a. die Schaffung eines Sicherungssystems, das alle Beschäftigungsformen abdeckt – wie es in Ländern wie Dänemark und den Niederlanden üblich ist. Deutschland orientiert sich noch zu sehr an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Kurzfristiger umsetzbar wäre eventuell eine Ausweitung des Berechtigtenkreises bei der Künstler-sozialkasse.

Und besondere Sorge macht mir die Alterssicherung bei Freiberuflern.

Dringenden Handlungsbedarf sehe ich dabei, dass befristete Beschäftigungsverhältnisse wo möglich eingedämmt werden und auf Bundesebene angemessene Rahmenbedingungen für die soziale Sicherung bei Freiberuflern und Selbständigen geschaffen werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft: Zukunftsweisendes Handlungsfeld im Schnittpunkt verschiedener Politikfelder

Berlin, den 10.12.2008. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, sieht die Kultur- und Kreativwirtschaft als ein wichtiges Handlungsfeld im **Schnittpunkt verschiedener Politikfelder**. Daraus entsteht für die verschiedenen Ressorts auf der kommunalen, Landes- und Bundesebene die Herausforderung, gemeinsam nach Lösungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft zu suchen.

Der Kultur- und Kreativwirtschaft wird in den jüngsten kulturpolitischen Debatten ein zunehmend wichtiger Stellenwert eingeräumt. Der Deutsche Kulturrat hat in seinen Stellungnahmen stets betont, dass die Kulturwirtschaft ein Teil der kulturellen Infrastruktur ist. Das kulturelle Leben oder auch die kulturelle Infrastruktur wird durch die Künstler, die Kultureinrichtungen, die Kulturvereine, die Kulturwirtschaft und nicht zuletzt die kulturelle Öffentlichkeit geprägt. Intensiv hat sich der Deutsche Kulturrat mit den Wechselwirkungen und Verflechtungen dieser verschiedenen Bereiche in seiner Stellungnahme Kultur als Daseinsvorsorge befasst. Die Stellungnahme kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=217&rubrik=4> abgerufen werden. Auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland hat sich das Konzept der kulturellen Infrastruktur zu Eigen gemacht.

Im Mittelpunkt dieser Stellungnahme steht die Kulturwirtschaft. Hier ist festzustellen, dass oftmals Unklarheit darüber besteht, was unter Kultur- und Kreativwirtschaft zu verstehen ist.

In der wissenschaftlichen Diskussion wurden zwei Modelle entwickelt, um Kultur- und Kreativwirtschaft abzubilden. Das **Modell der Wertschöpfungsbeziehungen** hebt darauf ab, den Prozess der Wertschöpfung vom schöpferischen Akt über die Verwertung bis hin zum Endkunden abzubilden. Im Bereich der Literatur reichen die Wertschöpfungsbeziehungen klassischerweise vom Verfassen des Buches, über das Lektorat im Verlag, die Herstellung, den Zwischenbuchhandel, den Buchhandel bis hin zum Endkunden. Darüber hinaus gibt es zusätzlich crossmediale Verwertungen, sodass aus den Printprodukt Hörbücher, Filme, Spiele usw. entwickelt werden. Für alle künstlerischen Sparten können die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungsbeziehungen aufgezeigt werden. Je nach künstlerischer Sparte sind die Wertschöpfungsbeziehungen ausdifferenziert. Geht das Modell der Wertschöpfungsbeziehungen auf Prozesse innerhalb der Kulturwirtschaft ein, so, so steht im Mittelpunkt des **Dreissektorenmodells** die Abgrenzung der Kulturwirtschaft von den anderen Sektoren Markt und Nonprofitsektor. Diese Abgrenzung ist aber keine strikte Unterscheidung. Es gibt vielmehr vielfältige Austauschbeziehungen zwischen dem öffentlichen Kulturbetrieb, dem Nonprofitsektor im Kulturbereich und der Kulturwirtschaft. Auf diese wird in dieser Stellungnahme noch eingegangen.

Der Deutsche Kulturrat versteht unter Kulturwirtschaft den erwerbswirtschaftlichen Teil des kulturellen Lebens. Zum Kernbereich der Kulturwirtschaft zählen zuerst die Urheber und ausübenden Künstler der verschiedenen künstlerischen Sparten wie z.B. Autoren, Bildende Künstler, darstellende Künstler, Designer, Architekten, Musiker, Filmemacher usw. Weiter gehören zur Kulturwirtschaft jene Unternehmen, die künstlerische Werke professionell verwerten. Dazu werden Verlage, Galerien, Tonträgerhersteller, Konzertveranstalter, Kinos, Filmproduzenten usw. gezählt.

In den verschiedenen künstlerischen Sparten hat die Kulturwirtschaft einen unterschiedlichen Stellenwert.

In einigen Sparten hat der öffentlich geförderte Kulturbetrieb eine herausragende Funktion, in anderen gilt dies für die Kulturwirtschaft. Die Rechtsform ist aus Sicht des Deutschen Kulturrates ein unzureichendes Unterscheidungsmerkmal, da in den vergangenen Jahren Kultureinrichtungen in Trägerschaft der öffentlichen Hand zwar vermehrt in private Rechtsformen überführt wurden, sie aber zumeist nicht erwerbswirtschaftlich tätig sind. Hier handelt es sich um Angebote, die nach wie vor nur dank einer öffentlichen Förderung existieren.

Im Kulturmarkt werden kulturelle Werte produziert, die zu ökonomischen Werten werden können. Der Kulturmarkt funktioniert anders als andere Märkte. Ein besonderes Kennzeichen des Kulturmarktes ist, dass er sich teilweise eben nicht an den Marktgegebenheiten orientiert, sondern Kulturgüter anderen Gesetzmäßigkeiten gehorchen. Ohne die Investition in künstlerische Arbeiten, die heute zwar noch keinen Marktwert haben, ihn morgen aber erhalten können, würde die Kulturwirtschaft Schaden nehmen und das kulturelle Leben sich im etablierten Kanon erschöpfen.

Im Vergleich zu anderen Märkten hat die Kultur- und Kreativwirtschaft in den letzten Jahren ein beachtliches Wachstum erreicht. Der erste Europäischen Kulturwirtschaftsbericht *The economy of Culture in Europe* (European Commission 2006) weist für das Jahr 2003 einen Jahresumsatz von 654 Mrd. Euro für den kulturellen und kreativen Sektor in Europa aus. Damit liegt der Umsatz über dem der Autoherstellung, der in diesem Bericht mit 271 Mrd. Euro angegeben wird.

Der Deutsche Kulturrat sieht mit Blick auf die Kultur- und Kreativwirtschaft folgende Themenfelder und Herausforderungen:

- **Digitalisierung,**
- **Globalisierung der Märkte,**
- **Wechselwirkungen zwischen Kulturwirtschaft und öffentlichem Kulturbetrieb,**
- **Arbeitsmarkt Kulturwirtschaft.**

Digitalisierung

Die technischen Veränderungen der letzten Jahre, die mit dem Schlagwort der Digitalisierung beschrieben werden können, haben einen erheblichen Einfluss auf die Kulturwirtschaft. Dabei ist die künstlerische Tätigkeit im engeren Sinne von diesen Veränderungen anders betroffen als die Herstellung, Verbreitung bzw. Vermarktung künstlerischer Werke. Insbesondere in jenen Bereichen, in denen das Endprodukt industriell vervielfältigt wird, wie z.B. die CD oder das Buch, hat die Digitalisierung die Produktionsprozesse, die Verbreitungswege und die Rezeption stark verändert.

Digitalisierte Werke können ohne einen Qualitätsverlust reproduziert werden. Es handelt sich nicht um klassische Kopien, sondern um Klone vom Original. Kopierte Werke können schnell und unkompliziert bearbeitet oder verändert werden. Diese Möglichkeiten führen zu einem veränderten Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer.

In besonderer Weise ist die Distribution künstlerischer Werke von der Digitalisierung bzw. der Verbreitungsplattform Internet betroffen. War vor fünfzehn Jahren das Internet vor allem eine Plattform für einige wenige, so ist es heute zu einem wichtigen Verbreitungsweg geworden. Das Internet hat den Handel mit kulturwirtschaftlichen Gütern verändert, da z.B. der Versandhandel mit Büchern schneller geworden ist und den Nutzern eine Reihe von Zusatzfunktionen geboten werden können. Das Internet

bietet die Möglichkeit einzelne Werke als Datei herunterzuladen. Bislang wird die Mehrzahl der Inhalte nach wie vor kostenfrei im Internet angeboten. So hat sich teilweise die falsche Einstellung verfestigt, dass Inhalte im Internet immer kostenlos sein müssen. Insbesondere die Tonträgerbranche musste in den vergangenen Jahren erfahren, dass Musik illegal in Tauschbörsen angeboten wird. Bestehende Geschäftsmodelle können dagegen nicht konkurrieren.

Nicht zuletzt durch die Digitalisierung hat die Geschwindigkeit in der Verwertungskette zugenommen. Dieses führt dazu, dass die bestehenden auf Langfristigkeit angelegten immer weniger dazu geeignet sind, Investitionen zu refinanzieren.

Festzuhalten ist aber auch, dass trotz oder vielleicht sogar aufgrund der Digitalisierung das Liveerlebnis an Bedeutung gewonnen hat, so ist seit einiger Zeit eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung bei der Nutzung von Liveangeboten festzustellen. Im Musikbereich ist diese Entwicklung gegenläufig zur Tonträgerwirtschaft. Ebenso sind die Branchen, in denen mit Unikaten gehandelt wird, wie z.B. der Kunsthandel, weniger betroffen.

Der Deutsche Kulturrat hat sich in einigen Stellungnahmen zum Urheberrecht zu Fragen der Vergütung von Urhebern und Leistungsschutzberechtigten im digitalen Zeitalter positioniert. Diese Stellungnahmen sowie weitere Informationen können im Internet unter <http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=22> abgerufen werden.

Zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Medien hat der Deutsche Kulturrat sich ebenfalls positioniert. Nähere Informationen sind zu finden unter: <http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=38>.

Gerade angesichts der stärkeren Nutzung des Internets muss der Wert kreativer Leistungen stärker als bisher in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Das Erstellen von Raubkopien oder Plagiaten ist kein Kavaliersdelikt, sondern entzieht den Künstlern und Unternehmen der Kulturwirtschaft die wirtschaftliche Basis. Daher muss ein starkes Urheberrecht auch wirkungsvoll umgesetzt werden. Der Deutsche Kulturrat sieht hier die verschiedenen Akteure Eltern, Schule, Bildungseinrichtungen, Politik in der Pflicht, um den Wert des geistigen Eigentums zu vermitteln.

Gleichwohl müssen Kultureinrichtungen wie Bibliotheken im Gemeinwohlinteresse dem Endverbraucher weiterhin kostenfrei Inhalte zur Verfügung stellen können. Sie selbst müssen die Rechte zuvor erwerben. Hierzu müssen sie von der öffentlichen Hand durch die Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln in die Lage versetzt werden.

Die Nutzung neuer Verbreitungswege bedeutet auch, dass die Urheber und ausübenden Künstler für ihre Leistungen eine angemessene Vergütung erhalten müssen. Hierfür sind geeignete ertragsfähige Modelle zu entwickeln bzw. bestehende auszubauen. Dieses ist eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Unternehmen der Kulturwirtschaft aber auch für die Kulturpolitik.

Globalisierung der Märkte

Kulturgüter und -dienstleistungen werden zwar zunehmend weltweit gehandelt, sie unterscheiden sich jedoch grundlegend von anderen Waren und Dienstleistungen, mit denen aus erwerbswirtschaftlichen Gründen Handel getrieben wird. Sie haben einen Doppelcharakter, beinhalten sie doch einerseits ökonomische und andererseits immaterielle Werte, die es besonders zu berücksichtigen gilt. Sie haben

zum Teil den Charakter eines öffentlichen Gutes. Mit dem weltweiten Angebot von ökonomischen Werten in Form von Kulturgütern und -dienstleistungen trägt die Kulturwirtschaft zur kulturellen Vielfalt bei. Immaterielle kulturelle Werte werden um ihrer selbst willen gebildet. Deren Konkretisierung in Gütern und Dienstleistungen verschließt sie dann einem handelbaren Wirtschaftsgut, wenn Handelsregularien die Vielfalt der Produktion und der Vermittlung, der Freiheit der Kunst oder dem öffentlichen kulturellen Bildungsauftrag widersprechen.

Die Welthandelsorganisation (WTO) aber auch die Europäische Kommission betrachten Kulturgüter und -dienstleistungen oftmals allein aus einem ökonomischen Blickwinkel. Die GATS-Verhandlungen (Generell Agreement on Trade in Services) der Welthandelsorganisationen haben verdeutlicht, dass in einigen künstlerischen Sparten und Bereichen ein weltweiter Markt für Kulturgüter und dienstleistungen besteht. In verschiedenen Stellungnahmen hat sich der Deutsche Kulturrat sehr skeptisch gegenüber den Bestrebungen einer Liberalisierung des Handels mit Kulturgütern und -dienstleistungen positioniert. Die Stellungnahmen können unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1302&rubrik=4> und unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=202&rubrik=4> abgerufen werden.

Damit die kulturelle Vielfalt erhalten bleibt, ist es erforderlich, dass in Deutschland bestehende Unterstützungssysteme wie z.B. der ermäßigte Umsatzsteuersatz, die Künstlersozialversicherung, die kollektive Vergütung über Verwertungsgesellschaften, die Buchpreisbindung, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, Bibliotheken und andere Kultureinrichtungen erhalten bleiben. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und der Förderung kultureller Ausdrucksformen (Konvention Kulturelle Vielfalt) zielt darauf ab, die Kulturwirtschaft zu stärken und nationale Fördersysteme zur Sicherung der kulturellen Vielfalt zu sichern. Dazu gehört auch die öffentliche Förderung von Kulturinstitutionen, die eine wichtige Funktion in der direkten und indirekten Förderung der Kulturwirtschaft einnimmt. Die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt bildet ein Gegenstück zu den Liberalisierungsbestrebungen der Welthandelsorganisationen, die auf weltweite gleiche Marktchancen abzielt. Eine Liberalisierung des Handels mit Kulturgütern und Kulturdienstleistungen birgt aber die große Gefahr, dass die kulturelle Vielfalt Schaden nimmt.

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung und die Länder auf, die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt in Deutschland mit Leben zu erfüllen und auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene auf deren Einhaltung zu drängen. In seiner Stellungnahme Kultur-Enquete: Kultur in Europa hat sich der Deutsche Kulturrat zu den Vorschlägen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland zur Umsetzung der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt sowie zu den GATS-Verhandlungen positioniert. Die Stellungnahme kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1302&rubrik=4> abgerufen werden.

Um die Marktchancen deutscher Künstler und Kunst im Ausland zu verbessern, fordert der Deutsche Kulturrat im Rahmen der Auswärtigen Wirtschaftspolitik eine Exportinitiative für alle Bereiche der Kulturwirtschaft. Die wirtschaftliche Dimension des Exports von Kulturgütern und dienstleistungen sollte stärker beachtet werden. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die Außenwirtschaftspolitik sollte mit Blick auf die Anforderungen der Kulturwirtschaft besser aufeinander abgestimmt werden. Dazu gehört beispielsweise die Unterstützung zur Beteiligung an Messen und Veranstaltungen. Ebenso sind erleichterte Visabestimmungen sowie Sonderregelungen für Künstler und deren Arbeitsmittel erforderlich.

Weiter hat sich der Deutsche Kulturrat zu den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des

Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland zum Bereich Kulturwirtschaft positioniert. Die Stellungnahme Kultur-Enquete: Kulturwirtschaft stärken und ihre Potenziale fördern! kann abgerufen werden unter: <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1304&rubrik=4>.

Die pauschale Besteuerung ausländischer Künstler, die in Deutschland auftreten, ist nach wie vor ein Hindernis für Unternehmen der Kulturwirtschaft und behindert den Kulturaustausch. Im Jahressteuergesetz 2009 wurde mit der Abschaffung der Stufenregelung der so genannte kleine Kulturaustausch, bei dem eher kleine Gagen gezahlt werden, geschwächt. Der Deutsche Kulturrat hat in einer eigenen Stellungnahme Vorschläge zu einer unbürokratischen Lösung bei der Besteuerung ausländischer Künstler erarbeitet. Die Vorschläge sind abzurufen unter: <http://www.kulturrat.de/text.php?rubrik=20>.

Wechselwirkungen zwischen Kulturwirtschaft und öffentlichem Kulturbetrieb

Zwischen den Unternehmen der Kulturwirtschaft und dem öffentlichen Kulturbetrieb bestehen zahlreiche Wechselwirkungen. Es handelt sich hier nicht um strikt voneinander separierbare Bereiche, sondern vielmehr um kommunizierende Röhren. Nicht nur, dass Künstler oft in beiden Bereichen tätig sind, im öffentlichen Kulturbetrieb findet ein Teil der Ausbildung von Künstlern von statt, so z.B. in Musikschulen, öffentliche Kultureinrichtungen fragen kulturwirtschaftliche Güter nach, so z.B. die Bibliotheken Bücher und öffentliche Kultureinrichtungen vergeben Aufträge an Künstlerinnen und Künstler.

Gerade der kulturellen Bildung kommt eine wichtige Vermittlungsfunktion zu. Kulturelle Bildung ermöglicht Zugang zu Kultur und weckt Interesse an Kultur. Kulturelle Bildung ist damit eine wichtige Voraussetzung für eigene künstlerische Tätigkeit und die Kunstrezeption. Kulturelle Bildung ist damit auch eine wichtige Voraussetzung für die Nachfrage nach Kulturgütern.

Kürzungen bei den öffentlichen Kulturausgaben gehen auch zu Lasten der Kulturwirtschaft. Öffentliche Kultureinrichtungen stehen bereits seit einigen Jahren unter einem erheblichen Kostendruck. Sie mussten Einsparungen vornehmen und sind gehalten, höhere Eigeneinnahmen zu erzielen. Dieses ist teilweise nur möglich, in dem sie selbst kulturwirtschaftlich tätig werden, also z.B. Bücher selbst verlegen, statt einen Verlag zu beauftragen. Wenn beispielsweise Museen aufgrund knapper Ankaufsetats Werke direkt bei Künstler und nicht über den Kunsthandel kaufen, so macht sich das beim Kunsthandel bemerkbar.

Einsparungen bei den Personaletats der öffentlichen Kultureinrichtungen und Outsourcing von Dienstleistungen haben dazu geführt, dass heute viele Tätigkeiten von Selbständigen ausgeübt werden, bei denen vor einigen Jahren noch ein Anstellungsverhältnis üblich war. Das führt zu einer steigenden Zahl an selbständigen kulturwirtschaftlichen Akteuren, die oftmals mit den statistischen Instrumenten nicht erfasst werden können.

Jenseits der Wirtschaftsförderung haben Stipendien und Preise für Künstler eine große Bedeutung. Sie sind zum einen eine finanzielle Unterstützung des Lebensunterhalts, zum anderen sind sie eine Anerkennung der künstlerischen Leistungen, die für weitere Aufträge oder bei jungen Künstlern beim Markteintritt von Bedeutung sein kann. Die öffentliche Förderung kann hier also eine Unterstützung für den späteren wirtschaftlichen Erfolg sein.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass bei der öffentlichen Förderpolitik in stärkerem Maße die

Wechselwirkungen des öffentlichen Kulturbetriebs und der Kulturwirtschaft berücksichtigt wird. Vor diesem Hintergrund sollten beide öffentlicher Kulturbetrieb und Kulturwirtschaft nicht gegeneinander ausgespielt, sondern vielmehr sich ergänzend betrachtet werden.

Die Unternehmer und Unternehmen der Kulturwirtschaft sowie die Verantwortlichen der öffentlich geförderten Kultureinrichtungen und vereine sind in der Verantwortung zu zeigen, dass sie gemeinsam das kulturelle Leben bilden und gemeinsam mehr sind als die Summe aller Teile.

Erwerbstätigenmarkt Kulturwirtschaft

Die Spezifik des Erwerbstätigenmarktes Kulturwirtschaft besteht darin, dass er relativ wenig abhängig Beschäftigte, dafür vergleichsweise viele Selbständige aufweist. Eine akademische Ausbildung wird in vielen Bereichen der Kulturwirtschaft vorausgesetzt. Bei vielen Unternehmen handelt es sich um Einpersonenunternehmen. Als Problem stellt sich oftmals die soziale Sicherung der Selbständigen im Kulturbereich. Viele andere Selbständige auch selbständige Geisteswissenschaftler haben keine ausreichende soziale Absicherung.

In den einschlägigen akademischen Ausbildungsgängen findet die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt unter erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten nur unzureichend statt. Die Folge ist, dass Absolventinnen und Absolventen in der Regel über eine gute Fachqualifikation verfügen, doch selbst ökonomische Basiskenntnisse für den Eintritt in das Erwerbsleben oftmals fehlen. Damit bleibt ein großes Arbeitsmarktpotential ungenutzt. Es gibt zwar zahlreiche Weiterbildungsangebote, hier mangelt es jedoch oftmals an Qualitätsstandards, die zur kulturwirtschaftlichen Professionalisierung beitragen.

Unternehmen der Kulturwirtschaft bilden aber auch im Rahmen des dualen Systems aus. Sie bieten damit Arbeitsplätze außerhalb einer akademischen Qualifikation und sind ein fester Bestandteil des Berufsbildungssystems.

Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die Künstlersozialversicherung zur sozialen Absicherung von Künstlern und Publizisten erhalten bleibt und alle künstlersozialabgabepflichtigen Unternehmen zur Abgabe herangezogen werden. Das Dritte Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes war ein wichtiger Schritt, um Beitragsgerechtigkeit bei der Künstlersozialversicherung herzustellen.

Darüber hinaus fordert der Deutsche Kulturrat, dass Modelle zur sozialen Sicherung von Selbständigen, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können, entwickelt werden.

Ausbildungsgänge, die auf den Kulturarbeitsmarkt vorbereiten, sollten entweder eine Arbeitsmarktqualifizierung verbindlich vorsehen oder den Absolventen Möglichkeiten der Qualifizierung im Anschluss an die Ausbildung eröffnen. Weiter sollte die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, die u.a. teilweise von den einschlägigen Branchenverbänden sowie den Bundesakademien angeboten werden, gefördert werden. So kann die Qualifizierung für kulturwirtschaftliche Arbeitsfelder praxisnah erfolgen.

Kultur-Enquete: Kulturwirtschaft stärken und ihre Potenziale fördern!

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den kulturwirtschaftlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland

Berlin, den 09.04.2008. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags Kultur in Deutschland dem Thema Kulturwirtschaft ein eigenes Kapitel gewidmet hat und damit die Bedeutung der Kulturwirtschaft für das kulturelle Leben in Deutschland unterstreicht.

Der Deutsche Kulturrat teilt die Aussage der Enquete-Kommission, dass es vielfache Wechselbeziehungen zwischen Markt, Drittem Sektor und Staat gibt und dass diesen Wechselbeziehungen besondere Beachtung geschenkt werden sollte. Der Deutsche Kulturrat betont zugleich, dass Grundlage zur Betrachtung der Kulturwirtschaft ihre erwerbswirtschaftliche Ausrichtung sein muss. Darin unterscheidet sich die Kulturwirtschaft grundlegend von der staatlichen Kulturförderung sowie den gemeinnützigen Kulturinstitutionen der Zivilgesellschaft, die gerade nicht erwerbswirtschaftlich ausgerichtet sind. Dieser Unterschied sollte gerade auch mit Blick auf europäische und internationale Diskussionen zur Liberalisierung der Dienstleistungs- und damit auch der Kulturmärkte im Blick behalten werden.

Der Deutsche Kulturrat bedauert, dass die Enquete-Kommission im Kapitel Kulturwirtschaft nicht auf verschiedene Branchen eingegangen ist. Ähnlich den Ausführungen zur öffentlichen Kulturförderung, bei denen auf kulturelle Einrichtungen wie Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken und soziokulturelle Zentren eingegangen wurde, wäre es auch wichtig gewesen, auf die Spezifika und besonderen Anforderungen der unterschiedlichen Branchen wie z.B. Buchmarkt, Kunstmarkt, Veranstaltungsmarkt, Musikmarkt einzugehen und hier konkrete Handlungsempfehlungen zu unterbreiten. Ebenso ist bedauerlich, dass die Enquete-Kommission nicht auf die Beschäftigungswirkungen und den Arbeitsmarkt Kulturwirtschaft eingegangen ist.

Im Folgenden nimmt der Deutsche Kulturrat zu einzelnen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Stellung. Er bezieht sich dabei auf folgende Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission veröffentlicht als Bundestagsdrucksache 16/7000:

- die Handlungsempfehlungen 1 bis 3, Seite 349,
- die Handlungsempfehlungen 1 und 2, Seite 354,
- die Handlungsempfehlungen 1 bis 3, Seite 355,
- die Handlungsempfehlungen 1 bis 6, Seite 358,
- die Handlungsempfehlungen 1 und 2, Seite 360 sowie
- die Handlungsempfehlungen 1 und 2.

In der vorliegenden Stellungnahme konzentriert sich der Deutsche Kulturrat auf die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission zur Kulturwirtschaft. Diese Stellungnahme steht im Kontext der weiteren Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates zu Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland.

Erfassung der Kulturwirtschaft

Der Deutsche Kulturrat begrüßt die Empfehlungen der Enquete-Kommission die Kulturwirtschaft intensiver zu untersuchen und einen **Bundes-Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht** vorzulegen. Dabei sollte jedoch nicht von vorneherein ein Modell zur Darstellung der Kulturwirtschaft (Drei-Sektoren-Modell bzw. Wertschöpfungskette) vorgegeben werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint die Methodenvielfalt als der geeignetere Weg, um die Kultur- und Kreativwirtschaft in einem Bericht abzubilden. Wichtiger als die vorherige Festlegung auf ein Modell ist die Einpassung eines solchen Berichts an die europäische und internationale Debatte. Dieses gilt gleichermaßen für den Ausbau der **Statistik** (z.B. Umsatzsteuerstatistik, Beschäftigtenstatistik). Ebenso sollte bei der Überarbeitung der Wirtschaftszweigklassifikation die Kultur als Wirtschaftsfaktor berücksichtigt werden.

Kultur als Standortfaktor

Der Deutsche Kulturrat unterstützt die Forderung, dass die Kommunen die **bestehenden kultur- und kreativwirtschaftlichen Strukturen und ihre Potenziale fördern** sollen. Dabei sollte den wechselseitigen Beziehungen zwischen Markt, Staat und Drittem Sektor, wie die Enquete-Kommission formuliert, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ebenso unterstützt der Deutsche Kulturrat die Empfehlung, dass die wissenschaftliche Forschung zu **Kultur als Standortfaktor** und zur Kulturwirtschaft verstärkt werden sollte. In diese Forschungen sollte auch der Aspekt Kultur als Tourismusfaktor einbezogen werden.

Kultur und Tourismus

Der Deutsche Kulturrat teilt die Einschätzung, dass Kultur ein wichtiger Faktor für die Tourismuswirtschaft ist. Eine Verbesserung des Marketings kann für viele Akteure Vorteile bedeuten. Dabei kann eine stärkere Kooperation von Städten und Regionen im Kulturtourismus sinnvoll sein.

Kulturcluster

Der Deutsche Kulturrat teilt die Einschätzung, dass **Cluster** für Unternehmen der Kulturwirtschaft **nutzbringend** sein können. Der Deutsche Kulturrat ist allerdings skeptisch, ob eine geplante Clusterbildung im Kulturbereich den gewünschten Erfolg bringen kann. Statt der Festlegung auf Kulturcluster hält der Deutsche Kulturrat eine bessere Abstimmung zwischen Kultur- und Wirtschaftsförderung für zielführender.

Zwischennutzung von Liegenschaften

Der Deutsche Kulturrat begrüßt die Forderung der Enquete-Kommission, dass **brachliegende öffentliche und private Liegenschaften** stärker durch Unternehmen der Kulturwirtschaft und für Künstler genutzt werden sollten.

Förderung der Kulturwirtschaft

Der Deutsche Kulturrat unterstützt die Forderung, dass insbesondere kleine und Kleinstunternehmen der Kulturwirtschaft stärker gefördert werden sollten. Der Deutsche Kulturrat geht dabei davon aus, dass damit auch die freischaffenden Künstler gemeint sind. Dabei sollten sich nach Auffassung des Deutschen

Kulturrates die Instrumente der Kulturförderung bzw. kulturpolitischen Intervention und der Wirtschaftsförderung ergänzen. Mit Nachdruck unterstreicht der Deutsche Kulturrat die Empfehlung der Enquete-Kommission, dass **alle künstlerischen Sparten** gleichermaßen in Fördermaßnahmen einbezogen und ggfs. branchenspezifische Lösungen entwickelt werden müssen.

Der Deutsche Kulturrat unterstützt die Empfehlungen der Enquete-Kommission nach einem besseren Zugang kulturwirtschaftlicher Unternehmen zu Krediten.

Sehr kritisch beurteilt der Deutsche Kulturrat die Empfehlung an Länder und Kommunen kulturwirtschaftliche Kompetenzagenturen zu schaffen, Management-Sharing-Programme sowie auch externe Serviceleistung zu fördern. Diese Empfehlung kann an den Bedürfnissen des Marktes vorbeigehen. Erfolgversprechender erscheinen Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen der Berufs- und Fachverbände, die über das entsprechende Branchen-Know-how verfügen. Die Teilnahme an solchen Fortbildungsprogrammen sollte unterstützt werden.

Kulturwirtschaft als Querschnittsaufgabe

Der Deutsche Kulturrat teilt die Einschätzung der Enquete-Kommission, dass Kultur- und Kreativwirtschaft als Querschnittsaufgabe verschiedener Ressorts, wie z.B. Kultur, Bildung, Recht, Finanzen, Arbeit und Soziales, angegangen werden sollte.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Diether Dehm, Werner Dreibus, Cornelia Hirsch, Kornelia Möller, Wolfgang Neskovic, Petra Pau, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Oskar Lafontaine, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE.

Anpassung der Sozialgesetzgebung für Kultur-, Medien- und Filmschaffende

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Kultur ist eine zentrale Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe und integraler Bestandteil einer modernen Gesellschaft. Ihre Förderung dient in demokratischen Gesellschaften der Fixierung ihres zivilisatorischen Selbstverständnisses und der Aufrechterhaltung sowie der immerfort notwendigen Verbesserung ihres grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Förderung von Kultur und Medien bildet zugleich einen konstitutiven Bestandteil des europäischen Einigungsgedankens.

Eine Besonderheit des Kulturbereichs in Deutschland – aber auch in anderen europäischen Ländern – besteht darin, dass kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse bei ständig wechselnden Einrichtungen für Kultur-, Medien- und Filmschaffende nicht die Ausnahme, sondern den Regelfall bilden. In Deutschland hat sich im Zuge der Einführung der so genannten Hartz-Gesetze die wirtschaftliche und soziale Lage dieser Personengruppe existenzbedrohend verschlechtert.

Die zum 1. Februar 2006 wirksam gewordene Verkürzung der Rahmenfrist von 3 auf 2 Jahre (§ 124 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – SGB III) hat dazu geführt, dass etwa 50 000 Personen aus diesen Beschäftigungsgruppen die zur Erlangung von Arbeitslosengeld I (ALG I) erforderliche Anwartschaftszeit von 12 Monaten (§ 123 SGB III) nicht mehr erfüllen können. Obwohl diese Personen während ihrer Beschäftigung Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten, bleiben sie von Lohnersatzleistungen aus dieser Versicherung im Rahmen der Ausübung ihrer Beschäftigung ausgeschlossen.

In anderen europäischen Ländern wurden vergleichbare wirtschaftliche und soziale Problemkonstellationen in der Situation von Kultur-, Medien- und Filmschaffenden erkannt und durch die Überführung in spezifische nationalstaatliche Regelungssysteme gelöst. In Deutschland ist eine landesspezifische Lösung des skizzierten Problems dringend erforderlich. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Qualität und die künstlerische Gestaltungsfreiheit in einem erheblichen Maße eingeschränkt wird und die Kreativschaffenden ihren Auftrag zur kulturellen Grundlage einer modernen Gesellschaft nur noch eingeschränkt leisten können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die besonderen Arbeitsbedingungen in der Kultur-, Medien- und Filmbranche durch eine Anpassung der Sozialgesetzgebung zu berücksichtigen und § 123 SGB III derart abzuändern, dass für Kultur-, Medien- und Filmschaffende mit wechselnden oder befristeten Anstellungen die Anwartschaftszeit von 12 auf 5 Monate herabgesetzt wird.

Berlin, den 4. Juli 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Gesetzgebung zur Sozialversicherung und Arbeitslosenversicherung wurde durch die so genannten Hartz-Gesetze verschärft. Genügte vorher der Nachweis von 360 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungstagen innerhalb der letzten drei Jahre, so muss diese Anwartschaft nun innerhalb einer Rahmenfrist von nur noch zwei Jahren erbracht werden. Für die überwiegende Zahl der Kultur-, Medien- und Filmschaffenden mit wechselnden oder befristeten Anstellungen hat dies zur Folge, dass für sie keine realistische Möglichkeit mehr besteht, einen Anspruch auf ALG I zu erwerben. Bestenfalls erhalten sie ALG II, zu dessen Bezug sie vorher allerdings, bis auf einen geringen Freibetrag, das eigene Vermögen aufzehren müssen.

Das Problem wurde bereits in Auswertung der 15. Legislaturperiode von der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ durchgeführten Anhörung „Auswirkungen der Hartzgesetzgebung auf den Kulturbereich“ parteiübergreifend erkannt. Der Kommissionsbericht dazu resümierte: „Die Experten der Anhörung äußerten einvernehmlich, dass die Änderungen der Rahmenfrist sich nachteilig auf den Bezug von Arbeitslosengeld der Künstlerinnen und Künstler auswirken werde. Es wurde festgestellt, dass die Änderungen die Besonderheiten der Kulturberufe nicht berücksichtigen. Bei der Abfassung des Gesetzes sei ersichtlich ein ‚Normalarbeitsverhältnis‘ zu Grunde gelegt worden. Kurzzeitige Beschäftigungsverhältnisse bei ständig wechselnden Einrichtungen blieben außer Betracht, obwohl sie im Kulturbereich den Regelfall bilden würden.“ (Kommissionsdrucksache 16/18b)

Die seinerzeit von dem Vertreter der Bundesagentur für Arbeit eingeräumte Möglichkeit einer potentiellen Schlechterstellung von Kulturschaffenden wurde in einer aktualisierten Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit von März 2006 ausdrücklich bestätigt: „Wie bereits in der Stellungnahme vom Mai 2005 ausgeführt, kann die Verkürzung der Rahmenfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld gerade bei der Berufsgruppe der Künstlerinnen und Künstler dazu führen, dass die Anspruchsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt werden. [...] Es muss deshalb bei der pauschalen und durch Ihre seit 1. Februar 2006 gemachten Erfahrungen offenbar bestätigten Annahme bleiben, dass diese Berufsgruppe in besonderem Maße von der genannten Rechtsänderung betroffen sein kann.“ (a. a. O.)

Betroffen sind nicht nur Künstlerinnen und Künstler, sondern alle auf Produktions- oder Projektdauer Beschäftigte im Kultur-, Medien- und Filmbereich. Die Interessenvertreter der Beschäftigten aus diesen Branchen haben daher den Versuch unternommen, die durch die Hartzgesetzgebung genommene soziale Absicherung über tarifliche Regelungen abzufedern. Für Film- und Fernseh-schaffende sollte der Problematik dadurch begegnet werden, dass die für sie

typischen überlangen täglichen Arbeitszeiten über ein Zeitkonto in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungszeiten umgewandelt werden. Doch ist zu beobachten, dass solche Lösungen in der Praxis wenig bewirken, da nicht einmal die von Landes- oder Bundesinstitutionen geförderten Filmproduktionen den Tarifvertrag einhalten.

Das Problem besteht in vergleichbarer Weise im europäischen Ausland. Sonderregelungen wurden daher in etlichen Staaten geschaffen. Im Bericht der Enquete-Kommission wurden das Schweizer und das Französische Modell benannt. Eine Regelung für Deutschland hat die spezifische Situation der hiesigen Kultur-, Medien- und Filmschaffenden aufzunehmen. Dazu ist der Nachweis von bisher 12 Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung innerhalb der Rahmenfrist von zwei Jahren auf 5 Monate herabzusetzen. Letztere Zahl basiert auf den Erfahrungen der Interessensvertreter und -verbände der Beschäftigten in diesen Branchen und würde es erlauben, nicht nur die wenigen Kultur-, Medien- und Filmschaffenden mit guter Auftragslage abzusichern, sondern auch eine Mehrheit von Kreativbeschäftigten mit einem darunter liegenden Niveau.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen, Volker Schneider (Saarbrücken) und der Fraktion DIE LINKE.

„Fair-Work“-Siegel für Computerspiele

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bei der Bewertung der Situation und der geplanten Auslobung eines Preises für qualitativ hochwertige sowie kulturell und pädagogisch wertvolle Computerspiele stehen einseitig Standortinteressen und die zukünftige Entwicklung der Computerspielwirtschaft im Vordergrund. Die Arbeitssituation der festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Entwicklung, der Programmierung, des Designs, des Testens und der Promotion von Computerspielen werden nicht wahrgenommen. Gerade diese Personen bilden jedoch die Basis einer fortschreitend erfolgreichen Computerspieleindustrie in Deutschland. Gleichzeitig sehen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit höchst problematischen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Dies sind: keine oder nur eine geringe soziale Absicherung, prekäre Beschäftigung, Arbeitszeiten von bis zu 14 Stunden täglich und kein Freizeitausgleich für Überstunden.

Diese Form einer schlecht entlohnten oder prekären Beschäftigung ist gerade aufgrund des Erfolgs der Computerspieleindustrie ein nicht hinzunehmender Widerspruch. Die Bundesregierung steht hier in der Verantwortung, korrigierend tätig zu werden. Gerade dann, wenn weitere Fördermittel vergeben werden oder ein Preis zum Anreiz spezieller Entwicklungen ausgelobt wird, besteht die Möglichkeit der direkten Einflussnahme. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, ein „Fair-Work“-Siegel zu entwickeln, das ähnlich einem Umwelt-TÜV die jeweils bestehenden Arbeitsbedingungen klassifiziert und bewertet. Nur Unternehmen, die die Voraussetzungen für ein solches Siegel erhalten, sollen in Zukunft staatliche Fördermittel beziehen können oder bei der Nominierung für einen Computerspielepreis berücksichtigt werden. Mittels unabhängiger Kontrollen und der Einrichtung einer neutralen Beschwerdhotline sollen auf diese Weise die Mindeststandards der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der frei Beschäftigten gesichert werden. Durch die Berücksichtigung der Belange der Beschäftigten kann so eine dauerhaft und qualitativ nachhaltige Entwicklung der gesamten Branche gesichert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zeitnah ein „Fair-Work“-Siegel zu entwickeln, das die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Computerspielebranche bewertet und eine Sicherung der arbeitsrechtlichen Mindeststandards der festen und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ziel hat,

2. bei der weiteren finanziellen Förderung von Projekten in dieser Branche und der Auslobung eines Deutschen Computerspielepreises die Verleihung des Siegels als Entscheidungsgrundlage für die Zuwendung der Fördermittel bzw. der Teilnahme am Wettbewerb zwingend vorauszusetzen.

Berlin, den 19. Februar 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, Dr. Lothar Bisky, Werner Dreibus und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/10294, 16/10495, 16/10833 –**

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Filmförderungsgesetzes (FFG) enthält wesentliche Umgestaltungspläne zur Neujustierung der deutschen Filmwirtschaft und zur Optimierung der Stellung des deutschen Films. Mit der Novellierung soll das FFG insbesondere an die technischen und medienwirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre angepasst und neue digitale Verwertungsformen von Filmen, die schwierige Situation der Kinos sowie die immer größere Bedeutung der Vermarktung von Filmen berücksichtigt werden.

Von den Regelungen profitieren allerdings weder die auf Produktionsdauer Beschäftigten, noch die freiberuflichen sowie die freischaffend Tätigen im kreativen Prozess der Stoffentwicklung und der Filmrealisierung, da es in der Filmförderung keine Koppelung der Vergabe der Fördermittel an soziale Mindeststandards gibt. Gleiches gilt für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der technischen Betriebe für Film- und Fernsehproduktionen sowie die Beschäftigten der Kinobetriebe.

Zum Kulturgut Film gehört nicht allein die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen, sondern auch die soziale Absicherung der dort Beschäftigten. Es ist daher nicht hinnehmbar, dass in weiten Teilen der Filmwirtschaft die Einhaltung sozialer Mindeststandards nicht als verbindliches Förderkriterium festgeschrieben ist.

Auch unter künstlerischen Aspekten ist es notwendig, ein breites, solides und sozial abgesichertes Reservoir an Filmschaffenden zu erhalten und die Rechte und Einflussmöglichkeiten der Kreativen auf den künstlerischen Prozess zu stärken.

Der Film ist mehr als eine Ware. Er ist ein besonderes kulturelles und ästhetisches Gut. Es geht um die Bewahrung der kulturellen Vielfalt und die Entwicklung und Stärkung der kreativ-künstlerischen Qualität. Das sollte sich auch in den Neuregelungen des FFG niederschlagen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dafür zu sorgen, dass die Vergabe von Fördermitteln an die Einhaltung sozialer Mindeststandards für die in der Filmbranche tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gekoppelt wird. Fördermittel sollen künftig nur dann ausgezahlt werden, wenn die Antragsteller sich verpflichten, entweder die Tarifbestimmungen bei der Ausübung von Arbeitsverhältnissen einzuhalten und für freiberuflich Tätige und Freischaffende Gemeinsame Vergütungsregelungen (nach § 36 f. des Urheberrechtsgesetzes – UrhG) einzuführen oder – im Falle von geringen, vor allem künstlerischen Produktionsbudgets, die die Einhaltung solcher Regelungen nicht erlauben – die Filmschaffenden bei einem Verwertungserfolg einer Produktion in entsprechendem Maße am Gewinn zu beteiligen.

Bei Verstößen gegen die Einhaltung sozialer Mindeststandards soll die Filmförderungsanstalt (FFA) die Fördermittel teilweise oder komplett zurückverlangen können. Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung die existierenden Tarifverträge für auf Produktionsdauer beschäftigte Film- und Fernsehschaffende sowie für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den technischen Betrieben für Film und Fernsehen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnimmt. Ferner ist dafür zu sorgen, dass den Betroffenen die Wahl des jeweils in Frage kommenden Vergütungssystems freigestellt wird;

2. darauf hinzuwirken, dass die Entwicklung und Stärkung der kreativ-künstlerischen Qualität als gleichrangige Aufgabe neben der wirtschaftlichen Strukturentwicklung behandelt wird. Sie sollte analog zu § 1 FFG auch in der konkreten Aufgabenbeschreibung der Filmförderungsanstalt im § 2 FFG als gleichrangiges Förderziel festgeschrieben werden. Diesem Grundsatz sollte auch bei der Vergabe der Fördermittel und der Besetzung der Gremien gefolgt werden. So sollten bei der Referenz- und Projektfilmförderung mehr Mittel in die Ausdifferenzierung ästhetischer Gestaltung investiert werden (so z. B. in die Bereiche Drehbuchentwicklung und Produktionsvorbereitung). Regisseure und Drehbuchautoren sollten in die Referenzfilmförderung einbezogen werden. Im Präsidium der FFA sollte künftig auch ein Vertreter der kreativ-künstlerischen Verbände (Regie, Drehbuch, Kurz- und Dokumentarfilm) einen Sitz erhalten.

Berlin, den 12. November 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Entscheidend ist, dass eindeutige Kriterien fehlen, nach denen auch die sozialen Belange der in der Filmwirtschaft Tätigen bei der Vergabe von Fördermitteln berücksichtigt werden.

Die Expertenanhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung im Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 8. Oktober 2008 hat gezeigt, dass in diesem Bereich dringender Handlungsbedarf besteht. Die Ablehnung der Festschreibung sozialer Mindeststandards durch die Verbände der Filmproduzenten, Filmverleiher und Kinobesitzer richtet sich direkt gegen den Schutz der Filmschaffenden sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Betriebe für Film- und Fernsehproduktionen und die Beschäftigten der Kinobetriebe.

Da auch die soziale Absicherung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Filmwesen ein Hauptanliegen von Förderkriterien beim Kulturgut Film sein muss, ist das FFG dahingehend zu ergänzen, dass die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu den Aufgaben der Filmförderung gehört. Maßnahmen dazu können einerseits in den Aufgaben der Filmförderungsanstalt (§ 2 FFG) definiert werden. Andererseits ist es möglich, im Zusammenhang mit den Förderungsvoraussetzungen (§ 15 FFG) und der Zuerkennung von Fördermitteln (§ 25 FFG) eine diesbezügliche Regelung einzuführen.

Nach der EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (96/71/EG) ist es, wie der Europäische Gerichtshof am 3. April 2008 im Fall Ruffert (Rechtssache C-346/06) feststellte, dann unzulässig, die Vergabe eines öffentlichen Auftrags von der Verpflichtung abhängig zu machen, am Ausführungsort tarifvertraglich vorgesehene Entgelte zu zahlen, wenn eine solche Regelung bei Bestehen eines Systems der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auf nicht für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen basiert. Damit eine Koppelung in der Vergabe von Filmfördermitteln an die Einhaltung sozialer Mindeststandards diesen europarechtlichen Vorgaben entspricht, ist es erforderlich, dass die Bundesregierung die existierenden Tarifverträge für auf Produktionsdauer beschäftigte Film- und Fernseherschaffende sowie für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den technischen Betrieben für Film und Fernsehen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnimmt.

Neben den sozialen werden auch die kulturellen und künstlerischen Aspekte ungenügend im Entwurf berücksichtigt. Beides gehört zusammen und ist Voraussetzung dafür, dass sich der in Deutschland produzierte Film auch international behaupten kann. Auf diesen Mangel haben die kreativ-künstlerischen Verbände in ihren Stellungnahmen deutlich hingewiesen und Vorschläge zur Stärkung des Kulturguts Film eingebracht. Dringend notwendig ist es, mehr Mittel in die Drehbuchentwicklung und Produktionsvorbereitung zu investieren und die künstlerischen Urheberinnen und Urheber in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Autoren, wie auch Regisseure müssen mehr am Erfolg der Filme beteiligt werden, um ihre wirtschaftliche Basis und Unabhängigkeit zu stärken.

